

Niederschrift

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 21.07.2021

öffentlich

Ort: Georg-Friedrich-Händel-Halle,

Salzgrafenplatz 1, 06108 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 20:53 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller Vorsitzende des Stadtrates

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Ute Haupt Josephine Jahn Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Marion Krischok Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Hendrik Lange Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Stefanie Mackies Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Dr. Bodo Meerheim Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Thomas Schied Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Rudenz Schramm Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Dr. Christoph Bergner CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14.15 Uhr Christoph Bernstiel CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19.40 Uhr

Bernhard Bönisch CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Mario Schaaf CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 15.23 Uhr

Claudia Schmidt CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Dr. Ulrike Wünscher CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 15.10 Uhr

Wolfgang Aldag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Inés Brock Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme von 14.25 Uhr

bis 18.57 Uhr

Jan Döring Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 16.30 Uhr

Christian Feigl Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dennis Helmich Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 14.05 Uhr

Dr. Annette Kreutzfeldt Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Mario Lochmann Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 16.40 Uhr Melanie Ranft Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme bis 20.45 Uhr Beate Thomann Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme von 16.12 Uhr

bis 20.30 Uhr

Johannes Ernst AfD-Stadtratsfraktion Halle, Teilnahme bis 19.40 Uhr Andreas Heinrich AfD-Stadtratsfraktion Halle, Teilnahme bis 20.08 Uhr

Carsten Heym AfD-Stadtratsfraktion Halle
Torsten Radtke AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue AfD-Stadtratsfraktion Halle

René Schnabel AfD-Stadtratsfraktion Halle, Teilnahme bis 18.45 Uhr

Martin Sehrndt AfD-Stadtratsfraktion Halle

Dörte Jacobi Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Regina Schöps Fraktion MitBürger & Die PARTEI

Hans-Dieter Sondermann
Dr. med. Detlef Wend
Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Teilnahme bis 19.00 Uhr
Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Teilnahme bis 20.00 Uhr

Yvonne Winkler Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Tom Wolter Fraktion MitBürger & Die PARTEI

Dr. Martin Ernst Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler Beate Gellert Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler Johannes Menke Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler

Dr. Sven Thomas Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler, Teilnahme von 15.35 Uhr

bis 18.45 Uhr

Andreas Wels Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler

Dr. Silke Burkert SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 16.00 Uhr

Eric Eigendorf SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Kay Senius SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 20.39 Uhr

Sören Steinke SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Yana Mark Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Torsten Schaper Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Gernot Nette Stadtrat Andreas Schachtschneider Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier Beigeordneter für Finanzen und Personal

Dr. Judith Marquardt Beigeordnete für Kultur und Sport Katharina Brederlow Beigeordnete für Bildung und Soziales

René Rebenstorf Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Oliver Paulsen Referent für Grundsatzangelegenheiten

Marco Schreyer Leiter Fachbereich Recht
Tobias Teschner Leiter Fachbereich Sicherheit

Maik Stehle Protokollführer

Gäste

Jens Rauschenbach Rauschenbach & Kollegen GmbH Steuerberatungsgesellschaft

Entschuldigt fehlten:

Anja Krimmling-Schoeffler Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Steve Mämecke CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Olaf Schöder Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Herr Berthold zur Bebauung am Galgenberg

Herr Berthold fragte, ob eine Bebauung erfolgen soll und ob die Stadt die Fläche verkaufen möchte, beispielsweise an die HWG.

Herr Rebenstorf antwortete, dass an der Stelle keine Planung beabsichtigt ist, die Flächen sind als Kleingartenanlage ausgewiesen. Er sagte zu, Herrn Berthold und den Gartenverein zu einem persönlichen Gespräch einzuladen.

zu Frau Nicolay-Guckland zum Saalegarten

Frau Nicolay-Guckland fragte, inwieweit es für das geplante Großprojekt Saalegarten die dafür erforderliche Infrastruktur gibt (Kitaplätze, Schulplätze, Hortplätze, Freizeitmöglichkeiten).

Weiterhin entstehen im Bereich weitere Großbauprojekte, wie die Freiberger Brauerei, das Parkviertel, die Braumeister Lofts und das GWG-Projekt auf dem ehemaligen HFC Trainingsgelände. Sie fragte, inwieweit die Verwaltung diese Bauprojekte bei der Ermittlung der Bedarfe berücksichtigt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass vorab eines Aufstellungsbeschlusses die Vorlage innerhalb der Verwaltung durch die verschiedenen Geschäftsbereiche hinsichtlich verschiedener Kriterien geprüft wird. Die Fragen hinsichtlich Kita-, Schul- und Hortplätze sind geklärt.

zu Herr Starke zum TOP 8.19, Ortsteil Lettin

Herr Starke fragte, ob Bauträger direkten oder indirekten Einfluss auf die Auswahl der vorgesehenen Bebauungsflächen insbesondre der Fläche Lettin hatten, ob es nicht ein Moratorium für die Versiegelung von neuen Flächen geben sollte und ob es Gespräche und Strategien zur gemeinsamen Bewältigung der Herausforderungen des Wohnbedarfs in Halle und der Entwicklung des Ländlichen Raumes inklusive Konzepte für infra- und sozialstrukturelle Anbindung gibt.

Herr Rebenstorf antwortete, das, sollte Lettin als neue Bebauungsfläche bestimmt werden, die Entwicklung prioritär durch die Kommune erfolgen wird. Die Fläche ist zu groß, es bedarf eines ansprechenden städtebaulichen Entwurfes. Am Anschlusspunkt Heide-Nord wäre die soziale Infrastruktur gegeben.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 23. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 44 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (77,2%) fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Müller schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

öffentlicher Teil:

TOP 8.1 + ÄA 8.1.1 + 8.1.2 + 8.1.3 + 8.1.4

Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse

Vorlage: VII/2021/02811

→ Vorschlag: vertagen

→ im Fachausschuss (HA) vertagt

TOP 8.6 + ÄA 8.6.1 + 8.6.2 + 8.6.3

Grundsatzbeschluss zur Umsetzung weiterer Investitionsvorhaben in der Stadt Halle im Rahmen des Strukturwandelprozess

Vorlage: VII/2021/02820

→ Vorschlag: vertagen

→ in den Fachausschüssen (FA) vertagt

TOP 8.7

Dritter Gleichstellungsaktionsplan der Stadt Halle (Saale) 2021-2024

Vorlage: VII/2021/02690

→ Vorschlag: vertagen

→ im Fachausschuss (SGGA) vertagt

TOP 8.17

Straßenausbau des Hallorenrings zwischen Glauchaer Platz und Hallmarkt (Salzgrafenstraße) - Variantenbeschluss

Vorlage: VII/2021/02439

→ Vorschlag: vertagen→ im Fachausschuss (PA) vertagt

TOP 8.25

2. Änderungssatzung zur "Gebührensatzung des Stadtmuseums Halle (Saale) mit den Standorten Oberburg Giebichenstein, Hausmannstürme und Roter Turm" vom 26.02.2014 Vorlage: VII/2021/02551

→ Vorschlag: vertagen

→ in den Fachausschüssen (FA, HA) vertagt

TOP 9.2

Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung der Vergabe einer Sondernutzungserlaubnis für die Betreiber von E-Tretroller-Verleihsystemen (E-Scooter) für die bessere Steuerung der E-Mobilität in Halle

Vorlage: VII/2021/02613

→ Vorschlag: vertagen

→ im Fachausschuss (KUOA) vertagt

TOP 9.4

Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung einer Gesamtübersicht von ausgereichten Fördermittel der Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung der Transparenz bei der Vergabe Vorlage: VII/2021/02492

→ Vorschlag: vertagen

→ im Fachausschuss (FA) vertagt

TOP 9.5 + ÄA 9.5.1

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Nachhaltiges Bauen

Vorlage: VII/2021/02498

→ Vorschlag: vertagen

→ in den Fachausschüssen (FA, HA) vertagt

TOP 9.6

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradbügeln in Kreuzungsbereichen Vorlage: VII/2021/02649

→ Vorschlag: vertagen

→ in den Fachausschüssen (PA, HA) vertagt

TOP 9.9. + ÄA 9.9.1

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben

Vorlage: VII/2021/02262

→ Vorschlag: vertagen

→ im Fachausschuss (FA) vertagt

TOP 9.10

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Wiedereinrichtung eines städtischen Forstamtes

Vorlage: VII/2021/02659

→ Vorschlag: vertagen

→ in den Fachausschüssen (KUOA, FA, HA) vertagt

TOP 9.11

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02364

→ Vorschlag: absetzen

→ vom Antragsteller im KUOA zurückgezogen

TOP 9.12.1 + ÄA zum ÄA 9.12.1.1

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2021/02367

Vorlage: VII/2021/02616#

→ Vorschlag: absetzen

→ vom Antragsteller im KA zurückgezogen

TOP 9.13

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bepflanzung geeigneter Flächen im Stadtgebiet von Halle (Saale) mit Obstbäumen und Obststräuchern Vorlage: VII/2021/02486

→ Vorschlag: vertagen

→ im Fachausschuss (KUOA) vertagt

TOP 9.14

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Mehrwegsysteme fördern – Verpackungsmüll reduzieren

Vorlage: VII/2021/02661

→ Vorschlag: absetzen

→ vom Antragsteller im KUOA zurückgezogen

TOP 9.16

Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Stellflächen für E-Scooter an Knotenpunkten

Vorlage: VII/2021/02778

→ Vorschlag: vertagen

→ in den Fachausschüssen (KUOA, HA) vertagt

TOP 11 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

→ Vorschlag: absetzen

→ Fragen wurden beantwortet

Frau Müller machte auf zwei Dringlichkeiten aufmerksam. Nach Einbringung dieser und erfolgter Gegenrede bat Frau Müller um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Kita-Portal der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02927

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 10.12

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Installation von Luftfilteranlagen in kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02929

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Weiterhin machte Frau Müller auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

öffentlicher Teil:

TOP 3

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Abwahl der Vorsitzenden des Stadtrates Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02839

→ Antrag wurde um 9 Anlagen ergänzt

TOP 8.19

Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02205

→ hierzu liegen folgende Änderungsanträge vor: unter 8.19.1 ÄA der Fraktion MitBürger & Die PARTEI unter 8.19.2 ÄA der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER

TOP 9.3

Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des "Integrierten Dürreschutzkonzepts" Vorlage: VII/2021/02628

→ hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter TOP 9.3.1 vor, dieser wurde im Beschlusstext noch mal geändert

TOP 10.4

Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses VII/2021/02309 (Aufhebung der Missbilligung)

Vorlage: VII/2021/02838

→ Behandlung im nö Teil unter TOP 21.2

nicht öffentlicher Teil:

→ NEU TOP 21.2

Frau Mark vertagte im Namen ihrer Fraktion den Antrag unter dem Tagesordnungspunkt 9.15 in die September Sitzung.

Herr Wolter beantragte die Behandlung des Tagesordnungspunktes 9.9. Dem wurde mehrheitlich zugestimmt.

Herr Bernstiel beantragte die Behandlung des Tagesordnungspunktes 8.6. Dem wurde mehrheitlich zugestimmt.

Frau Müller bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung beschlossen:

öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Abwahl der Vorsitzenden des Stadtrates Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02839

- 4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.06.2021
- 5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.06.2021 Vorlage: VII/2021/02881
- 5.2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 07.04.2021 Vorlage: VII/2021/02917
- 6. Bericht des Oberbürgermeisters
- 7. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 8. Beschlussvorlagen
- 8.1. Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse
 Vorlage: VII/2021/02811 vertagt
- 8.1.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse Vorlagen Nr.: VII/2021/02811 Vorlage: VII/2021/02900 vertagt
- 8.1.2. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse Vorlage: VII/2021/02907 vertagt
- 8.1.3. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum § 3 Abs. 3 der Beschlussvorlage Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse Vorlagen Nr.: VII/2021/02811
 Vorlage: VII/2021/02910 vertagt
- 8.1.4. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum § 17 Abs. 2 der Beschlussvorlage Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse Vorlagen Nr.: VII/2021/02811
 Vorlage: VII/2021/02911 vertagt
- 8.2. Einführung eines elektronischen Abstimmungssystems Vorlage: VII/2021/02828
- 8.3. Beschluss zur Umsetzung des Investitionsprojektes "Erschließung des Star Parks II" im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) Vorlage: VII/2021/02817
- 8.4. Beschluss zur Umsetzung des Investitionsprojektes "Entwicklung des RAW-Geländes" im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) Vorlage: VII/2021/02818

- 8.5. Beschluss zur Umsetzung des Investitionsprojektes "Neubau des CSME" im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) und zur Umsetzung des Investitionsprojektes "Neubau des BDC" im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regional Wirtschaftsstruktur Vorlage: VII/2021/02819
- 8.6. Grundsatzbeschluss zur Umsetzung weiterer Investitionsvorhaben in der Stadt Halle im Rahmen des Strukturwandelprozess Vorlage: VII/2021/02820
- 8.6.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum "Grundsatzbeschluss zur Umsetzung weiterer Investitionsvorhaben in der Stadt Halle im Rahmen des Strukturwandelprozess" (VII/2021/02820) Vorlage: VII/2021/02902
- 8.6.2. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung weiterer Investitionsvorhaben in der Stadt Halle im Rahmen des Strukturwandelprozess Vorlage: VII/2021/02904
- 8.6.3. Änderungsantrag der Stadträtinnen und Stadträte Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion), Thomas Schied (Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)), Beate Thomann (Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Yvonne Winkler (Fraktion MitBürger & Die PARTEI), Dr. Martin Ernst (Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler) und Torsten Schaper (Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle)

zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung weiterer Investitionsvorhaben in der Stadt Halle im Rahmen des Strukturwandelprozess

- Vorlagen-Nr.: VII/2021/02820 - Vorlage: VII/2021/02928

- 8.7. Dritter Gleichstellungsaktionsplan der Stadt Halle (Saale) 2021-2024 Vorlage: VII/2021/02690 **vertagt**
- 8.8. Jahresabschluss 2020 der Zoologischer Garten Halle GmbH Vorlage: VII/2021/02733
- 8.9. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2019 Vorlage: VII/2021/02735
- 8.10. Zuschussvertrag mit der Stadion Halle Betriebs GmbH Vorlage: VII/2021/02815
- 8.11. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Immobilien Vorlage: VII/2021/02791
- 8.12. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im FB Planen Vorlage: VII/2021/02803

8.13. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im FB Planen Vorlage: VII/2021/02807
 8.14. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das

8.14. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Immobilien Vorlage: VII/2021/02792

8.15. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Immobilien Vorlage: VII/2021/02793

8.16. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen Vorlage: VII/2021/02822

8.17. Straßenausbau des Hallorenrings zwischen Glauchaer Platz und Hallmarkt (Salzgrafenstraße) - Variantenbeschluss Vorlage: VII/2021/02439 vertagt

8.18. Linienuntersuchung für den Ausbau und die Revitalisierung des Gewerbegebietes Ammendorf/Radewell – Grundsatzbeschluss Vorlage: VII/2021/02539

- 8.19. Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 2040 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02205
- 8.19.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage "Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)" (VII/2021/02205) Vorlage: VII/2021/02887
- 8.19.2. Änderungsantrag der Fraktionen SPD Stadt Halle (Saale), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 2040 der Stadt Halle (Saale) (VII/2021/02205)
 Vorlage: VII/2021/02922
- 8.20. Baubeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade) Vorlage: VII/2021/02426
- 8.21. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 190 Sondergebiet Sport und Freizeit Rossplatz Aufstellungsbeschluss Vorlage: VII/2021/02664
- 8.22. Stadtsanierung, Förderfestlegung für die Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des Objektes An der Moritzkirche 8 Vorlage: VII/2021/02710
- 8.23. Bebauungsplan Nr. 202 Wohnen am Schafschwingelweg Aufstellungsbeschluss Vorlage: VII/2021/02783
- 8.24. Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans Nr. 202 Wohnen am

Schafschwingelweg Vorlage: VII/2021/02804

8.25. 2. Änderungssatzung zur "Gebührensatzung des Stadtmuseums Halle (Saale) mit den Standorten Oberburg Giebichenstein, Hausmannstürme und Roter Turm" vom 26.02.2014

Vorlage: VII/2021/02551 vertagt

- 8.26. Verlegung von künstlerisch gestalteten Bronzeplatten von Maya Graber an den Standorten der ehemaligen Solebrunnen auf dem und um den Hallmarkt Vorlage: VII/2021/02615
- 8.27. Bestellung zweier Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02559
- 8.28. Namensgebung für Kita-Neubau Albrecht-Dürer-Straße I, Albrecht-Dürer-Straße 8a, Halle (Saale)
 Vorlage: VII/2021/02548
- 8.29. Namensgebung für Kita-Neubau Albrecht-Dürer-Straße II, Albrecht-Dürer-Straße 8a, Halle (Saale)
 Vorlage: VII/2021/02549
- 8.30. 1. Änderung der Sportstättenbenutzungssatzung Vorlage: VII/2021/02767
- 9. Wiedervorlage
- 9.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Rahmenvereinbarung zur gewerblichen Beförderung von Briefsendungen Vorlage: VII/2021/02632
- 9.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung der Vergabe einer Sondernutzungserlaubnis für die Betreiber von E-Tretroller-Verleihsystemen (E-Scooter) für die bessere Steuerung der E-Mobilität in Halle Vorlage: VII/2021/02613 vertagt
- 9.3. Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des "Integrierten Dürreschutzkonzepts" Vorlage: VII/2021/02628
- 9.3.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des "Integrierten Dürreschutzkonzepts" VII/2021/02628 Vorlage: VII/2021/02892
- 9.4. Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung einer Gesamtübersicht von ausgereichten Fördermittel der Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung der Transparenz bei der Vergabe

 Vorlage: VII/2021/02492 vertagt
- 9.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Nachhaltiges Bauen Vorlage: VII/2021/02498 **vertagt**
- 9.5.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Nachhaltiges Bauen

Vorlage: VII/2021/02802 vertagt Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradbügeln in 9.6. Kreuzungsbereichen Vorlage: VII/2021/02649 vertagt 9.7. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Errichtung eines Motoball-Trainingsgeländes Vorlage: VII/2021/02647 9.8. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion für eine Konzeption zur gerechten Verteilung der Belastungen durch Asyl- und Migration sowie zur Verminderung der Segregation von Ausländern im Stadtgebiet Vorlage: VII/2021/02648 9.9. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben Vorlage: VII/2021/02262 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion 9.9.1. MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben; BV VII/2021/02262 Vorlage: VII/2021/02631 9.10. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Wiedereinrichtung eines städtischen Forstamtes Vorlage: VII/2021/02659 vertagt 9.11. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02364 abgesetzt 9.12. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02367 9.12.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2021/02367 Vorlage: VII/2021/02616 abgesetzt Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Änderungsantrag der 9.12.1.1. SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2 Vorlage: VII/2021/02626 erlediat Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bepflanzung 9.13. geeigneter Flächen im Stadtgebiet von Halle (Saale) mit Obstbäumen und Obststräuchern Vorlage: VII/2021/02486 vertagt 9.14. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Mehrwegsysteme fördern – Verpackungsmüll reduzieren

abgesetzt

Vorlage: VII/2021/02661

9.15.	Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Einführung einer App für die Kindertagesstätten in Halle Vorlage: VII/2021/02583 vertagt
9.16.	Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Stellflächen für E- Scooter an Knotenpunkten Vorlage: VII/2021/02778 vertagt
10.	Anträge von Fraktionen und Stadträten
10.1.	Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI und SPD zur Erstellung eines Aktionsplanes zur Akzeptanz geschlechtliche und sexueller Vielfalt Vorlage: VII/2021/02849
10.2.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung weiterer Verkehrserschließungsmaßnahmen für das ehemalige RAW-Gelände und den Hauptbahnhof Vorlage: VII/2021/02851
10.3.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung von Kunstwerken in öffentlichen Raum Vorlage: VII/2021/02858
10.4.	Behandlung unter TOP 21.2 nö
10.5.	Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung der Außenflächen der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften zur öffentlichen Nutzung Vorlage: VII/2021/02870
10.6.	Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Fortschreibung des Wirtschaftsförderungskonzeptes der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02871
10.7.	Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bereitstellung von kostenfreiem WLAN in kommunalen Sportstätten Vorlage: VII/2021/02841
10.8.	Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Tiny House Siedlunger Vorlage: VII/2021/02842
10.9.	Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Demontage von Verkehrszeichen an allen Zufahrtsstraßen zum Marktplatz Vorlage: VII/2021/02843
10.10.	Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Luftfilteranlagen in Schulen und der Durchführung von Modellprojekten Vorlage: VII/2021/02866
10.11.	Antrag der Fraktion der Freien Demokraten (FDP) zur Prüfung der Zulassung von Bürohunden Vorlage: VII/2021/02826

10.12.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Kita-Portal der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02927

11. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten abgesetzt

11.1. Anfrage der CDU-Fraktion zu Möglichkeiten einer Umwidmung der Baustraße an den Rosengartenbrücken Vorlage: VII/2021/02730

- 11.2. Anfrage der CDU-Fraktion zu Ruhestörungen und Vermüllungen im Stadtgebiet, Reaktionen der Ordnungsverwaltung auf Beschwerden von Anwohnern und Informationspolitik
 Vorlage: VII/2021/02852
- 11.3. Schriftliche Anfrage der Stadträtin Claudia Schmidt (CDU-Fraktion) zur Übersichtlich der Stellen für Schulsozialarbeit an halleschen Schulen Vorlage: VII/2021/02853
- 11.4. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zum geplanten Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle Vorlage: VII/2021/02845
- 11.5. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Revitalisierung des Orgacid-Geländes Vorlage: VII/2021/02846
- 11.6. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN zum Youngstar-Team des Planetariums
 Vorlage: VII/2021/02856
- 11.7. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Dürreschäden im Jahr 2020 Vorlage: VII/2021/02857
- 11.8. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Hitzekarte und Hitzeaktionsplan Vorlage: VII/2021/02859
- 11.9. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten Vorlage: VII/2021/02860
- 11.10. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kontrollen und Sanktionierung von Verstößen im Bereich ruhender/fließender Verkehr in der Altstadt Vorlage: VII/2021/02861
- 11.11. Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Barrierefreiheit an Lichtsignalanlagen für Fußgänger*innen Vorlage: VII/2021/02864
- 11.12. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Park&Ride- sowie Bike&Ride-Stationen in Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02762
- 11.13. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Auslastung von Hallenbädern Vorlage: VII/2021/02751

11.14.	Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WAHLER zur E-Mobilität bei Taxi- und Fuhrunternehmen Vorlage: VII/2021/02830
11.15.	Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Blühwiesen und ihre öffentliche Darstellung Vorlage: VII/2021/02831
11.16.	Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Fahrradständern an Straßenbahnendhaltestellen Vorlage: VII/2021/02832
11.17.	Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Stadtmuseum Vorlage: VII/2021/02834
11.18.	Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu behindertengerechten Spielplätzen Vorlage: VII/2021/02835
11.19.	Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Digitalisierung in der Kommune Vorlage: VII/2021/02836
11.20.	Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum digitalen Unterricht Vorlage: VII/2021/02837
11.21.	Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden Vorlage: VII/2021/02833
11.22.	Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Protesten rund um die Bauarbeiten um das Kefersteinviertel Vorlage: VII/2021/02862
11.23.	Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Verstößen auf Spielstraßen im Stadtgebiet Vorlage: VII/2021/02863
11.24.	Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Vorbereitungen der Schulen auf die Wiedereröffnung nach den Sommerferien Vorlage: VII/2021/02865
11.25.	Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Wasserwanderrastplätzen Vorlage: VII/2021/02869
11.26.	Anfrage der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zu Park- und Besucherleitsystemen Vorlage: VII/2021/02854
11.27.	Anfrage der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Fluthilfemaßnahme Nr. 178 – Fritz-Kießling-Straße/Wilhelm-Grothe-Straße Vorlage: VII/2021/02855
12.	Mitteilungen

Berichterstattung aktuelle Bauprojekte

12.1.

	Vorlage: VII/2021/02591
13.	mündliche Anfragen von Stadträten
14.	Anregungen
14.1.	Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Wegweisung vom Hauptbahnhof in die Innenstadt Vorlage: VII/2021/02867
14.2.	Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Nutzung der Corona-Warn-App zur Registrierung bei Veranstaltungen und in der Gastronomie Vorlage: VII/2021/02930
15.	Anträge auf Akteneinsicht
	nicht öffentlicher Teil
16.	Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.06.2021
17.	Bericht des Oberbürgermeisters
18.	Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
19.	Beschlussvorlagen
19.1.	Befristete Niederschlagung Vorlage: VII/2021/02774
19.2.	Unbefristete Niederschlagung Vorlage: VII/2021/02776
19.3.	Verlängerung des Vertrages zur Betreibung der Georg-Friedrich-Händel-Halle Vorlage: VII/2021/02213
19.4.	Vergabebeschluss: FB 51.4-L-08/2021: Rahmenvereinbarung Beförderung von Schulklassen von und zum Schwimmunterricht der öffentlichen Grund- und Förderschulen in der Stadt Halle (Saale) im Schuljahr 2021/2022 und 2022/2023 Vorlage: VII/2021/02603
19.5.	Vergabebeschluss: FB 24.3.3-L-26/2021: Lieferung und Montage von Präsentationstechnik für Schulen in Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02624
19.6.	Vergabebeschluss: FB 67.1-L-05a/2020/2021: Lieferung eines mobilen Hochwasser-Schutzsystems als Sandsackersatzsystem Vorlage: VII/2021/02622

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Auskunft über den Stand des Verfahrens gegen den Hauptverwaltungsbeamten und zu den

Wiedervorlage

Anträge von Fraktionen und Stadträten

20.

21.

21.1.

Zeugenaussagen

Vorlage: VII/2021/02840

21.2. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses VII/2021/02309

(Aufhebung der Missbilligung) Vorlage: VII/2021/02838

- 22. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 23. Mitteilungen
- 24. mündliche Anfragen von Stadträten
- 25. Anregungen
- zu 3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Abwahl der Vorsitzenden des

Stadtrates Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02839

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

An der Stelle räume ich den Platz und lasse den Kollegen Schachtschneider nach vorn.

Herr Schachtschneider

So, meine Damen und Herren, wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3 und zwar zum Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Abwahl der Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Halle (Saale). Möchte die ..., Herr Raue, bitte.

Herr Raue

Ja, meine Damen und Herren, wir möchten gerne das Amt des Stadtratsvorsitzenden oder der Stadtratsvorsitzenden neu wählen und dazu ist es natürlich unabdingbar, dass der Stadtrat zuvor die Stadtratsvorsitzende abwählen muss. Wir haben uns jetzt mit der Frau Müller lange Zeit, auch persönlich ich und meine Fraktion, auch viele andere Stadträte, herumgeärgert.

Einmal ist Frau Müller nicht mehr fest oder gar nicht fest in Bezug auf unsere Geschäftsordnung, auf die Anwendung unserer Geschäftsordnung, sie ist auch nicht sonderlich souverän und Frau Müller hat ihre eigene Art mit Anträgen, die ihr selbst unfein erscheinen, umzugehen. Sie kommentiert Anträge, die am Ende Angelegenheit des Stadtrates sind, aber nicht der Sitzungsleitung, ohne dass sie zu diesem Antrag dann sprechen muss. Sie versucht, auch mich persönlich regelmäßig im Wort und in meinen Rechten zu beschneiden und das geht natürlich am Ende auch gegen das Amt der Stadtratsvorsitzenden. Das zeigt einfach ihre Parteilichkeit und ihre, ja, ausgeübte oder gegenüber der AfD auch ausgeübte Missachtung unserer Mandate. Und das ist natürlich letztendlich nicht alles. Sie legt natürlich auch häufig Sachverhalte unterschiedlich aus. Die einen, die ihr unliebsam sind, die werden kritisiert und ermahnt, andere, die ihr genehm sind, die werden dann eben, dann wird eben gewähren gelassen. Und das kann so am Ende nicht mehr geschehen.

Wir erinnern uns nur an den vergangenen Stadtrat am 30.06., da brachte Herr Menke hier einen Antrag ein, es war ein Geschäftsordnungsantrag, und die Frau Vorsitzende nahm dann auch direkt in eigener Sache das Gespräch auf und ich musste dann laut rein rufen, dass sie das beendet. Sie hat einfach sachlich argumentiert, sachlich sich gerechtfertigt, ohne dass wir überhaupt abgestimmt hatten, ob der Tagesordnungspunkt sozusagen auf die Tagesordnung oder der Antrag auf die Tagesordnung kommt. Das heißt, da hat sie sich auch tatsächlich wieder angemaßt rein zu plappern, ohne dass sie das Wort hatte.

Dann sind natürlich, ich erinnere nur an die Kommentierung unseres Redebeitrages im Stadtrat vom 26.05., da ging es um die Konzeption zur gerechten Verteilung der Belastung von Asyl/Migration. Auch da, das war die Absprache des Stadtrates von ihnen, dass man im Prinzip den Antrag, die Anträge, nur einbringt ohne eine große Rede dazu zu verfassen und zu halten. Ich habe zum Antrag dann gesprochen, ich habe dann einfach mein Recht auch so genutzt, wie es mir und jedem Mitglied dieses Hauses auch zur Verfügung steht, und dafür musste ich mich von Frau Müller wieder kritisieren lassen.

Aber es gibt natürlich auch andere, vielfach auch stärkere Sachverhalte, die sich zugetragen haben. Frau Müller betrachtet sich zum Beispiel und damit komme ich mal zu einem Themenwechsel hin zu dem Sachverhalt der Ad-hoc-Impfung. Frau Müller betrachtet sich öffentlich als Inquisitorin, ja, das muss man ganz ehrlich sagen, das hat mit dem Amt der Stadtratsvorsitzenden überhaupt nichts zu tun. Sie popularisiert und sie polarisiert in einem Maße, dass keine gebotene Zurückhaltung mehr sehen lässt, beispielsweise in dem Twitter-Tweet vom 13. Februar, schreibt sie: Bernd Wiegand verachtet Menschen, verachtet parlamentarische Strukturen, verachtet Pressefreiheit, verachtet Demokratie. Am Ende springt bei ihm noch jeder über die Klinge.

Frau Müller, das können Sie so nicht sagen als öffentliche Stadtratsvorsitzende. Sie sind nicht irgendwie jemand, der mal irgendwas dahin sprechen kann. Sie haben hier ein repräsentatives Amt in unserer Stadt.

Und dann kommen noch, ein relativ wichtiger Punkt, und zwar ist es die Nicht-Information des Stadtrates, zwei Wochen vor Bekanntwerden der Impfaffäre, hatten Sie, Frau Müller, mit dem Herrn Wiegand ein Telefonat. Und da ging es auch um ihre Impfung und da ging es vor allen Dingen auch darum, dass da nicht mehr die Rede davon gewesen ist, in der dritten Kategorie geimpft zu werden. Sondern, es ging darum, dass es um ein Ad-hoc-Verfahren ging und im Prinzip, wie es dann auch öffentlich kritisiert wurde und im Nachgang, wie sie dann im Prinzip sich als Inquisitorin über Bernd Wiegand heraufgeschwungen haben und mit den gesamten Fraktionen, oder fast den gesamten Fraktionen dieses Stadtrates, gegen unseren Oberbürgermeister geschossen haben. Damals hatten Sie sich dann recht unkenntlich und überrascht gezeigt ...

Herr Schachtschneider

Herr Raue, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Die Zeit ist um.

Herr Raue

Hatten sich überrascht gezeigt aber Sie waren gar nicht überrascht. Sie waren die ganze Zeit informiert, nur den Stadtrat, den haben Sie nicht informiert. Und das nehme ich Ihnen übel, das nehmen Ihnen sicherlich auch viele Übel, die das erst jetzt gerade zur Kenntnis bekommen haben und deswegen, Frau Müller, können wir Sie nicht mehr tragen.

Herr Schachtschneider

Herr Helmich, bitte.

Herr Raue

Ich möchte in den Hauptausschuss verweisen, damit wir das alles in Ruhe noch mal

diskutieren können und ich Ihnen diese ganzen vorgebrachten Sachverhalte noch mal darlegen kann. Also, bitte verweisen in Hauptausschuss, Herr Schachtschneider.

Herr Helmich

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Vorsitzender, Entschuldigung ...

-Zwischenrufe-

Herr Schachtschneider

Herr Helmich hat das Wort jetzt erstmal und danach werden wir ...

Herr Helmich

Ja, Herr Vorsitzender, zunächst erst einmal vorgeschickt, eine Wahl kann man meiner Auffassung nicht verweisen, da würde ich gerne eine Rechtseinschätzung dazu haben. Das wäre mir neu, dass das gehen würde.

Jetzt aber zu dem Antrag selber: Also, ich glaube und ich denke, da können die allermeisten Kolleginnen und Kollegen mir zustimmen, dass die aktuell laufende Amtszeit der Vorsitzenden so schwierig und herausforderungsvoll war, wie keine vorher. Wir haben eine pandemische Lage, die unsere Sitzungen, unsere Arbeit als Stadtrat massiv erschwert in der Organisation wie auch in der Durchführung und wir haben eine Situation, in dem zwei Behörden, Staatsanwaltschaft und auch das Landesverwaltungsamt, ein Verfahren gegen den gewählten Oberbürgermeister durchführen. Und die Frau Vorsitzende ist die Vertreterin des Stadtrates in diesem Fall, sie ist die Ansprechpartnerin für die entsprechenden Behörden und das entkräftet an der Stelle auch den Vorwurf, angeblich sei sie eine Inquisitorin. Sie nimmt ihre Aufgabe als Vertreterin des Stadtrates war und meinem Empfinden nach ist der Informationsfluss vor allem an die Fraktionsvorsitzenden, soweit ich das einordnen kann, durchgängig ein guter gewesen. Und ich habe vollsten Respekt, dass man in diesen zwei Jahren, die herausfordernd sind und Verständnis dafür, dass man dort den ein oder anderen Fehler macht, aber keiner dieser Fehler ist in irgendeiner Art und Weise rechtlich beanstandet worden, sowie Sie das immer versucht haben, Sie sind ja schon vor Gericht gezogen an der Stelle, Sie haben ja auch schon Einspruch dagegen erhoben, keiner der Vorwürfe hat sich als korrekt erwiesen.

Und am Ende bleibt nichts Anderes übrig, als die Kritik an persönlichen Meinung, die sie meiner Auffassung nach nie im Stadtrat geäußert hat, sondern als Privatperson in sozialen Medien. Das Recht ist ihr unbenommen, nur, weil man ein öffentliches Amt hat, ist man nicht sofort ausgeschlossen von jeder Äußerung privater Meinungen.

Und wenn man das auch wieder weg nimmt von Ihrer Kritik, dann bleibt am Ende nichts anderes übrig, als ein Problem mit der Durchsetzung von Geschäftsordnungen und das ist das, was die Frau Vorsitzende macht, in einer zugegeben herausfordernden Zeit, sicherlich auch mit einer gewissen Schärfe, sicherlich auch nicht fehlerfrei, aber da können wir uns alle selbst auch mal angucken, wie würden wir denn dort sitzen und agieren, in so einer Situation, mit einem Stadtrat der viele Fraktion umfasst, Einzelstadträte, in einer pandemischen Lage, in einem Ehrenamt, um das noch mal an der Stelle herauszuheben. Wären wir da alle fehlerfrei? Ich glaube, da kann sich jeder und jede in die Augen gucken und sagen, dass das nicht so ist.

Und wenn wir das wieder wegnehmen von Ihrer Kritik, dann bleibt nichts Anderes übrig als persönliche Antipathie und die ist für eine Wahl einer Vorsitzenden, meiner Auffassung nach, für eine Abwahl absolut unrelevant. Der einzige Maßstab, den wir haben, ist, uns die Frage zu stellen, ob die Frau Vorsitzende ihr Amt korrekt an der Geschäftsordnung ausführt. Und diese Frage kann ich für mich persönlich eindeutig mit Ja beantworten und deswegen gibt es überhaupt gar keinen Grund, eine Abwahl hier durchzuführen.

Herr Schachtschneider

Und Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Ja, ich hatte auch eine Frage zur Vertagung. Es ist eine Wahl beziehungsweise hier eine Abwahl als Beschlussvorschlag von der Fraktion AfD eingebracht. Nach meiner Auffassung ist der Hauptausschuss damit überhaupt nicht zu befassen, weil es nur Sache des Stadtrates ist, insofern ist das eine nicht zulässige Verweisung. Ich hätte gerne mal eine Information dazu. Meine Fraktion hat sich dazu schon öffentlich geäußert. Ich will das auch nur kurz zusammenfassen.

Also, Herr Helmich, Danke. Das ist, sage ich mal, ein bisschen breit, sozusagen die Position aber ich stimme da fast in jedem Punkt zu. Und kann da auch für unsere Fraktion sprechen, dass wir das sehr wohl sehen, dass gerade für diejenigen vielleicht, die schon länger entweder den Stadtrat beobachten oder jetzt sehen, was in den letzten zwei oder zweieinhalb Jahren hier sozusagen Themen sind, und auch die Vielzahl der Fraktionen der unterschiedlichen Positionen, und ich glaube, das ist, wenn man das sieht, auf jeden Fall eine besondere Situation, auch für die Vorsitzende und auch für die Stellvertreter, dass man das koordiniert, natürlich inklusive der Situation, die gerade politisch hier in unserer Stadt unterwegs ist. Und wir sind da auch der Meinung, dass es nicht darum gehen kann zu sagen, okay, was ist da zu verbessern, was ist da für ein Dialog, worüber kann man sprechen, da sind auch die Fraktionsvorsitzenden oder eben alle Mitglieder des Stadtrates aufgerufen da Vorschläge zu machen. Aber es geht natürlich darum, ob man destruktiv, ob man störend, ob man mit einer Art von Achtung miteinander hier kommuniziert oder grundsätzlich sich gegenseitig in Frage stellt.

Und wir sind der Meinung, dass diese Wahl korrekt ist, dass das im Moment sozusagen unsere Vorsitzende ist und wir haben keinerlei Grund überhaupt nur ansatzweise zu dem Zeitpunkt über eine Abwahl nachzudenken. Wir haben da sozusagen vielleicht in der Struktur, auch was die Vertretung von einzelnen Fraktionen jetzt in den stellvertretenden Positionen, darüber kann man alles reden, man kann auch kritisch über bestimmte Sitzungen sprechen, aber das, was hier sozusagen die AfD versucht, ist für uns eher sozusagen so ein kurzes zeigen, dass man, für uns, eine unbegründete Kritik übt und das ist nicht zielführend. Aber ich bitte um, vielleicht eine Antwort auf meine Frage.

Herr Schachtschneider

Ich wollte eigentlich, aber die Rednerliste hat sich so erweitert, dass ich Herrn Schreyer jetzt bitte zur Klärung, ob diese Verweisung rechtswirksam ist oder rechtswidrig ist, die Antwort mal bitte zu geben.

Herr Schreyer

Also, zunächst handelt es sich natürlich um einen Antrag, der selbstverständlich verwiesen werden kann und das auch so, hat es die AfD gemacht, automatisch. Das Problem, was sich hier aber stellt oder es sind eigentlich zwei; erstens, kann eine Wahl oder eine Abwahl überhaupt vorberaten werden, es handelt sich um einen geheimen Vorgang und insofern ist er eigentlich einer Vorberatung nicht zugänglich. Und das zweite ist, die Geschäftsordnung sieht insbesondere das automatische Verweisungsrecht dann vor, wenn eine Vorberatung in dem zuständigen Ausschuss noch nicht stattgefunden hat. Eine Zuständigkeit des Hauptausschusses für diese Entscheidung sehe ich hier nicht. Und insoweit gibt es hier schon ein Problem nach Ihrer Geschäftsordnung, was einer automatischen Verweisung entgegenstehen könnte.

Herr Schachtschneider

Ja, vielen Dank Herr Schreyer. Dann Herr Raue zum Zweiten.

Herr Raue

Herr Schreyer, da möchte ich Ihnen mal an dieser Stelle wiedersprechen.

Herr Schachtschneider

Einen kleinen Moment, hier gibt es doch einen Disput. Also, ich habe Herrn Schreyer so verstanden, es gibt keine automatische Verweisung dieses Antrages zur Vorberatung. Demzufolge werden wir eine Wahl durchführen und demzufolge gibt es nur eine Rednerliste, die ich weiter abarbeiten würde. So habe ich es jetzt verstanden. Herr Schreyer, bitte noch mal vielleicht eindeutiger, dass wir jetzt alle wissen.

Herr Schrever

Also, ich würde vorschlagen, dass Sie nach Ihrer Geschäftsordnung verfahren und nach der Geschäftsordnung gibt es bei Zweifelsfragen eine entsprechende Abstimmung.

Herr Schachtschneider

Gut, dann würde ich diese Abstimmung jetzt durchführen.

-Zwischenrufe-

Herr Schachtschneider

Nein, Herr Raue, die Rednerliste würde als solches nicht mehr ziehen, weil, wenn ein Antrag verwiesen ist, würden alle, die danach auf die Rednerliste kamen dann automatisch runterfallen und ob dem so ist, das werden wir jetzt per Abstimmung feststellen.

Herr Raue, wir sind jetzt in der Abstimmung und dann würde ich jetzt zur Abstimmung stellen, es gab einen Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung, so, in den Hauptausschuss. So, wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Gut, demzufolge ist die Verweisung in den Hauptausschuss nicht erfolgt und wir gehen in der Rednerliste weiter und weil ich Herrn Raue unterbrochen habe, ist Herr Raue ietzt als nächster wieder dran.

Herr Raue

Ich bin natürlich schon der Auffassung, dass das eine Sache ist, der sich der Hauptausschuss deswegen annehmen kann, weil er sich ja um alle Sachverhalte kümmert, die jetzt nicht in einem Fachausschuss besprochen werden. Aber nun haben wir dieses Thema hinter uns, da möchte ich nur noch auf Herrn Helmich kurz eingehen. Sie sprachen unsere Klage an vor dem Gericht, weil wir von Ihnen allen ja unsere sachkundigen Einwohner verwehrt bekommen. Diese Klage ist aber schlichtweg bisher noch nicht entschieden. Insofern ist das, was Sie da erzählen, völliger Unsinn, Herr Helmich.

Und, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Frau Vorsitzende bei uns im Stadtrat eine gute Arbeit tut und sagen, dass ich ihr vorwerfe, Sie wäre eine Inquisitorin, dann sind das ihre eigenen Twitter-Tweets vom 6. Februar, vielleicht stellt sie Ihnen das zur Verfügung, können Sie das Nachlesen. Sie bezeichnet sich selbst als Inquisitorin und das, was ich da eben vorgelesen habe, das hat sie eben selbst so geschrieben, das heißt, sie beteiligt sich als wichtigste Person des Stadtrates, als repräsentative Person im Stadtrat, als Vorsitzende, an einer öffentlichen Rufmordkampagne und einer öffentlichen Hetzkampagne gegen den Oberbürgermeister.

Ich kann gut verstehen, dass Herr Dr. Wiegand bei Ihnen nicht nur Freunde hat, aber sie muss natürlich an dieser Stelle auch mal trennen, was sie als Stadtratsvorsitzende zum Besten geben kann und was sie lieber ihren Fraktionskollegen, und Die Linke hat eine große Fraktion, ihren Fraktionskollegen an dieser Stelle überlässt.

Und, weil sie ansprachen, die Frau Müller beherrscht ja so souverän die Geschäftsordnung. Da kann ich Ihnen sagen, zumindest aus meiner Sicht beugt die Frau Müller die Geschäftsordnung sehr souverän und zwar zu ihren Gunsten Links-Grün, nicht zuletzt, und zu unseren Ungunsten und das muss man dieser Stelle eben besprechen und deswegen haben wir an dieser Stelle auch das Recht, Frau Müller das Misstrauen an dieser Stelle zu erklären und die Abwahl zu fordern. Und, wenn sie sich alle mal erinnern, mehr oder weniger, hat jeder, zumindest die konservativen Fraktionen im Haus, mit Frau Müller schon so seine Probleme gehabt, sachlich sich zu äußern ...

Herr Schachtschneider

Herr Raue, der letzte Satz.

Herr Raue

... wenn Sie als Vorsitzende lediglich die Sitzungsleitung hat, das geht dann auch zu weit. Aber bitte, stimmen Sie ab.

Herr Schachtschneider

Ne, das machen wir erst, nachdem die Rednerliste abgearbeitet ist. Und Herr Heym ist der nächste.

Herr Heym

Vielen Dank. Auch ich möchte auf den Beitrag von Herrn Helmich eingehen. Herr Helmich, das schließt sich nahtlos an den letzten Stadtrat an. Sie sind beim letzten Stadtrat, als der Geschäftsordnungsantrag des Herrn Menke auf Dringlichkeit gestellt wurde, der Stadtratsvorsitzenden auch beigesprungen und haben behauptet, Sachverhalte, die Herr Menke aufklären wollte, wären in der Akteneinsicht, die alle Sachverhalte bis zum 07.06. beinhalt, aufgeklärt. Das konnten Sie gar nicht, weil der Herr Menke explizit beantragte die Vernehmung vom 14.06. der Stadtratsvorsitzenden zum Thema zu machen. Das sind solche suggestiven Einwände, die Sie hier vortragen, um manipulativ in die Entscheidung des Stadtrates dann einzugreifen, wenn hier solche Geschäftsordnungsanträge gestellt wurden. In ihrem Vortrag sind Sie an keiner Stelle, und das erstaunt mich doch, auf die von uns als Beleg in Anlagen eingefügten Protokolle, eingegangen.

Ich zähle die nur mal kurz auf an der Stelle, inhaltlich fehlt mir ja die Zeit, wir sind ja leider nicht im Ausschuss gelandet, die vorzutragen. Beleidigung ungeahndet: Halt die Klappe, du Arschloch, Sanktionierung frei erfundener Verfehlung, Reaktion auf Rüge, Abstimmung eines unzulässigen Antrages, ignorierter GO-Verstoß, Kommentierung der Abstimmung, nicht öffentliches Abstimmungsergebnis, etc. pp.

Darauf sind Sie mit keinem Wort eingegangen. Und das ist einfach Stand der Debatte, der Sachdiskussion, die wir hier führen wollten und die wir mit Ihnen im Austausch besprechen wollten. Sie machen wie immer einen großen Bogen um die Fakten, die hier vorliegen und flüchten sich in ideologischen Kampagnen und Desinformation, aber das sind wir ja schon gewöhnt.

Herr Schachtschneider

Frau Mark, bitte.

Frau Mark

Als erstens möchte ich Bezug darauf nehmen, das hier den konservativen Kräften ein bisschen unterstellt wurde, wir hätten alle schon mal Probleme mit Frau Müller gehabt. Ich weiß nicht, ob wir jetzt konservativ sind, so sehe ich uns meistens nicht, aber ich glaube, wir sind durchaus mit gemeint an dieser Stelle. Also, wir hatten bisher keine Frau Probleme mit Frau Müller, muss ich ehrlich gesagt sagen und ich weiß das jeder, es ist ja nicht nur Frau

Müller, die hier Vorsitzende von Ausschüssen oder von einem Stadtrat ist, ich glaube, jeder der schon mal im Ausschuss vorne saß und der in diesem Stadtrat auch vorne saß, hat vielleicht das eine oder andere kleinere Problem mit der Geschäftsordnung gehabt. Es ist ja nicht so, dass wir sie alle auswendig könnten und alle einwandfrei anwenden würden, muss man ja auch wirklich mal sagen, weil wir ja auch aus diesen Reihen Vorsitzende kennen aus Ausschüssen jedenfalls.

Insgesamt möchte ich die Vorwürfe hier aber nicht teilen. Also, ich möchte ganz klar sagen, dass ich mich in der Sache meinen Vorrednern anschließen möchte und ich auch keine Rufmordkampagnen im Übrigen sehe, die in dieser Stadt stattgefunden hätte. Und wenn, dann kennen wir auch den Initiator, der hat sie nämlich selbst gegen sich initiiert, das muss man auch mal dazu sagen.

Ich habe allerdings auch ein anderes Problem mit dem Antrag der AfD, auf das ich nochmal eingehen möchte. Sie bewerfen ja nicht nur Frau Müller so ein bisschen mit Schmutz, sondern auch einen Protokollanten der FDP-Fraktion, der unausgebildet sei und hier Informationen an die Luft gelassen hätte. Also, das möchte ich mal ganz deutlich hier von ihm weisen und auch von der FDP-Fraktion weisen. Wir waren in einer Situation, in der kein anderer bereit war, auch Ihrer, ich weiß nicht, ob es fachlich nicht möglich war jemanden zu stellen oder personell. Auch von Ihnen hat es keiner machen wollen und auch sonst hat es keiner gemacht. Wir haben hier jemanden gehabt, der in seiner, ich sage mal in Anführungszeichen Freizeit, das ehrenamtlich vorbildlich gemacht hat, mir ist nicht bekannt, dass es Probleme gegeben hätte bei der Protokollierung, und diesen jemanden solche Dinge zu unterstellen, dass mit Presse gesprochen worden wäre, nur, weil er bestimmte Dinge freiwillig und aus meiner Sicht top gemacht hat, das finde ich ehrlich gesagt eine Schweinerei, ohne dass Sie ansatzweise hier Belege dafür gehabt hätten. Und wenn Sie ein Problem damit haben, dass bestimmte Dinge ohne Belege in den Raum gestellt werden, die rufschädigend sind, dann würde ich Sie darum bitten, dass in Zukunft selbst zu unterlassen. Ich finde, dass ich keine faire Weise. Sie hätten, wenn Sie Ihrem Personal eher vertrauen können, auch jemanden da hinsetzen können, haben Sie aber nicht gemacht und daher möchte ich das noch mal ausdrücklich von dem Protokollanten weisen an dieser Stelle, das geht gar nicht.

Herr Schachtschneider

Und Herr Lange bitte.

-Zwischenruf-

Herr Schachtschneider

Herr Heym, Sie sind jetzt nach Herrn Heinrich der nächste, also jetzt ist Herr Lange vor Ihnen, den hatte ich aufgerufen, also darf er sprechen, aber Sie sind ja dann auch gleich dran. Herr Lange, bitte.

Herr Lange

So, jetzt möchte ich erstmal mit einem Mythos aufräumen, der hier erneut in den Raum gestellt wurde, nämlich, dass Frau Müller diesen Anruf des Impfangebotes bekommen hat, das ist ja nun überhaupt kein neuer Fakt, sondern das haben wir in einer Pressemitteilung bereits dargestellt gehabt, nur damit es nicht so unwidersprochen im Raum stehen bleibt.

Dann möchte ich ganz klar sagen, dass die Stadtratsvorsitzende sich natürlich auch politisch äußern darf und auch äußern muss, nämlich immer dann, wenn es um das Ansehen des Stadtrates geht und nichts Anderes hat dieser Stadt in der letzten jüngsten Zeit so schwer geschadet, dem Ansehen der Stadt, aber auch zum Teil des Stadtrates, wie der im Impfskandal, den Herr Dr. Wiegand einzig und allein zu verantworten hat. Er hat dieses System organisiert und der Stadtrat war derjenige, der natürlich aufgefordert war, diesen

Impfskandal auch aufzuklären. Und da hat Frau Müller das exzellent auch durchgeführt.

Das zweite, was ich sagen möchte ist, dass Frau Müller nicht nur Stadtratsvorsitzende ist, sondern auch stellvertretende Vorsitzende meiner Fraktion und sich auch in dieser Funktion selbstverständlich politisch äußern darf. Ich möchte auch damit aufräumen, dass hier ein Mythos geschwungen wird, der eigentlich nur auf einer selektiven Wahrnehmung beruht. Das bestimmte Stadträtinnen und Stadträte öfter mal zur Ordnung gerufen werden müssen durch die Stadtratsvorsitzende liegt eben einfach mal im Verhalten des Stadtrates selbst. Auch mein Kollege Meerheim und ich bekommen regelmäßig hier vorne einen Anpfiff, nämlich, wenn wir kurz mal stören. Und dass ein paar Stadträtinnen und Stadträte stärker stören und vielleicht auch mal als Lautsprecher ihrer Fraktion sich entsprechend nicht im Griff haben und Worte benutzen, die auch unangemessen sind, da ist es einfach die Aufgabe der Stadtratsvorsitzende für Ordnung zu sorgen und dass Ihnen das nicht gefällt, naja, das kann ich schon verstehen, aber die Aufgabe ist es von Frau Müller genau diese Ordnung herzustellen.

Es bleibt zu konstatieren, das, was die AfD-Fraktion hier macht ist einzig und allein Klamauk, Klamauk und Aufmerksamkeitshascherei und das auf Kosten der Stadtratsvorsitzenden, meine Damen und Herren, das ist schäbig.

Herr Schachtschneider

Herr Heinrich.

Herr Heinrich

Ich musste leider schon öfters erleben, dass sich die Frau Müller zu gesundheitlichen Problemen bekennt, auch in einer pubertären Diktion zum Beispiel, in einer Sitzung hatte sie mehrmals wiederholt, ich habe ein Knick in der Pupille. Oft kommt es vor, dass sie Einlassung macht, das habe ich nicht gesehen, das habe ich nicht gehört. Und mein Eindruck ist, dass sie vor allem auf dem linken Auge blind ist und auf linken Ohr taub ist, dass sie nur einseitig sanktioniert und einseitig Wortwünsche sieht. Man kann ja eine Abwahl vermeiden, wenn Frau Müller so einsichtig ist und aus gesundheitlichen Gründen vom Amt selber zurücktritt. Danke.

Herr Schachtschneider

Wir haben ein Geschäftsordnungsantrag, Herr Dr. Wend bitte.

Herr Dr. Wend

Ich bitte um Abbruch der Debatte und Abstimmung.

Herr Schachtschneider

Gut, dann stimmen wir den Geschäftsordnungsantrag ab. Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag, Abbruch der Debatte, zu, bitte jetzt.

-Zwischenrufe-

Herr Schachtschneider

Die Gegenrede, Entschuldigung, ja, die Gegenrede. Herr Heym. Wäre auch der letzte auf der Rednerliste gewesen, dann.

Herr Heym

Meine Fraktion ist im Vortrag von Frau Mark angegriffen worden. Wir würden gern noch Stellung beziehen zu den Vorwürfen.

Herr Schachtschneider

Wir sind jetzt in der, aber es besteht ja die Möglichkeit einer persönlichen Erklärung,

vielleicht könnten Sie die dazu nutzen, ich möchte Sie jetzt nicht ermuntern, aber gehen wir wieder zurück zum Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung. Wer stimmt für Abbruch der Debatte, bitte jetzt. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Dem ist stattgegeben. Also, wir brechen die Debatte ab, die ohnehin durch das Ende der Rednerliste sich erledigt hat. Und wir haben eine Wahl durchzuführen. Ich, jetzt kommt die persönliche Erklärung. Herr Heym, bitte. Bewusst gesagt, es gibt eine persönliche Erklärung von Herrn Heym. Ich bitte Sie dieses auch zu berücksichtigen.

Herr Heym

Ich kann nur mein Bedauern im Stadtrat hier äußern, das sich mit den Sachargumenten, mit den Fakten, mit den Belegen, die wir ausführlich Ihnen zur Verfügung gestellt haben, inhaltlich in keinster Weise auseinandersetzt wurde. Das mag in Ihrem Interesse sein, das mag Ihrer Linie und Ihrer Art, wie Sie hier vorgehen entsprechen. Für uns ist es traurig, es ist ein Armutszeugnis, es wird sich, wenn man so mit sachlicher Kritik und nichts Anderes ist das, was wir hier vorgetragen haben, wenn man so damit umgeht, wird sich nichts ändern und mitnichten ist in dieser sachlichen Kritik irgendein Vorwurf enthalten gewesen, der sich gegen irgendwelche Referenten anderer Fraktionen richtet. Wir haben einzig und allein ein Sachverhalt festgestellt, indem gegen die Vorgaben des KVG, nämlich dem Einvernehmen bei der Benennung des Protokollführers mit dem OB abgestellt haben und dem Ergebnis, dass nämlich Abstimmung nicht öffentlicher namentlicher Art in der Presse landeten, nichts Anderes haben wir thematisiert. Wer dafür verantwortlich ist, wissen wir nicht, aber die Stadtratsvorsitzende entscheidet darüber, wie die Geschäftsordnung, das KVG hier angewendet wird und das war unser Vorwurf. Und der ist mehr als berechtigt.

Herr Schachtschneider

Meine Damen und Herren, wir haben eine Wahl durchzuführen. Diese Wahl können wir in offener oder in geheimer Form durchführen. Ich frage jetzt, wer gegen eine offene Wahl widerspricht. Herr Raue hat das getan. Gut, demzufolge führen wir eine geheime Wahl durch. Ich bitte Herrn Stehle dann die Namen vorzulesen. Herrn Aldag würde ich als ersten bitten, sich von der Wahlurne zu überzeugen, dass nichts drinnen. An Sie alle noch mal der Hinweis, bitte nehmen Sie Ihre Stifte in die Wahlkabine mit. Herr Stehle bitte.

Herr Stehle

Vielen Dank Herr Vorsitzender. Herr Aldag, Herr Dr. Bergner, Herr Bernstiel, Herr Bönisch und Frau Dr. Brock. Herr Eigendorf, Herr Ernst, Herr Dr. Ernst, Herr Feigl und Frau Gellert. Frau Haupt, Herr Heinrich, Herr Helmich, Herr Heym und Frau Jacobi. Frau Jahn, Herr Krause, Frau Dr. Kreutzfeldt, Frau Krischok und Herr Lange. Frau Mackies, Frau Mark, Herr Dr. Meerheim, Herr Menke und Frau Müller. Herr Nette, Frau Ranft, Herr Radke, Herr Raue und Herr Schachtschneider. Herr Schied, Frau Schmidt, Herr Schnabel, Herr Scholtyssek. Frau Dr. Schöps, Herr Schramm, Herr Sehrndt, Herr Senius, Herr Sondermann. Herr Steinke, Herr Streckenbach, Herr Wels, Herr Dr. Wend. Frau Winkler, Herr Wolter und Frau Dr. Wünscher. Herr Schaaf dann bitte auch noch.

Herr Schachtschneider

So, ich stelle die Frage, ob jemand von den anwesenden Stadträtinnen und Stadträten keinen Stimmzettel erhalten hat. Dem ist nicht so. Dann gehen wir jetzt in unsere 20-minütige Pause bis 15:45 Uhr. Ich bitte wirklich alle, so wurde es mir mitgeteilt, auch den Saal zu verlassen.

Ich bekam gerade den Hinweis, wer der Auszählung beiwohnen möchte, die findet im Vorraum des Saales statt, kann natürlich jeder gerne zuschauen. Danke.

-20-minütige Pause-

Herr Schachtschneider

So meine Damen und Herren, ich hoffe die restlichen Stadträtinnen und Stadträte kommen

auch noch in den Saal. Wir haben ein Ergebnis. Und das möchte ich Ihnen hiermit verkünden. Es gab 48 abgegebene Stimmen. 1 Stimme war ungültig, es stimmten 17 Stadträtinnen und Stadträte mit Ja, 29 mit Nein. Demzufolge ist für die Abwahl die erforderliche Mehrheit von 29 nicht erreicht und Frau Müller ist somit nicht abgewählt.

Und ich würde gleich, so war es abgesprochen, an Frau Müller übergeben.

Frau Müller

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich zunächst bei der Mehrheit des Stadtrates für das ausgesprochene Vertrauen und ich bedanke mich auch für ehrlich gemeinte Solidaritätsbekundung.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Frau Katja Müller wird vom Amt der Vorsitzenden des Stadtrates Halle (Saale) abgewählt.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.06.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 30.06.2021.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.06.2021

Vorlage: VII/2021/02881

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.06.2021 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekanntgegeben sind.

zu 5.2 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom

07.04.2021

Vorlage: VII/2021/02917

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 07.04.2021 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekanntgegeben sind.

zu 6 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Bürgermeister Geier informierte über folgende Themen:

- Elektrospeicher-System ist am Netz
- Institut für Strukturwandel und Nachhaltigkeit
- Das WUK-Theaterschiff legt ab
- Freifläche am Schülershof wird aufgewertet
- Stadion heißt LEUNA-CHEMIE-STADION
- Rettungsfahrzeuge werden in Dienst gestellt
- Zuschlag für "Modellprojekt Smart Cities"
- "Sommer im Quartier" beginnt
- Aktuelle Corona-Situation

Anmerkung: Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem Session hinterlegt.

zu 7 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Es gab keine Nachfragen zum Bericht.

zu 8 Beschlussvorlagen

zu 8.2 Einführung eines elektronischen Abstimmungssystems

Vorlage: VII/2021/02828

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Einführung eines elektronischen Abstimmungssystems in seinen Sitzungen, das auf der Nutzung von Abstimmungsgeräten für die Nutzerinnen und Nutzer beruht.

zu 8.3 Beschluss zur Umsetzung des Investitionsprojektes "Erschließung des Star Parks II" im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) Vorlage: VII/2021/02817

Herr Bürgermeister Geier beantrage für die Tagesordnungspunkte 8.3 bis 8.6 das Rederecht für Herrn Rauschenbach, Herrn Dr. Schmieder, Herrn Weber und Herrn Dr. Paul. Das Rederecht wurde erteilt.

Frau Jacobi sagte, dass bei den Vorlagen der Tagesordnungspunkte 8.3, 8.4 und 8.5 keine Angabe zur Klimawirkung gemacht wurde. Sie bat um Erläuterung.

Herr Rebenstorf sagte, dass die jetzt vorliegenden Beschlüsse keine Klimaauswirkungen haben, die Angabe wird erst relevant im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

- Das Vorhaben "Bau des Star Park II" mit einer voraussichtlichen Nettoansiedlungsfläche von ca. 200 ha wird am Vorzugsstandort Halle-Kabelsketal im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen in der Stadt Halle (Saale) in Zusammenarbeit mit dem Saalekreis als interkommunales Projekt umgesetzt.
- 2. Die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co.KG soll dieses Projektes umsetzen.
- Nach der tiefgreifenden Untersuchung wird dem Stadtrat die Einordnung des Gewerbe- und Industriegebietes in das Vorranggebiet zur Beschlussfassung vorgelegt.
- zu 8.4 Beschluss zur Umsetzung des Investitionsprojektes "Entwicklung des RAW-Geländes" im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG)

Vorlage: VII/2021/02818

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Das Vorhaben "Entwicklung des ehemaligen RAW-Geländes" wird im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen in der Stadt Halle (Saale) umgesetzt.
- 2. Die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co.KG soll dieses Projektes umsetzen.
- zu 8.5 Beschluss zur Umsetzung des Investitionsprojektes "Neubau des CSME" im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) und zur Umsetzung des Investitionsprojektes "Neubau des BDC" im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regional Wirtschaftsstruktur Vorlage: VII/2021/02819

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt

- 1. Der Neubau des Center for Substainable Materials and Energy (CSME) wird im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen in der Stadt Halle (Saale) umgesetzt.
- 2. Die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH soll das Vorhaben "Bau des Center for Substainable Materials and Energy (CSME)" umsetzen.
- Die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH soll das Projekt "Bau des Business Development Centers for Digital Lifescience and Smart Materials umsetzen. Dafür werden Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur beantragt.
- zu 8.6 Grundsatzbeschluss zur Umsetzung weiterer Investitionsvorhaben in der Stadt Halle im Rahmen des Strukturwandelprozess Vorlage: VII/2021/02820

-Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu dem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

Gut, dann rufe ich 8.6 auf mit den entsprechenden Änderungsanträgen, 8.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und 8.6.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Und zunächst hat die Verwaltung mit Herrn Rebenstorf das Wort. Bitteschön.

Herr Rebenstorf

Ich bin noch mal gebeten wurden etwas klarzustellen, auch gegenüber meinen Ausführungen gestern im Wirtschaftsausschuss, vor allen Dingen die Projekte, wenn es um die Schwemme geht und, jetzt ist es weg, also, auf jeden Fall am Beispiel Schwemme, um es mal da fest zu machen, wer ist Antragsteller, wer ist berechtigt. Genau, Orgacid, ist genau das gleiche. Uns liegen im Moment, sage ich mal, etwas unterschiedliche Informationen vor, wenn es um Antragstellung außerhalb der Kommune geht oder um städtische Töchter. Ich bitte Sie trotzdem, dem letztendlich zuzustimmen und die Idee wird final entscheiden, ob derjenige, der den Antrag gestellt hat auch antragsberechtigt ist. Es findet sozusagen live gerade eine Anpassung der Förderrichtlinien statt, dass über die Kommune und städtische Töchter hinaus auch weitere Antragsberechtigt sind und wir sollten die Zeit nutzen, gerade das Projekt Schwemme in dem Fall mit auf den Weg zu bringen, und wir würden entsprechend die Gespräche mit dem Land / mit der IB weiterführen, um auf Nummer sicherzugehen, dass die Antragstellung dann auch zum Erfolg führt. Deswegen eine kleine Korrektur zu den Ausführungen von gestern. Und das gleiche gilt auch für Orgacid dann.

Frau Müller

Vielen Dank. So, ich hatte zunächst, hatte sich Herr Feigl gemeldet, dann Herr Bernstiel und dann Herr Wolter.

Herr Feigl

Ja, ich glaube, ich kann es dann ganz kurz machen. Ich danke Herrn Rebenstorf für die einführenden Worte, die auch in die Richtung gegangen sind, so wie wir versucht haben, dass in den Ausschüssen zu diskutieren. Inhaltlich war, glaube ich, habe ich bisher noch keinen Dissens gesehen was das Projekt angelangt. Wir glauben nicht, dass es der ganz große Leuchtturm ist aber eine kleine Kerze, die hell in dieser Stadt leuchten könnte, könnte die Schwemme sein, auch im Sinne der, dass, was der Fördermittelgeber möchte mit diesen Strukturanpassungsgesetzen, nämlich das Arbeitsplätze entstehen, dass Innovation entsteht, dass Kultur entsteht, dass eine Verbesserung der Region entsteht. Ich glaube, all das in kleinen Schritten kann die Schwemme dazu beitragen. Von daher werbe ich für dieses Projekt ausdrücklich. Noch mal herzlichen Dank an Herrn Rebenstorf.

Frau Müller

So, okay. Ich würde jetzt noch mal darum bitten, ich hatte mir jetzt schon mal aufgeschrieben, Herr Bernstiel und Herr Wolter. Und ich hatte dann aber, ich glaube, Herr Sehrndt, Sie hatten sich gemeldet, ja? Und Herr Senius, Sie habe ich. Aber, aus der Fraktion Die Linke, war dort noch jemand oder habe ich das, okay, nicht. Und dann Herr Streckenbach und Herr Raue. Gut, dass ist zunächst Herr Bernstiel dran, bitte.

Herr Bernstiel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fange mal so an, ich mache mal etwas was ungewöhnlich ist und zwar würde ich heute tatsächlich mal um etwas Vertrauen werben und zwar explizit bei diesem TOP. Worum geht es? Es geht ja um den sogenannten Strukturwandel, also den Kohleausstjeg und ich gucke auch bewusst in diese Richtung, und es gibt ja zwei Arme. Es gibt den Bundesarm und es gibt den Landesarm. Es gibt Gesellschaften innerhalb dieser Stadt, die sich bereits auf Bundesfördermittel beworben haben, dort prüft der Bund. Und bei den Projekten, die wir heute hier vorliegen haben, dort wird das Land prüfen. Und es geht darum, das hatte Herr Rebenstorf gestern auch schon ausgeführt, dass erstmal die Stadt an sich erstmal die Bereitschaft signalisiert, wir wären bereit diese Proiekte zu prüfen, durchzuführen, wenn sie denn eine Zusage überhaupt des Landes bekommen. Das heißt, die Entscheidungsfähigkeit des Stadtrates begrenzt sich im Grunde genommen darauf zu sagen, gehen wir mit diesen Projekten ins Rennen oder sagen wir von vorn herein, die halten wir für so unrealistisch, dass wir das nicht machen. Und ich finde, es wäre besser für uns auch als Stadtrat, weil es sind wirklich ganz unterschiedliche Projekte, mit unterschiedlichen Erfolgsaussichten, da stimme ich vollkommen zu, aber für uns als Stadtrat wäre es doch gut, wenn wir sagen, dass

sind Projekte, die kommen aus der Mitte der Stadt und wir als Stadtrat unterstützen die. Und wir nehmen jetzt nicht vorher schon einen Entscheidungsprozess weg, der ohnehin nicht in unserer Hand liegt und deswegen ist mein Werben dafür, dass wir so, wie es Herr Rebenstorf auch gerade gesagt hat, das Land erarbeitet gerade neue Förderrichtlinien beziehungsweise passt die vom Bund an, dass wir das heute erstmal nehmen, alles im Paket, so wie es ist, auch ich, auch meine Fraktion, wir haben Zweifel, dass das eine oder andere Projekt vielleicht nicht förderfähig ist aber am Ende entscheiden wir das nicht. Diese Entscheidung wird im Land getroffen. Und ich glaube, wir könnten heute auch im Sinne der Sitzung zwei Dinge erreichen. Wir könnten einmal ein gutes Signal nach draußen senden, dass dieser Stadtrat hinter den Projekten der Stadt auch steht, die Stadtverwaltung hat sich dazu bereits bereit erklärt. Und das zweite Signal wäre, wir haben auch noch mehr Diskussionszeit für die übrigen Tagesordnungspunkte, die hier heute auch noch auf der Liste stehen. Und dann möchte ich noch etwas sagen zu den Einwendungen des Finanzausschusses. Natürlich ist es so, dass wir immer noch priorisieren können und auch im Nachgang noch nachpriorisieren sollten. Aber das ändert nichts daran, dass am Ende das Land entscheiden wird und da kommt noch hinzu, wenn das Land etwas entscheiden sollte. was den Bundesförderrichtlinien widerspricht, was ich nicht glaube, dass das Land das tun wird, dann hätte der Bund auch noch mal das letzte Wort. Also, insofern, würde ich Sie bitten, heute im Sinne dieser Projekte, im Sinne der Punkte, die ich angesprochen habe, den Weg frei zu machen, dass das Land überhaupt erstmal prüfen kann und ja, das waren meine Ausführungen dazu.

Frau Müller

Herr Wolter.

Herr Wolter

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bernstiel, ich schließe mich mal den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim an im Finanzausschuss. Da ist die Diskussion, sage ich mal, auch natürlich so gefallen, dass man sagt, wir haben hier die Projekte, wir nehmen die auf, das sind die vorliegenden, die reichen wir weiter. Jetzt gibt es noch weitere Vorschläge, die kann man auch mit aufnehmen. Sozusagen, man kann eigentlich sagen, ja, gut, auch das gestern, was der Wifö Ausschuss beschlossen hat in seiner Ergänzung. Das kann man mit aufnehmen. Nach der Gesetzeslage ist es so, dass die Priorisierung und die Prioritätensetzung eben nicht beim Land liegt, sondern ganz klar und eindeutig bei uns als Stadt. Das ist der Grund, warum wir eigentlich gesagt haben, okay, wenn wir das jetzt einfach gleichrangig weitergeben, ist es, sage ich mal, wirklich ein Problem, weil wir gehen davon aus, dass es schon einen Verteilungskampf geben wird, dass wir, also, wenn wir jetzt davon ausgehen könnten, alle bei unseren beantragten Mitteln werden so durchgereicht und es gibt quasi aus den anderen Regionen weniger Anträge, dann wird es natürlich, sozusagen, dann müssen wir gar nicht diskutierenden, dann machen wir einfach gut, super, alles durch.

Aber wir gehen davon aus, dass es eben nicht zu einer Förderung und Realisierung von allen jetzt vorliegenden Projekten kommt. Und deswegen glaube ich, dass wir eine politische Diskussion brauchen, wo einerseits die Verwaltung uns gegenüber erklären muss, okay, ihr habt das jetzt zur Kenntnis genommen und bitte setzt doch mal eins bis fünf dort ein oder eins bis acht. Wenn das jetzt hier die Prioritätensetzung ist, wie sie vorliegt, das ist ja nicht so gemeint, das ist eine reine Aufzählung, kommen wir natürlich an den Punkt, dass wir sagen, im Normalfall, also, wenn ich mich mal ganz einfach ausdrücke, der Förderer wird sagen, okay, von der Stadt fördere ich drei Projekte im Sinne, lassen Sie mich mal ausreden, und dann wird er sozusagen gucken in dem Sinne, was in der Art von, sag ich mal, Gleichbehandlung vielleicht in der Wertigkeit von der finanziellen Ausschüttung in den Regionen ist. Wenn wir sozusagen, im Gesetz steht ganz klar, es gibt keinerlei Prioritätenentscheidung innerhalb des Landes, sondern es ist nur von uns möglich. Deswegen könnte ich mir vorstellen aufgrund der Dringlichkeit, das haben Sie ja auch

beschrieben vorhin, dass man sagt, wir sind jetzt aktiv, das ist gut, das man das weitergibt. Aber ich glaube schon, dass wir uns heute abstimmen müssen, wann gibt es hier eine Entscheidung. Ich kann mich auf so einen Kompromiss auch gerne einlassen, das man sagt, im nächsten Finanzausschuss, Herr Geier und Herr Rebenstorf, würden wir in irgendeiner Form zu diesem Punkt sozusagen noch mal eine Prioritätensetzung verabreden können und das vielleicht als eine Beschlussvorlage einbringen. Und dann denke ich, kann man das hier heute gerne ohne weitere, tiefergehende Diskussion verabschieden. Aber diese Zusage würde ich gerne hören und dann kann man das gerne so machen.

Frau Müller

Herr Bürgermeister.

Herr Bürgermeister Geier

Also, diese Zusage, die haben wir ja schon im Finanzausschuss gemacht und die mache ich auch hier und wir würden diese Liste, die sie dann heute beschließen entsprechend in eine Rangfolge bringen, nach einer Bewertungsmatrix und da ist die Zielstellung, dass wir das für den September machen.

Frau Müller

Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Meine Damen und Herren, werte Frau Vorsitzende, ich vermisse hier mehrerlei. Das erste ist, dass wir darüber sprechen, dass das Geld ausgereicht wird, um hochwertige Arbeitsplätze für diejenigen zu schaffen, die ihren Arbeitsplatz in unserem CO2 Wahn verlieren werden. So, davon habe ich bis jetzt nichts gehört. Das nächste ist, das so, wie das dort angeschrieben ist, ich mir die Frage stelle, wer erzeugt überhaupt solche Listen? Die Menschen denken doch alle ähnlich wie wir. Ich will das mal kurz durchgehen, ich will jetzt keine lange Diskussion anfangen.

Sanierung und Umbau Sportcampus des SV Halle. Na, vielleicht kriegen wir da vier Bergarbeiter hin, die da Rasenmäher fahren. Vielleicht. Aber die machen das nicht bei der Entlohnung, die da passiert.

Sanierung und Umbau Fanhaus. Es tut mir leid, das hat nichts mit Kohle und Energiewende zu tun. Das ist einfach, weil heute bald Weihnachten ist und wir müssen uns alle mal schnell melden, was wir auf den Wunschzettel schreiben.

Das Innovationszentrum Wasserstoff. In ungefähr 40-50 Stadtwerken in Deutschland sind Wasserstoffzentren schon entstanden. Das heißt, die jungen Heimatforscher sind überall im Gange und basteln rum, das ist Aufgabe der Universität und Institute. Und wir brauchen nicht immer neue Zentren zu gründen, die vielleicht irgendwo drei Leute abwerben, weil sie es ja selber nicht wissen und dann rumbasteln. Und das kostet alles wahnsinnig viel Geld.

Dann haben wir die Elektrifizierung der Anschlussbahn Bahnhof Trotha – Containerterminal. Wer das durchgelesen hat, der merkt natürlich, dass da lauter Widersprüche drinnen sind und deshalb frage ich, wer so was aufstellt. Da wird ständig von gesprochen, dass es keine Wasserstoffloks gibt. Das heißt, wir wollen das zwar mit einer Wasserstofflok machen und dann wollen wir noch eine Wasserstofftankstelle bauen. Die kostet auch wahrscheinlich ein paar Scheine. Und unabhängig davon soll dann die Bahnstrecke aber auch noch normal mit einer Oberleitung elektrifiziert werden, wenn wir eben dann keine Wasserstofflok kriegen. Und das alles wird so zusammengerührt, eigentlich sind das keine Lösungen, das alles Wünsche.

Die Wiederinbetriebnahme des Wasserwerk Beesen. Das Wasserwerk Beesen ist ein

Rudiment vor kapitalistischen Zeiten, sage ich mal, vor Stadtwerke-Zeiten und wurde in den 90-iger Jahren, also 91/92 mit erheblichen Aufwand komplett erneuert und dann wurde es, weil man festgestellt hat, dass der Unterhalt teuer ist, eingeweckt, also stillgelegt und konserviert. Ich weiß nicht, welcher Anlass jetzt da ist, dass dieses Wasserwerk Beesen mit dem Geld, was für Leute, die in der Kohle ihre Arbeit verlieren, wieder in Betrieb genommen werden soll. Die Wasserversorgung von Halle ist ausreichend oder nicht und dass muss die Stadt vorher sagen oder die Wasserversorgung, dass wir kurz vor dem Verdursten sind und dass wir jetzt das Wasserwerkt Beesen in Betrieb nehmen müssen. Aber doch nicht einfach, weil es gerade mal Geld gibt. Das geht doch gar nicht.

Zum Innovationszentrum digitale Daseinsvorsorge. Das ist ein typischer Spruch, da kann man gar nichts zu sagen, will ich auch nicht.

Das nächste das gleiche. Und zu HAL-Aqua kann ich nur sagen, Halle braucht nicht HAL-Aqua, weil Dr. Thomas irgendwo ein schwimmendes Schwimmbad gesehen hat, sondern wir brauchen ein richtiges Schwimmbad in der Stadt, über den Platz wäre zu sprechen, wo Kinder schwimmen lernen können. Vielleicht nur Kinder schwimmen lernen können. Und vielleicht noch Erwachsene, die mit 40 noch schwimmen lernen wollen. Aber nicht solcher, Entschuldigen Sie den Ausdruck, solcher Unfug. Wir ordnen das dann immer unter Tourismus ein und dann noch auf dem Hufeisensee, wo ich nicht mal baden darf. Das ist also unglaublich, so eine Liste hinzulegen. Normalerweise muss sie komplett weggefegt werden. Danke.

Frau Müller

Herr Senius.

Herr Senius

Wir haben uns gestern im Wirtschaftsausschuss sehr bewusst darauf verständigt, dass wir die Einzelmaßnahmen nicht bewerten im Wirtschaftsausschuss, noch nicht bewerten im Wirtschaftsausschuss, sondern im Endeffekt dem Verfahren so folgen wie gestern von der Verwaltung auch projiziert wurde, nämlich erst mal über die Liste entscheiden und dann in einem zweiten Durchgang, nachdem im Endeffekt ein Scoring Modell vorliegt, nachdem die Prüfung der einzelnen Maßnahmen und Projekte erfolgt ist, eine Priorisierung erfolgt, die uns dann natürlich auch als Stadtrat vorgelegt wird. Ich bin froh, dass dieses Verfahren gestern so gewählt wurde. Wir können uns als Fraktion der gesamten Liste einschließlich der Erweiterungen, die gestern über die Änderungsanträge hinsichtlich der Schwemme oder über den Änderungsantrag hinsichtlich des Orgacid-Geländes erfolgt ist, vollinhaltlich anschließen und wir haben in unserem Änderungsantrag nur noch einen, ich sage jetzt mal, verstärkten Prüfhinweis gegeben. Es ist völlig richtig, das natürlich am Ende des Tages Beschäftigungsmöglichkeiten, weiterführende volkswirtschaftliche Effekte sich aus den unterschiedlichen Projekten ableiten müssen, das muss auch nicht nur geprüft, sondern auch in den Konzepten bereits gut begründet werden. Das Land arbeitet im Moment an einem Scoring Modell. Ich gehe davon aus, dass die Beschäftigungswirkung ein ganz maßgeblicher Aspekt sein wird, aber bei weitem nicht der einzige. Attraktivität der Region werden auch hier eine entscheidende Rolle spielen, wie das Ganze dann am Ende des Tages im Scoring zu bewerten ist, da warte ich dann auch auf die Vorschläge der Verwaltung, mit den wir uns beschäftigen und in dem Sinne werbe ich für die Erweiterung des Antrages durch unseren Änderungsantrag und für die ausdrückliche Aufnahme der weiteren Punkte, die gestern Gegenstand des Wirtschaftsausschusses waren hinsichtlich Orgacid-Gelände und hinsichtlich der Schwemme.

Frau Müller

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Ja, Frau Müller, vielen Dank. Ich denke, es war ein Versehen von Ihnen, dass sie diesen Änderungsantrag der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses vorhin noch nicht mit angekündigt haben. Deswegen will ich ihn nur kurz mit einbringen.

Also, es geht tatsächlich darum und da möchte ich den Mitgliedern im Wirtschaftsausschuss für die einstimmige Unterstützung danken, dieses Projekt hier mit in die Liste aufzunehmen. Wir hatten in der Vergangenheit die Verwaltung bereits beauftragt, Gespräche mit dem Land zu führen, um zu klären, ob das förderfähig ist, ob das überhaupt möglich ist. Das ist es. Und deswegen jetzt der zweite Schritt, um das verbindlicher zu machen, hier das Werben um die Aufnahme in die Liste. Und ich bedanke mich auch bei Herrn Regensdorf für die Qualifizierung seiner Aussagen hier heute und werbe im Sinne der gesamten Antragsteller um Unterstützung zu diesem Änderungsantrag.

Frau Müller

Danke Herr Streckenbach für die Ergänzung. War in der Tat ein Versehen. Und dann ist Herr Raue dran. Nein, ich habe auf der Rednerliste Herrn Raue, Herrn Lange, Frau Brock, Herrn Dr. Thomas. Es haben sich zwischendurch noch eine ganze Menge Leute gemeldet. Bitte.

Herr Raue

Also, aus unserer Sicht ist in diesen Punkten, die die Stadtverwaltung zusammengetragen hat, keine richtige Vision erkennbar. Ich sehe eher so, dass wir die Strukturwandelmittel, die im Prinzip begrenzt sind, die für uns auch sehr wichtig sind für die Entwicklung unserer Stadt, unseres ganzen Wirtschaftsraums, dass die in Projekte investiert werden, von den die Stadt wirtschaftlich, technisch und wissenschaftlich am Ende nicht profitiert. Was Aufgabe wäre, ist zu schauen, wie können wir investieren, dass entweder, das sich bei uns große Unternehmen gründen, das Unternehmen bei uns wachsen, dass die sozusagen eng verknüpft agieren können mit unserer Forschungslandschaft, insbesondere mit unserer Universität, die wir in Halle haben.

Was wir hier aber jetzt finden: Sanierung Sportcampus, Fanhaus, Fanhaus wieder hier, ich habe es gerade gelesen, verknüpft mit politischer Bildung. Also, ganz ehrlich, das sind Projekte, die können wir hier nicht unterstützen.

Wir fordern in jedem Fall erst mal eine Einzelpunktabstimmung. Ich sehe das auch nicht so, dass wir das einfach erst mal beantragen können, so nach dem Motto: Wir beantragen erst mal viel Geld und dann können wir immer noch gucken, für welches Projekt wir uns besonders stark machen. Eins habe ich gelernt in den Jahren, in den ich mich hier politisch betätige, wenn Geld für irgendwas da ist, es wird ausgegeben, auch für den größten Unsinn wird es ausgegeben. Und ich frage, wo ist denn hier eigentlich die Vision, wo ist denn hier der Aufbruch? Ich sag mal, wir befassen uns in der Wissenschaft, in der Technik mit den Zukunftsthemen KI, Robotik, auch Automatisierung nach wie vor, da sind wir voll im Gange. Was weiß ich, wegen mir auch Weltraum, Pharma, und, und, und. Und nicht nur Energietechnik, sondern auch Medizintechnik, Das wären so ein paar Bereiche, wo ich sagen könnte, da könnten wir Akzente setzen. Das wäre auch was, dass würde auch eine Aufbruchsstimmung erzeugen und die wird natürlich auch mitreißend sein. Und das Land, das glaube ich auch, das würde natürlich lieber in ein solches Projekt investieren als beispielsweise in ein Kulturprojekt oder in ein Sportprojekt. Das sind alles wichtige Aufgaben aber, verstehen Sie mich nicht falsch, aber der Topf aus dem wir es jetzt fördern wollen, dass es. dass ist der verkehrte.

Insofern, mag mein Kollege Martin Sehrndt da völlig Recht gehabt, dass man sich fragt, wer schreibt das zusammen und was hat das gekostet, das zusammenzuschreiben, weil das haben ja nicht Sie zusammengeschrieben, das ist auch meine Frage an die Verwaltung. Was hat eigentlich das gekostet, was haben die Punkte gekostet, dass sie die zusammengetragen hat, wer hat das für sie erarbeitet? Das würde mich auch mal an der

Stelle interessieren.

Also, bitte die Einzelpunktabstimmung, die ist hiermit beantragt.

Frau Müller

Herr Bürgermeister.

Herr Bürgermeister Geier

Vielen Dank. Nach der Ausführung von Herrn Raue möchte ich vielleicht auch noch mal folgenden Hinweis geben. Die drei Projekte, die die Stadt definiert hat, die haben Sie eben beschlossen, unter anderem RAW-Gelände und hier geht es quasi um Initiativen aus der Stadt. Also, das heißt es sind keine Projekte der Stadtverwaltung, sondern das sind Projekte, die von Menschen und Firmen aus der Stadt kommen, die auch eingeladen sind, da entsprechende Projekte vorzustellen und über den Weg der Stadt, ich sage mal so, als Sammelstelle, die Stadt musst das sammeln und es ist dann auch wichtig, dass der Rat einen entsprechenden Beschluss dazu trifft, um das auch damit zu unterstützen.

Also, das heißt, es sind Projekte von Initiativen und Ideen aus der Stadt, die wir hier zusammenführen, die das Petitum des Stadtrates bekommen, die dann, so haben wir es im Finanzausschuss besprochen, noch mal eine Rangfolge bekommen, wie wir das sehen, aber dann selbstverständlich in diese Förderfähigkeitsprüfung beim Land gehen. Das ist noch mal ganz wichtig. Und ich halte es auch für absolut in Ordnung und gut, wenn hier jeder im Zusammenhang mit Kohleausstieg und Strukturwandel seine Idee einbringt zunächst.

Frau Müller

Herr Lange.

Herr Lange

Zunächst, damit hier kein Unsinn unwidersprochen im Raum bleibt, die Klimakrise ist real, sie ist menschengemacht und die Energiewende muss kommen, und ich finde es übrigens richtig, dass wir an der Stelle auch auf Wasserstoff setzen und hier Sachsen-Anhalt sich entschieden hat, die Wasserstofftechnologie mit nach vorne bringen zu wollen, dass es in richtiger Schritt, auch die Frage Elektrifizierung Containerterminal, Wiederinbetriebnahme Wasserwerk Beesen mit Blick auf die Trockenheit, die wir erlebt haben und die Zukunft der Wasserversorgung in der Region, ist in einem direkten Zusammenhang auch mit dem Klimawandel zu sehen und insofern auch vernünftig entsprechend mit zu beantragen. Ob es förderfähig ist unter diesem Topf, das werden wir erleben, aber ich finde erst mal den Antrag in Ordnung, genauso, wie den Digital Innovation Hub und das Innovationszentrum.

Allerdings muss man sagen, auch bei dem, was der Bürgermeister gerade noch mal vorgetragen hat. Ja, wir haben aktive Vereine und Verbände in der Stadt und ich bin auch froh, wenn es aus der Stadtgesellschaft heraus Ideen und Projekte gibt, wie wir mit Kohleausstiegsmitteln tatsächlich die Stadt nach vorne bringen können. Das finde ich großartig, ist auch wichtig. Aber, wir zeigen mit den Anträgen, die wir als Stadt stellen, die wir auch als Stadtrat mit sozusagen unterstützen in Bezug auf den Kohleausstieg und den Strukturwandel, der damit einhergeht und die Wirkung des Strukturwandels, auch wie wir selbst erstens mit den Mitteln, die dafür eingesetzt werden sollen, umgehen wollen und was wir beitragen wollen, um diesen Strukturwandel in der Region zu bewältigen und hier müssen wir verdammt noch mal aufpassen, dass wir keine falschen Signale setzen. Das ist. könnte ein Problem sein, wie wir wahrgenommen werden in der gesamten Metropolregion, in der Strukturwandelregion, mit den Projekten, die wir nach vorne bringen wollen. Und deswegen erinnere ich nur mal an den Aufschrei, den es gegeben hat, als die erste Reaktion war: Wir strahlen den Naumburger Dom ab, damit der schön aussieht und das bringt ja den Tourismus nach vorne. Ich warne davor, dass wir solche Signale senden. Und dann, wie gesagt, ich finde die Projekte toll, die aus der Bevölkerung kommen.

Aber in Bezug auf Strukturwandel, Arbeitsplätze schaffen, Strukturwandel in der Region nach vorne bringen, habe ich ein großes Fragezeichen. Insbesondere bei drei Projekten, die hier aufgeführt sind. Sie wissen alle, dass wir das Fanhaus, das Fanprojekt in seiner Aufgabe nach vorne gebracht haben und wieder dafür gesorgt haben, dass es dieses Fanprojekt wieder gibt. Und ich finde es wichtig, insbesondere auch mit dem politischen Bildungsauftrag der damit verbunden ist. Aber ein Fanhaus für den HFC aus den Kohlemitteln zu finanzieren, da habe ich ein großes Fragezeichen dahinter.

Das gleiche sehe ich beim SV Halle. Das muss gemacht werden und ich finde es gut, wenn wir diesen Sportcampus umbauen. Aber das aus den Strukturwandelmitteln finanzieren zu wollen halte ich für ein Problem. Und ob wir wirklich auf dem Hufeisensee jetzt noch im Swimmingpool bauen wollen, da habe ich, also, da hätte ich insgesamt als Projekt, also, wenn wir mal im Geld schwimmen, gerne, aber das finde ich erstaunlich, dass man überhaupt auf die Idee kommt sowas einzubringen.

Und von daher, ich sehe das übrigens bei der Erweiterung ausdrücklich anders. Bei der Schwemme sehe ich das anders und ich sehe das auch beim Orgacidgelände anders, weil das ist Wirtschaftsentwicklung, das originäre Wirtschaftsentwicklung. Aber bei diesen Projekten habe ich ein ganz großes Fragezeichen, welchen Effekt erzielen wir und welches Signal der Solidarität, auch mit der Kernregion, senden wir aus, wenn wir solche Projekte nach vorne tragen wollen. Ich erinnere an den Naumburger Dom. Und was damit an Kommunikation erfolgt ist.

Frau Müller

Herr Lange, Ihre Redezeit ist um.

Herr Lange

Danke. Dann habe ich im Sinne der Sitzungsabfolge noch die Frage, inwieweit im Raum exponierte Persönlichkeiten sind, die eventuell von der Abstimmung beziehungsweise im Mitwirkungsverbot sind. Jetzt habe ich das richtige Wort gefunden.

Frau Müller

Vielen Dank. Und vielleicht kann Herr Schreyer das beantworten.

Herr Schreyer

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Frage ist schon aus einzelnen Reihen Ihrerseits an mich hergetragen worden.

Wir haben hier noch kein Mitwirkungsverbot, weil das Mitwirkungsverbot einen unmittelbaren Vor- und Nachteil voraussetzt, der mit dieser Beschlussvorlage, die ja die Verwaltung beauftragt, sich auf den Weg zu machen, sprich eine Fördermittelantragsstellung vorzubereiten. nicht noch verbunden ist. sondern. Sie Beschlussvorlagenbegründung sich anschauen, sehen Sie, wie ein weiteres Vorgehen dargestellt und nach diesem weiteren Vorgehen sehen Sie, dass noch weitere Schritte erforderlich sind. Wenn diese dann gegangen werden, dann muss man tatsächlich über ein Mitwirkungsverbot nachdenken. Aber jetzt, mit dieser Beschlussfassung ist noch kein unmittelbarer Vor- oder Nachteil für entsprechende Personen, die hier in diversen Funktionen, hinter bestimmten Projekten stehen, verbunden. Vielen Dank.

Frau Müller

Dankeschön. Dann ist Frau Dr. Brock dran.

Frau Dr. Brock

Verzeihung Frau Vorsitzende, dass ich das sozusagen nicht gewährt schätzt habe, dass Sie

natürlich Ihre Redeliste ordnungsgemäß führen. Ja, ich möchte nicht alles das noch mal wiederholen, was die Herren vor mir gesagt hat, sondern ich möchte noch zwei neue Aspekte hinzufügen.

Das eine ist, wenn wir den Zeithorizont anschauen. Wir reden hier von sozusagen einer Projektphase, die im Prinzip eine komplette Generation betrifft, und dass wir gar nicht unbedingt an die Menschen denken müssen bei diesen Projekten, die jetzt im Moment in der Kohle arbeiten, sondern wir denken hier an die zukünftigen Generationen, die möglicherweise auch andere Berufe erlernen werden und vor allen an die Bindekräfte in der Region, dass die jungen Leute eben hierbleiben und das sowohl mit innovativen Arbeitsplätzen als auch mit einer Attraktivierung der Regionen. Ich glaube, das muss man immer mitdenken, dass wir hier von einem Zeithorizont reden, der wirklich eine ganze Generation betrifft, wenn wir über diese einzelnen Projekte sprechen.

Der zweite Punkt ist der, natürlich kann man bei dem ein oder anderen Punkt noch mal überlegen, ist das jetzt sinnvoll oder nicht. Aber, ich glaube, es geht hier bei dieser alten wer war zuerst da, Henne oder Ei, warum lassen wir nicht erst mal das Landesverwaltungsamt oder die Innovationsbank oder wer auch immer das prüft aus dieser Liste von dann insgesamt zehn Punkten, entscheiden, was ist förderfähig und was nicht. Und dann erledigt sich eigentlich die eine oder andere Prioritätensetzung von uns sowieso. Das heißt, wir können dann, wenn geprüft ist und wir eine Liste zurückkriegen, können wir immer noch sagen, okay, das ist uns prioritär, das wollen wir sozusagen zuerst angehen und das kann möglicherweise noch ein bisschen warten.

Und ich sehe gerade Herrn Bernstiel nicken, vielleicht passiert das das letzte Mal in den letzten Wochen, dass wir einer Meinung sind, aber an der Stelle ist es sozusagen so, dass ich da ihre Meinung vollkommen Teile. Deshalb werden wir trotz der ein oder anderen Kritik vielleicht auch an dem einen anderen Punkt, dieser Liste mit den zehn Punkten zustimmen und insofern würde ich auch darum bitten, dass die andern das tun. Schön Dank.

Frau Müller

Herr Dr. Thomas.

Herr Dr. Thomas

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fragen nach dem Mitwirkungsverbot hatte ich vorher explizit gestellt und hab mir die von Herrn Schreyer auch beantworten lassen. Insofern war das auch von uns eine Fragestellung, die gestellt wurde.

Zu dem Beschluss möchte ich einfach folgendes sagen: Es ist relativ einfach, Menschen gehen dahin, wo es Arbeitsplätze gibt und wo es sich gut leben lässt. Und das "und" ist in dem Fall das wichtige, wie wir nach der Wende auch sehen konnten. Arbeitsplätze haben wir hier durchaus neue geschaffen nach dem Strukturwandel, nur die Menschen sind abgewandert. Und da hat Frau Brock völlig recht, wenn sie sagt, wir müssen in Dimensionen einer Generation denken und deshalb sind attraktive Wohn- und Lebensbedingungen wichtig.

Herr Lange, wenn Sie fragen, welches Signal wir aussenden, für HAL-Aqua würde ich sagen, wir machen Umweltbildung für 5000 Kinder im Jahr, das ist für mich jetzt kein schlechtes Signal, das kann man schon machen. Einen Vormittag habe ich mit Fraunhofer einen weltweit neuartigen Unterwasserroboter verbracht, der da ausprobiert werden soll.

Also, liebe Kollegen von der AfD, in der Garage sind Computer erfunden worden. Vielleicht wird es ausgerechnet HAL-Aqua sein, wo diese Roboter herkommen. Insofern, vielleicht können Sie sich dem zustimmen durchaus öffnen. Ich glaube, das war es auch von meiner

Seite, was ich dazu sagen wollte. Ich danke Ihnen.

Frau Müller

Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Ja, ich muss noch mal was dazu sagen, weil das ist schon wieder weg, das Orgacid. Das sind natürlich solche Projekte: RAW und Orgacid. Ich habe das mit dem RAW, ich habe da sogar zugestimmt, aber die Verfahrensweise ist natürlich, ich sage es mal vorsichtig, übel. Das sind, Frau Dr. Marquardt hatte einfach eine lockere Antwort darauf gegeben, es gibt eben keine Altlastenbefreiung mehr. Das sind Altlasten. Orgacid, ich weiß nicht, wer sich damit beschäftigt hat, Orgacid sind ja Hinterlassenschaften aus dem Dritten Reich und das wurde in der DDR totgeschwiegen. Es wurde totgeschwiegen, ich kann das nur sagen, weil ich in einer Baracke auf diesem Gelände selber gearbeitet habe und dort war eben zu diesem Zeitpunkt nur Graben verboten. Das war damals der Zustand. Das war die Gesellschaft. Heute erwarten wir, dass mit dem Geld, wo Kohlearbeitsplätze ersetzt werden sollen, Hinterlassenschaften des Dritten Reiches beseitigt werden. Und das ist nicht in Ordnung. Das muss der Staat übernehmen, der hat genug Geld oder er tut so, als ob er genug Geld hat. Das muss richtig eingeordnet werden.

Und beim RAW Gelände ist das ähnlich, das sind Gebäude, die sind über viele Jahre nicht berührt und nicht beguckt wurden. Auf einmal sind wir ganz helle, weil es Geld gibt. Frau Dr. Marquardt, es gab also mit der Gründung der Bundesbahn 1993 wurde also auch ein Altlastenübernahmeversprechen gemacht. Das hat aber niemand beachtet, Halle sowieso nicht. Ich sage mal, dazu kenne ich die Verwaltung. Es hat niemanden interessiert. Die Bahn hat sich stillschweigend nach der Devise: Hoffentlich sind wir es bald los, dann könnt ihr den Kram wegräumen. Und das erste wäre doch, dass ein Sachverständiger die Kosten schätzt, die auf diesem Gelände ruhen und das man dann sachlich darüber diskutiert, was kostet das.

Und das gleiche ist es mit dem Orgacidgelände. Da muss einfach eine klare Antwort kommen. Ich kann ihnen sagen, ich könnte da jetzt zum Beispiel noch die Saale mit einschwenken und sagen, das ist so viel giftiger Schlamm drin, der muss auch weg. Und dann würde jemand sagen, dass, was kostet das. Aber da wissen wir das, da sagt die Stadt zu mir, wenn ich sage, der Mühlgraben muss entschlammt werden mit etwa 80 Tausend Tonnen Giftschlamm, dann sagt die Stadt, das Geld haben wir nicht. Aber Sie wissen, was es kostet. Oder denken, dass sie es wissen, was es kostet. Vierzehn, fünfzehn Gutachten gemacht. Haben wir auch bezahlt. So, das mit dem Orgacidgelände wie gesagt, das hat überhaupt nichts damit zu tun. Herr Streckenbach, muss ich Sie enttäuschen. Da müssen Sie sich richtig in die Riemen legen und richtig kämpfen. Sie haben natürlich Recht, dass das bereinigt werden muss aber doch nicht mit dem Kohlegeld. Da wollen irgendwelche Leute, Familien hoffen darauf, dass sie wieder eine Arbeit kriegen und vielleicht sogar, weil sie ein Haus haben hier in der Region. Da gäbe es viel zu zusagen zu den anderen Unsinns Sachen, die da vor Schreck geplant werden.

Zu Herr Lange, zum Wassermangel, weil Sie haben ja gesagt, es ist Wassermangel. An was beweist denn der sich? Hat jemals die Talsperre gesagt, wir haben kein Wasser mehr. Sie müssen mir einfach nur mal ein Wort sagen, woran sich der Wassermangel beweist. Denn es geht ja darum, dieses angeblich fehlende Wasser aus dem Wasserwerk Beesen weiter zu ersetzen. Das, Herr Lange, gut, Sie haben andere Ideen.

Dann muss ich was sagen zu der regionalen Einbindung. Wir hatten hier bei der Einwohnersprechstunde war ein junger Mann, der sprach davon, dass mit dem Saalekreis und mit dem Umland Abstimmungen erfolgen sollten. Da muss ich sagen, das ist natürlich richtig und jetzt will ich mal kurz sagen, ich habe es schon im Finanzausschuss gesagt, es

gibt ja die Regionale Planungsgemeinschaft. Hat irgendjemand von Ihnen...

Frau Müller

Herr Sehrndt, Herr Sehrndt, Entschuldigung, Sie reden schon länger als Sie eigentlich dürfen. Sie haben nur drei Minuten, ich war jetzt von fünf Minuten ausgegangen, Sie sind jetzt schon bei vier.

Herr Sehrndt

Ich war also am 05. Mai in Merseburg zur Regionalen Planungsgemeinschaft, per Zufall kriegte ich die Anwesenheitsliste, das war sicherlich ...

Frau Müller

Herr Sehrndt, Sie müssten zum Ende kommen.

Herr Sehrndt

Das war sicherlich ein Zufall, Sekunde, lassen Sie mich bitte ausreden.

Frau Müller

Nein, Herr Sehrndt, Ihre Redezeit ist vorbei. Kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Sehrndt

Der einzige der aus Halle dabei war, war die Frau Thomann. Sonst war niemand da, wie immer, sage ich mal.

Frau Müller

Herr Sehrndt, letzte Ermahnung, kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Sehrndt

Ich melde mich noch mal.

Frau Müller

Danke. Nein, Sie dürfen sich zumindest in der Debatte nicht mehr melden, Sie haben schon zwei Mal geredet. So, dann ist jetzt zunächst Herr Rebenstorf dran und dann habe ich noch auf der Rednerliste stehen Herrn Raue, Frau Gellert und Herrn Streckenbach. Herr Rebenstorf, bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Müller, vielen Dank. Ich muss da jetzt ein bisschen was gerade stellen, sonst bleibt das hier so falsch in der Öffentlichkeit. Ich fange mal von hinter her an. Ich vertrete die Stadt Halle in der Regionalen Planungsgemeinschaft, ich habe bis auf das letzte Mal sonst immer an den Sitzungen teilgenommen. Ich weiß nicht mehr genau was es war, es hat beim letzten Mal eine Terminüberschneidung gegeben, so dass ich nicht hingehen konnte. Alle Projekte, die mit dem Kohleausstieg zu tun haben werden ausdrücklich auch mit dem Umland abgestimmt, sprich mit dem Saalekreis. Das heißt, wir sind dort mit den Kolleginnen und Kollegen im Austausch, damit das dann später auch im Zusammenspiel funktioniert.

Dann jetzt noch mal grundsätzlich was, wozu das ganze überhaupt gemacht wird. Frau Dr. Brock hat das sehr, sehr gut beschrieben. Es geht nicht um das, was heute hier und jetzt ist, es geht um die nächste Generation. Wenn man mal jemanden nimmt wie mich, der Mitte 40 ist, der ein Ingenieurstudium abgeschlossen hat und in einem Kraftwerk arbeite, der wird ja bis zur Rente doch noch bis zum Ende an seinem Arbeitsplatz bleiben können, weil wir reden hier über einen Zeithorizont von 2038. Und selbst wenn dann der Ausstieg aus der Kohleverstromung vollzogen wird, muss das Kraftwerk zurückgebaut werden, muss der Tagebau zurückgebaut werden, entsprechend renatuiert. Sie kennen die wunderbaren Projekte, die im Geiseltal entstanden sind, allein das wird weitere zehn bis fünfzehn Jahre in

Anspruch nehmen, so dass zumindest für meine Generation der Weg bis zur Rente in der Arbeitswelt auf jedenfall noch gesichert ist. Das entscheidende Faktum ist aber, was machen wir mit den jungen Menschen, die heute um die 20 sind, die eine Entscheidung treffen müssen, wohin die Reise im Berufsleben gehen soll. Und damit nicht das passiert, was 1989/90 passiert ist, das knallhart Biografien abbrechen, dafür dienen diese ganzen Projekte. Und zwar ausdrücklich die großen Leuchtturmprojekte, genau so wie die kleinen Projekte, die am Ende, auch wenn es nur darum geht ein Stück weit Lebensqualität zu schaffen, denn und das sage ich ganz klar und deutlich, wir befinden uns in einem Wettstreit der Regionen und wir sind nicht mehr in der Situation sagen zu können, wir können es uns aussuchen, wer bei uns einen vernünftigen Arbeitsplatz bekommt sondern wir stehen im Wettbewerb und wir müssen Angebote machen, die Region muss attraktiv sein, sowohl was die Lebensqualität aber insbesondere auch die Arbeitsplätze anbelangt.

Die drei Projekte, die Sie vorhin beschlossen haben, das sind Großprojekte und die werden in Teilen Investitionen im Milliardenbereich auslösen, gerade beim RAW und beim Star Park 2 nur die Erschließung über dieser Förderung abgedeckt wird. Die eigentlichen Hochbauten kommen noch hinzu. Und damit, denke ich, haben wir mehr als genug Großprojekte auf den Weg gebracht. Aber die kleineren Projekte sind genauso wichtig und deswegen ist diese Liste da.

Jetzt noch mal ganz konkret zum RAW Gelände, weil das kann ich so nicht stehen lassen. Das RAW ist und wenn man in den Flächennutzungsplan reinguckt, eine gewidmete Bahnanlage, sie ist violett dargestellt, das heißt, sie ist aktiv noch im Betrieb der Bahn, auch wenn sie die schon seit Jahren nicht mehr nutzt. Das ist die Besonderheit eben, das Baurecht bleibt weiterhin bestehen. Wir führen Gespräche, wir bringen Gutachten über die EVG auf den Weg, um genau die Schadstoffbelastung festzustellen, die auf dem Areal ist. Die Stadt / die EVG wird das Grundstück erwerben und über den Preis wird verhandelt, wenn das Gutachten vorliegt und auf Basis des Gutachtens wird man am Ende entscheiden, was das Grundstück noch wert ist, denn die Schadstoffbelastung muss gegengerechnet werden zudem was wir gegebenenfalls mal erzielen können, wenn wir es mal zu Bauland machen.

So ähnlich verhält es sich beim Orgacidgelände. Auch da wird es, um das Areal zu entwickeln, eine vertiefte Untersuchung geben. Wir haben bisher die Recherche durchgeführt. Im nächsten Jahr soll die vertiefte Untersuchung. Und da muss am Ende geklärt werden, sind das Altlasten, die hätten anders beseitigt werden müssen oder sind das dann neue Lasten, die hinzugekommen sind, die derjenige, der es entwickeln möchte, später dann mal zu tragen hat. Das heißt, die Ausführung, die eben getätigt wurden, sind im Kern falsch und deswegen hatte ich jetzt noch mal um das Wort gebeten, um es ein Stück weit gerade zu rücken. Vielen Dank.

Frau Müller

Vielen Dank und Herr Raue.

Herr Raue

Vielleicht doch noch mal ganz kurz auf Herr Rebenstorf eingehen, weil sie sagen, wir befinden uns im Wettbewerb mit Regionen, um gute Lebensbedingung. Ich gebe Ihnen ja recht, dass das so ist. Dennoch sind die Strukturhilfemittel dafür gar nicht gedacht und die sind da auch falsch verwendet, denn vergesst mal nicht, wir haben als Stadt jetzt eine unglaubliche Chance, uns wirklich zu entwickeln, und zwar nicht einen Sportplatz, nicht ein Schwimmbad, was alles wichtig ist und ich will noch vielleicht noch mal einschieben, dass sich die Bürger beteiligt haben, das wusste ich nicht, Herr Geier, das ist gut, das ist genau das, was wir wollen. Aber trotzdem haben wir als Stadtrat die Verantwortung darüber zu entscheiden, was schieben wir jetzt wirklich an, wie wollen wir unsere Stadt wirklich entwickeln, wollen wir eine Smart City werden, wollen wir also eine Stadt werden, auch am

Ende, die von Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie lebt und in das 22-igste Jahrhundert reingeht, mit Rückenwind und dieses Geld dafür einsetzen? Oder wollen wir das Geld für kleine Projekte einsetzen, die vielleicht auch nicht schön sind zu haben, aber die uns nicht wirklich weiter bringen. Was wir brauchen in der Stadt, wir brauchen einen Aufbruch, wir brauchen einen Impuls, einen wissenschaftlich-technischen Impuls und deswegen, weil es leider so ist das ja Unternehmen nicht gefördert werden können, das ist mir ja bewusst, insbesondere Infrastruktur, wäre es natürlich klug und wünschenswert, wenn wir die Unternehmen, die Startups, die wir in der Stadt haben, wenn wir mit den mal Runde Tische und Gespräche führen, was die brauchen, wohin sie sich entwickeln, wo es vielleicht Ausgründung geben könnte aus unserer Universität, und dass man da auch kleine Projekte macht, denen einen besonderen, was weiß ich, einen neuen Forschungsbereich in der Universität ausweist oder so was ja, die denen im Prinzip den Rückenwind geben, dass die sich entwickeln können und dass die groß werden, weil davon lebt dann eine Stadt. Die lebt nicht nur von Kultur allein, das sehen wir, die meisten Künstler sind nicht so wohlhabend, das sind auch keine richtig guten Jobs, die da entstehen, auch wenn das, was die Menschen tun, achtenswert und schön anzusehen ist, es wird trotzdem schlecht bezahlt. Aber wir brauchen für die Jugend, die heute heranwächst, für die Kinder, die heute noch gar nicht geboren sind, für die brauchen wir in 2040/2050 Arbeitsplätze und eine Beschäftigung, die weltweit konkurrenzfähig ist. Und wir haben nichts, wir haben keine Rohstoffe als Land, wir haben nur den Rohstoff Innovation und menschlicher Einfallsreichtum und da müssen wir investieren, da müssen wir jetzt diese große Chance nutzen und deswegen appelliere ich eigentlich an den Stadtrat, doch zu sagen ...

Frau Müller

Herr Raue, auch Sie haben nur drei Minuten.

Herr Raue

Darf ich meinen Satz zu Ende bringen? Appelliere ich an den Stadtrat doch zu sagen, wir stimmen einzelnen Punkten zu, aber nicht allen und setzen jetzt tatsächlich die Segel auf Innovation.

Frau Müller

Herr Bürgermeister.

Herr Bürgermeister Geier

Ich würde da auch gerne drauf antworten wollen. Also, Herr Raue, das, was Sie hier ausgeführt haben macht a) das TGZ seit Jahren, TGZ und Biozentrum. Die kümmern sich genau um diese Themenfelder. Und ich finde, das machen sie auch sehr gut. Und was das Thema Strukturwandel angeht, hat letztendlich der Stadtrat gerade vorhin unter dem Punkt 8.5 die entsprechende Grundlage dafür beschlossen, weil da geht es ja um entsprechende Forschungseinrichtungen und Gebäude auf dem Weinbergcampus. Und da kann ich einfach nur eins zu eins ergänzen, was der Kollege Rebenstorf zum RAW Gelände gesagt hat. Durch diesen Impuls gibt es dann wieder neue Impulse und neue Möglichkeiten und eine gute Infrastruktur, dass genau die jungen Leute sich ausgründen können, dass sie da ein Startup gründen können, dass sie ihre Projektidee verwirklichen können.

Frau Müller

Frau Gellert.

Frau Gellert

Ja, ein Großteil meiner Fragen wurde schon beantwortet. Mir ging es eher wirklich darum, dass die jungen Menschen, nicht die so im frühen Mittelalter wie jetzt ein paar von uns jetzt schon arbeiten, aber die vielleicht die Ausbildung seit drei, vier Jahren abgeschlossen haben und dort arbeiten, dass die eben sensibel mitbegeistert werden für andere Berufe, die dann frei werden und andere Arbeitsfelder. Und dazu war eigentlich meine Frage, ob es in diesen

Gremien, die dann nachher entstehen, ein Art Arbeitnehmervertretungen mit dabei ist, um das ein bisschen zu strukturieren, einfach hinter dem Hintergrund, wir hatten damals die Abwicklung von Leuna/Buna und da gab es ja die TGA Maßnahmen. Aber wie gesagt, ich denke nicht, dass hier nur alte Leute oder Mittelalterleute im Bergbau arbeiten, sondern eben auch, wie gesagt, noch jüngere, da ging es mir darum.

Ansonsten muss ich immer mir sagen, es ist toll, dass Halle auch mal Projekte innovativ, vielleicht auch spleenisch rüberbringt, weil wir brauchen mehr Inputs und wir wollen ja auch eine interessante Stadt sein und dazu gehört eben auch mal der Mut in so eine HAL-Aqua Sachen mit oder auch Sportcampus etc. mit einzubinden. Warum denn nicht. Es entscheiden letztendlich andere, ob das gelingt oder nicht aber lassen Sie uns doch gemeinsam auf den Weg gehen, dass zu beantragen und gut ist. Vielen herzlichen Dank.

Frau Müller

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Nur ganz kurz eine Ergänzung zu Herrn Rebenstorf, auch in Richtung der skeptischen Stimmen. Ich empfehle Ihnen einen Blick in das Investitionsgesetz Kohleregion, Paragraf 4, Absatz 1 Punkt 1 und 8, da steht etwas von Grundstückserwerb und Bodensanierung, das ist beides förderfähig, ebenso die Landesrichtlinie Punkt 4.5, auch da finden Sie Hinweise, was alles förderfähig ist, insofern ist die Skepsis unbegründet.

Frau Müller

Jetzt habe ich das Signal bekommen, dass Herr Rauschenbach jetzt dazu etwas sagen soll. Jetzt muss ich aber mal fragen, wir haben vorhin das Rederecht für 8.6, für alle? War schon mit dabei? Okay. Herr Rauschenbach, bitte.

Herr Rauschenbach

Ja, vielen Dank. Nur noch ein Punkt von mir zur Einordnung. Es gibt ja mehrere übergeordnete Gremien, das heißt, das Revier untereinander stimmt sich ab. Es gibt zwei Mal im Monat eine Arbeitstagung der vier Landkreise und der Stadt Halle. Dort gibt es die Vereinbarung, dass die Bewertungsmatrix, die im Grunde genommen die Förderwürdigkeit untersetzt, überarbeitet wird, angepasst wird, und dazu wird am 18.08. eine Abstimmungssitzung stattfinden, wo die Gesetzessystematik, der Inhalt letztlich in einer Bewertungsmatrix abgebildet wird. Es gab vor eineinhalb Jahren in der Kohlekommission Halle-Saalkreis schon mal einen ersten Anlauf dazu. Das wird jetzt noch mit dem Strukturentwicklungsprogramm des Landes aufbereitet. Wenn diese Matrix Ende August besteht, dann ist es auch möglich, Projekte zu priorisieren, Projekte zu bewerten und das, was hier gesagt wurde, ist auch tatsächlich so, aus den Entwürfen ist zu erkennen, Hauptschwerpunkt Arbeitskräfte, allerdings auch Innovation und CO2, das spielt dort auch eine große Rolle. Und zur Diskussion, was geht und was nicht geht. Die Gesetzessystematik sieht da ausdrücklich vor, dass neben Gewerbegebieten, TGZ, das Thema Attraktivierung des Reviers, das heißt Jugend, Sozial, Sport, Stadtumbau in gewissen Elementen auch förderfähig sein soll, weil es auch um das Zusammenleben und die Attraktivierung des Reviers geht. Das wird in dieser Matrix auch eine Rolle spielen. Das heißt, die Projekte, die Sie hier diskutieren, kann man mit der Bewertungsmatrix, die Ende August dann abgestimmt ist, auch mit dem Land, bewerten. Das ist möglich und dann kann man auch im September die Bedenken, die es hier teilweise gibt, in einer Systematik auch nachvollziehen und versachlichen. Darauf wollte ich nur hinweisen, dass das möglich ist, wenn dann Ende August das Ergebnis dazu vorliegt. Danke.

Frau Müller

Dankeschön. Und dann haben wir einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Feigl. Bitte.

Nein, die Rednerliste ist nicht um.

Herr Feigl

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist Ihnen vielleicht auch selbst schon aufgefallen, dass wir relativ lange bei diesem Tagesordnungspunkt sind und dass wir eine inhaltliche Ankündigung für September haben, um dann noch mal das Ganze zu qualifizieren. Ich glaube, dass im Moment für jetzt, dass alles Wichtige gesagt ist und damit beantrage ich das Ende der Debatte und die Abstimmung.

Frau Müller

Wir haben den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte. Möchte jemand eine Gegenrede halten zum Geschäftsordnungsantrag? Herr Sehrndt, Sie haben jetzt schon zwei Mal geredet, darf er zum Geschäftsordnungsantrag? Darf er noch mal, Herr Sehrndt, bitte.

Herr Sehrndt

Also ich mache ja die Gegenrede. Ich bin natürlich dagegen. Nachdem was Herr Rauschenbach gesagt hat ist es doch eindeutig, dass der Antrag von Herrn Bernstiel falsch war, vielleicht auf Unkenntnis und die ganze Sache müsste verschoben werden in den September. Das wäre eine Lösung und das wäre die Gegenlösung zu dem abrupten Abbruch. Da könnte ich auch wieder reden nächsten Monat. Danke.

Frau Müller

Gut, wir haben einen Geschäftsordnungsantrag und wir haben eine Gegenrede.

-Zwischenrufe-

Frau Müller

Es gab einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte, warum sollte der nicht zulässig sein? Es kann jeder zu jederzeit einen Geschäftsordnungsantrag stellen. Wir hatten schon mal den Hinweis von Herrn Schreyer, der war auch nicht berechtigt. Es gab mal eine Zeit, da wurden Geschäftsordnungsanträge relativ fix gestellt. Ich glaube aber, dass jetzt hier inzwischen auch jede Fraktion geredet hat. Wir sind tatsächlich sehr lange in der Debatte, insofern lasse ich diesen Geschäftsordnungsantrag jetzt zu aber ich entscheide ihn auch nicht, Herr Heym. Insofern stelle ich den jetzt zur Abstimmung. Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte zu? Die Gegenstimmen? Und die Stimmenenthaltung? Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen, das heißt die Debatte ist abgebrochen und damit Abstimmungsverfahren gehen. Die AfD-Fraktion Einzelpunktabstimmung verlangt. Gut. Es müssen erst die Änderungsanträge abgestimmt werden und dann die so geänderte oder nicht so geänderte Beschlussvorlage dann in Einzelpunktabstimmung. So.

-Abstimmungsverfahren-

-Ende Wortprotokoll-

zu 8.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
"Grundsatzbeschluss zur Umsetzung weiterer Investitionsvorhaben in der
Stadt Halle im Rahmen des Strukturwandelprozess" (VII/2021/02820)
Vorlage: VII/2021/02902

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Zur Liste der Investitionsvorhaben im Beschlussvorschlag wird ein weiteres Projekt hinzugefügt: "9. Sanierung Schwemme"

zu 8.6.2 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum
Grundsatzbeschluss zur Umsetzung weiterer Investitionsvorhaben in der
Stadt Halle im Rahmen des Strukturwandelprozess
Vorlage: VII/2021/02904

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, Fördermittelanträge für folgende Projekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen vorzubereiten. Bei der Umsetzung des Beschlusses ist besonders darauf zu achten, dass nachhaltige und qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen sowie Gewerbeansiedlungen und Gründungen durch diese Projekte angeregt werden.:

- 1. Sanierung und Umbau Sportcampus des SV Halle e.V.
- 2. Sanierung und Umbau Fanhaus Funktionsgebäude am Sportdreieck
- 3. Innovationszentrum Wasserstoff
- 4. Elektrifizierung der Anschlussbahn Bahnhof Trotha Containerterminal Hafen Halle (Saale)
- 5. Wiederinbetriebnahme Wasserwerk Beesen
- 6. Innovationszentrum für digitale Daseinsvorsorge
- 7. Digital Innovation Hub (für Startups in der halleschen Innenstadt)
- 8. Bau von HAL-Aqua
- Zu 8.6.3 Änderungsantrag der Stadträtinnen und Stadträte Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion), Thomas Schied (Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)), Beate Thomann (Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Yvonne Winkler (Fraktion MitBürger & Die PARTEI), Dr. Martin Ernst (Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler) und Torsten Schaper (Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle)

zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung weiterer Investitionsvorhaben in der Stadt Halle im Rahmen des Strukturwandelprozess

- Vorlagen-Nr.: VII/2021/02820 -

Vorlage: VII/2021/02928

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, Fördermittelanträge für folgende Projekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen vorzubereiten:

- 1. Sanierung und Umbau Sportcampus des SV Halle e.V.
- 2. Sanierung und Umbau Fanhaus Funktionsgebäude am Sportdreieck
- 3. Innovationszentrum Wasserstoff

- 4. Elektrifizierung der Anschlussbahn Bahnhof Trotha Containerterminal Hafen Halle (Saale)
- 5. Wiederinbetriebnahme Wasserwerk Beesen
- 6. Innovationszentrum für digitale Daseinsvorsorge
- 7. Digital Innovation Hub (für Startups in der halleschen Innenstadt)
- 8. Bau von HAL-Aqua
- 9. Revitalisierung Orgacid-Gelände Schaffung klimaneutrales Gewerbegebiet Halle-Ammendorf

zu 8.6 Grundsatzbeschluss zur Umsetzung weiterer Investitionsvorhaben in der Stadt Halle im Rahmen des Strukturwandelprozess Vorlage: VII/2021/02820

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Einzelpunktabstimmung	
	Pkt. 1 Pkt. 2 Pkt. 3 Pkt. 4 Pkt. 5 Pkt. 6 Pkt. 7 Pkt. 8 Pkt. 9 Pkt. 10	mehrheitlich zugestimmt mehrheitlich zugestimmt einstimmig zugestimmt mehrheitlich zugestimmt mehrheitlich zugestimmt einstimmig zugestimmt mehrheitlich zugestimmt mehrheitlich zugestimmt mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, Fördermittelanträge für folgende Projekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen vorzubereiten. Bei der Umsetzung des Beschlusses ist besonders darauf zu achten, dass nachhaltige und qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen sowie Gewerbeansiedlungen und Gründungen durch diese Projekte angeregt werden.:

- 1. Sanierung und Umbau Sportcampus des SV Halle e.V.
- 2. Sanierung und Umbau Fanhaus Funktionsgebäude am Sportdreieck
- 3. Innovationszentrum Wasserstoff
- 4. Elektrifizierung der Anschlussbahn Bahnhof Trotha Containerterminal Hafen Halle (Saale)
- 5. Wiederinbetriebnahme Wasserwerk Beesen
- 6. Innovationszentrum für digitale Daseinsvorsorge
- 7. Digital Innovation Hub (für Startups in der halleschen Innenstadt)
- 8. Bau von HAL-Aqua
- 9. Sanierung Schwemme
- 10. Revitalisierung Orgacid-Gelände Schaffung klimaneutrales Gewerbegebiet Halle-Ammendorf

zu 8.8 Jahresabschluss 2020 der Zoologischer Garten Halle GmbH Vorlage: VII/2021/02733

Frau Müller wies auf das Mitwirkungsverbot von Frau Mackies, Herrn Bönisch, Herrn Dr. Lochmann, Herrn Sehrndt und Herrn Sondermann hin.

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Zoologischer Garten Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

- Der von der Geschäftsführung der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH geprüfte und am 3. Juni 2021 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2020 wird festgestellt.
- 2. Die Bilanzsumme beträgt 20.316.289,70 EUR. Der Jahresüberschuss beträgt 290.131,97 EUR.
- 3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 290.131,97 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
- 4. Dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Dennis Müller, wird für das Jahr 2020 Entlastung erteilt.

zu 8.9 Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2019 Vorlage: VII/2021/02735

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

Dann haben wir den TOP 8.9, Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH, hier geht es allerdings um das Geschäftsjahr 2019. Und hier sind im Mitwirkungsverbot Herr Schramm, Frau Dr. Wünscher, Frau Dr. Brock und Herr Dr. Wend. Herr Heym, bitte.

Herr Hevm

Vielen Dank. Lassen Sie sich unser Stimmverhalten erklären. Wir sind von den Wählern in den Stadtrat geschickt wurden, um entsprechend unserer Fraktionsstärke die städtischen Betriebe mit zu begleiten und mit zu kontrollieren. Diese Aufgabe ist uns widerrechtlich durch den Stadtrat verwehrt. Wir sind nicht in der Lage, die Arbeit, die dort geleistet wurde, zu beurteilen und werden deshalb keine Entlastung dieser, die wie hier verlangt, entscheiden. Wir werden dagegen votieren.

Frau Müller

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht. Wer stimmt der Beschlussvorlag 8.9 zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Bei zwei Enthaltungen und einigen Gegenstimmen ist auch diese Beschlussvorlage mehrheitlich angenommen.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

zu 8.10 Zuschussvertrag mit der Stadion Halle Betriebs GmbH Vorlage: VII/2021/02815

Herr Geier wies auf einen redaktionellen Fehler hin und ergänzte die Beschlussvorlage im Punkt 1 um folgende Passage: "ab dem 01.07.2021".

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt dem Abschluss des als Anlage 1 beigefügten Zuschussvertrages zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadion Halle Betriebs GmbH mit Datum vom 21.07.2021 ab dem 01.07.2021 zu.
- Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadion Halle Betriebs GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Geschäftsführer der Stadion Halle Betriebs GmbH wird ermächtigt, den Zuschussvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadion Halle Betriebs GmbH (Anlage 1) mit Datum vom 21.07.2021 abzuschließen.

zu 8.11 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Immobilien Vorlage: VII/2021/02791

Frau Müller sagte, die die Punkte 8.11 bis 8.15 im Block abgestimmt werden können. Dem widersprach niemand.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101039.700 Grundschule "Hans Christian Andersen" (STARK III) (HHPL-Seiten 1012, 1290)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 1.430.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus folgender Verpflichtungsermächtigung:

PSP-Element 8.21101048.700 Grundschule "Am Kirchteich" (HHPL-Seiten 1019, 1297, 1316)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 1.430.000 EUR.

zu 8.12 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im FB Planen Vorlage: VII/2021/02803

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I.) Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsförderungsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108156.700 Heinrich-Schütz-Straße Gehweg Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 266.600 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

PSP-Element 8.51108124.700 Quartiersplatz Turm-, Thomasius-, J.-Haydn-Straße (HHPL Seiten 453, 1288)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 123.600 EUR

PSP-Element 8.51108013.770 Altindustriestandorte Merseburger Str.

Finanzpositionsgruppe 682* Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und Infrastrukturvermögen in Höhe von 143.000 EUR.

II.) Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108156.700 Heinrich-Schütz-Straße Gehweg Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 198.400 EUR.

Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108148.700 Gefahrenabwehrkomplex An der Feuerwache (HHPL Seiten 475, 1275, 1285, 1321)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 198.400 EUR.

zu 8.13 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im FB Planen Vorlage: VII/2021/02807

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I.) Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsförderungsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108020.700 Konzerthalle Ulrichskirche (HHPL Seiten 393, 1283) Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 1.127.800 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

PSP-Element 8.51108102.700 Sanierung Denkmal Stadtgottesacker (HHPL Seiten 435, 1283, 1320)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 260.000 EUR

PSP-Element 8.51108148.700 Gefahrenabwehrkomplex An der Feuerwache (HHPL Seiten 475, 1275, 1285, 1321)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 173.600 EUR

PSP-Element 8.51108020.705 Konzerthalle Ulrichskirche (HHPL Seiten 393, 1283) Finanzpositionsgruppe 681* Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 694.200 EUR

II.) Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108020.700 Konzerthalle Ulrichskirche (HHPL Seiten 393, 1283) Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 972.200 EUR.

Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108148.700 Gefahrenabwehrkomplex An der Feuerwache (HHPL Seiten 475, 1275, 1285, 1321)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 972.200 EUR.

zu 8.14 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Immobilien Vorlage: VII/2021/02792

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101012.700 Grundschule Hanoier Straße (STARK III) (HHPL-Seiten 1007, 1290)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 1.050.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

PSP-Element 8.21101041.700 Grundschule Westliche Neustadt, TH (HHPL-Seiten 1014, 1296)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 862.900 EUR.

PSP-Element 8.21101053.700 Grundschule Johannesschule (HHPL-Seiten 1022, 1297) Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 187.100 EUR.

zu 8.15 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Immobilien Vorlage: VII/2021/02793

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21701021.700 Gymnasium Südstadt (STARK III) (HHPL-Seiten 1075, 1290) Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 540.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus folgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.21101053.700 Grundschule Johannesschule (HHPL-Seiten 1022, 1297)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 540.000 EUR.

zu 8.16 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und

ähnlichen Zuwendungen Vorlage: VII/2021/02822

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachstehenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Sachspende von Frau Wendelberger, G. in Höhe von 2.200,00 EUR über 10 Originalzeichnungen – Zyklus "Bewegungszeichen" 1-10, 1989, Mischtechnik, Signiert (PSP-Element – 1.27201 Stadtbibliothek)

zu 8.18 Linienuntersuchung für den Ausbau und die Revitalisierung des Gewerbegebietes Ammendorf/Radewell – Grundsatzbeschluss Vorlage: VII/2021/02539

-Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

8.18, Linienuntersuchung für den Ausbau und die Revitalisierung des Gewerbegebietes Ammendorf/Radewell-Grundsatzbeschluss. Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Dr. Ernst, bitte.

Herr Dr. Ernst

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich habe noch eine Rückfrage bezüglich des Linienverlaufes, weil es im Planungsausschuss ja dann am Ende hin zeitlich recht kurz wurde. Das Untersuchungsgebiet erstreckt sich im östlichen Bereich laut Anlage bis zur Alfred-Reinhardt-Straße. Und in der Beschlussvorlage ist aber auch die Äußere Radeweller Straße genannt. Und in den einzelnen Plänen sind dann blaue Pfeile mit eingezeichnet, die aber dann explizit im Text nicht noch mal aufgegriffen werden. Wie verhält sich das an der Stelle bei der Alfred-Reinhardt-Straße, dann Schluss oder wird noch entlang der Bahntrasse das noch weiter mit untersucht bis zur Äußeren Radeweller Straße?

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Herr Dr. Ernst, es wird über beide hinaus dann auch gehen, soweit wie es irgendwie machbar ist noch aus, wo auch immer, das wissen wir jetzt noch nicht, sinnvoll an die

Regensburger Straße anbinden zu können, weil es macht keinen Sinn, dort eine Sackgasse zu bauen, sondern ich brauche auch den Rückanschluss, wo der Ortsausgang dann Richtung Döllnitz ist. Aber das wissen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht, weil dafür sollen Sie uns ja hoffentlich beauftragen, dass wir über entsprechende vertiefende Planungen dann die exakte Linie bestimmen können, um darauf auf der Basis dann die Trassenfreihaltung und die weitere Planung zu beauftragen. Also, es geht sinngemäß darum, in Nord-Süd-Richtung eine Anbindung zu schaffen und in Ost-West-Richtung für die Regensburger Straße ebenfalls eine Entlastung. Also, das Ziel ist, Wohngebiet für sich erschlossen und Gewebegebiet im Bestand für sich erschlossen. Und da muss ich dann in der weiteren Planung die geeigneten Andockpunkte an das bestehende Straßennetz noch rausfinden.

Herr Dr. Ernst

Also, wird bei den Linienuntersuchungen schon der Angriffspunkt, also die Verlängerungen dann parallel beispielsweise zur Regensburger Straße dann in der Form so mit vorgehalten dann.

Herr Rebenstorf

Ja.

Herr Dr. Ernst

Okay, danke.

Frau Müller

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht, dann stimmen wir über 8.18 ab. Wer stimmt zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Bei keiner Gegenstimme, keiner Enthaltung, ist auch der TOP einstimmig angenommen.

-Ende Wortprotokoll-

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Untersuchung der Variante 3 der Gewerbeerschließungsstraße Ammendorf/Radewell als mögliche Alternative zu den Varianten 1, 2 und 0 wird zugestimmt.

Auf dieser Grundlage wird die Verwaltung beauftragt, eine Planung zur Linienuntersuchung unter Berücksichtigung der GRW-Förderung (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) für den Bereich zwischen der Chemiestraße und der Äußeren Radeweller Straße einschließlich der notwendigen Umweltuntersuchungen auszulösen.

Die Sitzung wurde für eine 15-minütige Pause unterbrochen.

zu 8.19 Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02205

zu 8.19.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur

Beschlussvorlage "Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt

Halle (Saale)" (VII/2021/02205)

Vorlage: VII/2021/02887

zu 8.19.2 Änderungsantrag der Fraktionen SPD Stadt Halle (Saale), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu

Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)

(VII/2021/02205)

Vorlage: VII/2021/02922

Herr Eigendorf brachte den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und Hauptsache Halle & Freie Wähler ein und warb um Zustimmung.

Herr Wolter brachte den Antrag seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Herr Rebenstorf nahm zu den Änderungsanträgen Stellung. Zum Änderungsantrag 8.19.1 sagte er, dass der Entwurf des Flächennutzungsplanes im zweiten Quartal 2022 in den Rat eingebracht wird, er empfahl eine Zustimmung zum Änderungsantrag.

Zum Änderungsantrag 8.19.2 sagte er, dass die Verwaltung empfiehlt, die Punkte 1 bis 5 anzunehmen und die Punkte 6 bis 9 abzulehnen.

Frau Winkler beantragte Einzelpunktabstimmung beim Änderungsantrag 8.19.2.

Herr Scholtyssek sagte, dass der Bedarf nach eigenem Wohnraum vorhanden ist, durch zu hohe Preise und zu wenig zur Verfügung stehende Baugrundstücke junge Familien aus Halle jedoch abgehen. Es sollten keine Beschlüsse gefasst werden, die die Verwaltung in ihrem Handeln einschränkt. Mit Blick auf die Zukunft ist es wichtig jungen Familien Wohnraum anzubieten.

Herr Sehrndt sagte, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen und die Änderungsanträge ablehnen wird.

Herr Heinrich sagte, dass einige Stadträtinnen und Stadträte mit Umweltaspekten gegen weitere Baugebiete argumentieren. Dies wirkt sich aufgrund von Pendlerinnen und Pendlern aber völlig negativ auf die Umwelt aus.

Herr Schied lobte die fraktionsübergreife Zusammenarbeit. Verhindert wird hier gar nichts, man habe der Verwaltung wohl eher positive Ansätze gegeben.

Im Weiteren bat **Frau Müller** um Abstimmung. Sie sagte, dass der Änderungsantrag 8.19.1 erledigt wäre, sollte dem Änderungsantrag 8.19.2 zugestimmt werden, da eine inhaltliche Zusammenführung der beiden unter 8.19.2 erfolgt.

zu 8.19.2 Änderungsantrag der Fraktionen SPD Stadt Halle (Saale), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale) (VII/2021/02205)

Vorlage: VII/2021/02922

<u>Abstimmungsergebnis:</u> Einzelpunktabstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 3	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 4	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 5	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 6	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 7	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 8	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 9	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

- 1. Der Stadtrat bestätigt nimmt die in der Anlage vorgelegte Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 2040 der Stadt Halle (Saale) als Grundlage für die Ausweisung von Wohnbauflächen im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan und als Entscheidungsgrundlage für Wohnungsbauprojekte zur Kenntnis.
- 2. Die Stadt Halle (Saale) nimmt die obere Variante der Bevölkerungs- und Haushaltsprognose 2020 2040 als Grundlage für den Flächennutzungsplan. Dementsprechend wird die Flächenvorsorge für den Wohnbauflächenbedarf im Mehrfamilienhaus- und Eigenheimsegment von der oberen Prognosevariante abgeleitet. Die im ISEK enthaltenen Ziele zur Stärkung der kompakten funktionsgemischten Stadt mit kurzen Wegen (Innenentwicklung), aber auch zur sozial gerechten Wohnungsmarktentwicklung und guter Bevölkerungsmischung (Vermeidung soziale Segregation) haben dabei oberste Priorität.
- 3. Die Stadt Halle (Saale) mobilisiert prioritär Innenentwicklungsflächen, um die Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich zu minimieren. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, weitere Innenentwicklungspotenziale vertieft auf ihre Eignung zu prüfen. Dazu zählen insbesondere, nicht mehr benötigten Gewerbeflächen, Stadtumbauflächen und anderen Baubrachen, die durch Flächenrecycling als Wohnbauflächen nutzbar gemacht werden könnten. Dabei ist der Anpassung an die Folgen des Klimawandels entsprechend des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle Priorität einzuräumen, insbesondere sollen der Anteil urbaner Grünflächen nicht verringert, Ventilationsschneisen für Umlandfrischluft offengehalten und die urbane Wärmebelastung reduziert werden.
- 4. Die Stadt Halle (Saale) weist im erforderlichen Umfang unter Beachtung stadtklimatischer und freiraumplanerischer Aspekte auch Flächen im Außenbereich für das Eigenheimsegment im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan aus. Dabei wird auf eine verdichtete Bauweise gesetzt, um die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren. Dabei wird auf eine Bauweise gesetzt, die die Flächenversiegelung reduziert. Der Zuschnitt von

Grundstücken soll so erfolgen, dass eine ökologisch wertvolle Gestaltung der Flächen ermöglicht wird. Mit der Neuausrichtung des Flächennutzungsplanes werden alle bisherigen Außenflächen auf den Prüfstand gestellt und die Verwaltung schlägt diese zur Beschlussfassung vor.

- 5. Die Stadt Halle (Saale) strebt zur Deckung des Bedarfs an Bauflächen im Eigenheimsegment auch die Entwicklung großflächiger Eigenheimstandorte an. Es Dabei sollen neue Stadtquartiere mit urbanen Qualitäten wie ÖPNV-Anbindung, infrastruktureller Ausstattung, hoher Qualität des öffentlichen Raums entstehen und dabei Ressourcen und Kosten effizient eingesetzt werden.
- 6. Die Stadt Halle (Saale) identifiziert Teile der im Konzept ausgewiesenen großflächigen Eigenheimstandorte, die im zukünftigen Flächennutzungsplan als Flächenpool /Ökokonto ausgewiesen und entwickelt werden können. Diese Flächen könnten als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Bauvorhaben genutzt werden und auch für andere Vorhabenträger, die Eingriffe verursachen, geöffnet werden. Die Nutzung dieser Flächen sollte möglichst nah in Bezug auf die auszugleichende Fläche genutzt werden. Damit kann die Stadt Halle (Saale) ihre Aufwendungen für die ökologische Aufwertung dieser Flächen teilweise refinanzieren.
- 7. Die Stadt Halle (Saale) identifiziert alternative Möglichkeiten der Schaffung und Attraktivierung von Wohnraum in Mehrfamilienhäusern. Eine besondere Rolle soll dabei eine Kampagne für Eigentumswohnungen und zur Bekanntmachung der Möglichkeiten zur Bildung von Baugemeinschaften innehaben. Die Koordination zur Förderung von Baugemeinschaften soll innerhalb der Stadtverwaltung auch personell verstärkt werden.
- **8.** 6. Die Stadtverwaltung wird beauftragt,
- für die kurzfristig mobilisierbare Umnutzungsfläche in Bruckdorf-Nord Baurecht zu schaffen die Entwicklung eines großflächigen Eigenheimstandorts in Lettin-Süd durch Erweiterung der bereits im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbaufläche hinsichtlich ihrer städtebaulichen Entwicklungs- und Realisierungsoptionen zu prüfen. Dabei ist das Ergebnis der Prüfung der Innenentwicklungsflächen zu berücksichtigen. Es wird das Ziel angestrebt, das Maß der Flächenausweisung auf die derzeitig im FNP ausgewiesene Fläche zu beschränken.

9. Folgender Punkt wird gestrichen

– die potenzielle Umnutzungsfläche Dautzsch-Süd im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vertieft auf ihre Eignung zu prüfen und im Bedarfsfall als Ersatzfläche für solche Standorte auszuweisen, die künftig nicht mehr als Wohnbauflächen in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden.

zu 8.19.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur

Beschlussvorlage "Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt

Halle (Saale)" (VII/2021/02205)

Vorlage: VII/2021/02887

<u>Abstimmungsergebnis:</u> erledigt

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 6 wird geändert und erhält folgende Fassung:

- "6. Die Stadtverwaltung wird beauftragt,
- für die kurzfristig mobilisierbare Umnutzungsfläche in Bruckdorf-Nord Baurecht zu schaffen.
- die Entwicklung eines großflächigen Eigenheimstandorts in Lettin-Süd durch Erweiterung der bereits im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbaufläche hinsichtlich ihrer städtebaulichen Entwicklungs- und Realisierungsoptionen zu prüfen,
- die potenzielle Umnutzungsfläche Dautzsch-Süd im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vertieft auf ihre Eignung zu prüfen und das Prüfergebnis dem Stadtrat gemeinsam mit der Beschlussvorlage zur Neuaufstellung zum Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) vorzulegen im Bedarfsfall als Ersatzfläche für solche Standorte auszuweisen, die künftig nicht mehr als Wohnbauflächen in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden."

zu 8.19 Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02205

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat nimmt die in der Anlage vorgelegte Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 2040 der Stadt Halle (Saale) als Grundlage für die Ausweisung von Wohnbauflächen im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan und als Entscheidungsgrundlage für Wohnungsbauprojekte zur Kenntnis.
- 2. Die Stadt Halle (Saale) nimmt die obere Variante der Bevölkerungs- und Haushaltsprognose 2020 2040 als Grundlage für den Flächennutzungsplan. Dementsprechend wird die Flächenvorsorge für den Wohnbauflächenbedarf im Mehrfamilienhaus- und Eigenheimsegment von der oberen Prognosevariante abgeleitet. Die im ISEK enthaltenen Ziele zur Stärkung der kompakten funktionsgemischten Stadt mit kurzen Wegen (Innenentwicklung), aber auch zur sozial gerechten Wohnungsmarktentwicklung und guter Bevölkerungsmischung (Vermeidung soziale Segregation) haben dabei oberste Priorität.
- 3. Die Stadt Halle (Saale) mobilisiert prioritär Innenentwicklungsflächen, um die Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich zu minimieren. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, weitere Innenentwicklungspotenziale vertieft auf ihre Eignung zu prüfen. Dazu zählen insbesondere, nicht mehr benötigten Gewerbeflächen, Stadtumbauflächen und anderen Baubrachen, die durch Flächenrecycling als Wohnbauflächen nutzbar gemacht werden könnten. Dabei ist der Anpassung an die Folgen des Klimawandels entsprechend des Integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle Priorität einzuräumen, insbesondere sollen der Anteil urbaner Grünflächen nicht verringert, Ventilationsschneisen für Umlandfrischluft offengehalten und die urbane Wärmebelastung reduziert werden.
- 4. Die Stadt Halle (Saale) weist im erforderlichen Umfang unter Beachtung stadtklimatischer und freiraumplanerischer Aspekte auch Flächen im Außenbereich

für das Eigenheimsegment im neu aufzustellenden Flächennutzungsplan aus. Dabei wird auf eine Bauweise gesetzt, die die Flächenversiegelung reduziert. Der Zuschnitt von Grundstücken soll so erfolgen, dass eine ökologisch wertvolle Gestaltung der Flächen ermöglicht wird. Mit der Neuausrichtung des Flächennutzungsplanes werden alle bisherigen Außenflächen auf den Prüfstand gestellt und die Verwaltung schlägt diese zur Beschlussfassung vor.

- 5. Die Stadt Halle (Saale) strebt zur Deckung des Bedarfs an Bauflächen im Eigenheimsegment auch die Entwicklung großflächiger Eigenheimstandorte an. Es Dabei sollen neue Stadtquartiere mit urbanen Qualitäten wie ÖPNV-Anbindung, infrastruktureller Ausstattung, hoher Qualität des öffentlichen Raums entstehen und dabei Ressourcen und Kosten effizient eingesetzt werden.
- 6. Die Stadt Halle (Saale) identifiziert Teile der im Konzept ausgewiesenen großflächigen Eigenheimstandorte, die im zukünftigen Flächennutzungsplan als Flächenpool /Ökokonto ausgewiesen und entwickelt werden können. Diese Flächen könnten als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Bauvorhaben genutzt werden und auch für andere Vorhabenträger, die Eingriffe verursachen, geöffnet werden. Die Nutzung dieser Flächen sollte möglichst nah in Bezug auf die auszugleichende Fläche genutzt werden. Damit kann die Stadt Halle (Saale) ihre Aufwendungen für die ökologische Aufwertung dieser Flächen teilweise refinanzieren.
- 7. Die Stadt Halle (Saale) identifiziert alternative Möglichkeiten der Schaffung und Attraktivierung von Wohnraum in Mehrfamilienhäusern. Eine besondere Rolle soll dabei eine Kampagne für Eigentumswohnungen und zur Bekanntmachung der Möglichkeiten zur Bildung von Baugemeinschaften innehaben. Die Koordination zur Förderung von Baugemeinschaften soll innerhalb der Stadtverwaltung auch personell verstärkt werden.
- 8. Die Stadtverwaltung wird beauftragt,
- für die kurzfristig mobilisierbare Umnutzungsfläche in Bruckdorf-Nord Baurecht zu schaffen die Entwicklung eines großflächigen Eigenheimstandorts in Lettin-Süd durch Erweiterung der bereits im Flächennutzungsplan dargestellten Wohnbaufläche hinsichtlich ihrer städtebaulichen Entwicklungs- und Realisierungsoptionen zu prüfen. Dabei ist das Ergebnis der Prüfung der Innenentwicklungsflächen zu berücksichtigen. Es wird das Ziel angestrebt, das Maß der Flächenausweisung auf die derzeitig im FNP ausgewiesene Fläche zu beschränken.
 - 9. Folgender Punkt wird gestrichen
- die potenzielle Umnutzungsfläche Dautzsch-Süd im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vertieft auf ihre Eignung zu prüfen und im Bedarfsfall als Ersatzfläche für solche Standorte auszuweisen, die künftig nicht mehr als Wohnbauflächen in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden.

zu 8.20 Baubeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade) Vorlage: VII/2021/02426

Herr Aldag bat darum, die Firma darauf hinzuweisen, unnötige Baumfällungen zu vermeiden.

Im Weiteren bat Frau Müller um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 92 Riveufer (Promenade) entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

zu 8.21 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 190 Sondergebiet Sport und Freizeit Rossplatz - Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VII/2021/02664

Herr Feigl sagte, dass es sinnvoll wäre, sich den Geltungsbereich des Bebauungsplanes noch einmal genauer anzuschauen und evtl. das ein oder andere zu schieben. Es gibt einen großen Platz, der weitestgehend städtisch ist. Man ist daher völlig frei in der Bewegung von Baukörpern. Er bat eindringlich darum, die Vorplanung hinsichtlich einer besseren Lösung zu überdenken.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Geltungsbereich im weiteren Schritt mit der Offenlage betrachtete werden kann.

Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 190 "Sondergebiet Sport und Freizeit Rossplatz" aufzustellen.
- 2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen.
- 3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

zu 8.22 Stadtsanierung, Förderfestlegung für die Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme des Objektes An der Moritzkirche 8 Vorlage: VII/2021/02710

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt, die bisher durchgeführten Maßnahmen der Instandsetzungsund Modernisierungsmaßnahme des Objektes An der Moritzkirche 8, bezeichnet als 3. und 4. Bauabschnitt mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von insgesamt max. 146.478,00 € zu fördern. Die Fördervereinbarung vom 03.04.2018 in Verbindung mit der 1. Änderungsvereinbarung vom 25.07.2019 ist durch die Stadtverwaltung entsprechend anzupassen.
- 2. Der Stadtrat beschließt, die noch durchzuführenden Maßnahmen der Instandsetzungsund Modernisierung des Objektes An der Moritzkirche 8 auf Grund der entstandenen Mehrkosten an Dach und Fassade, vorbehaltlich der Bestätigung des Antrages zur Entlastung des städtischen Eigenanteils (im Folgenden Text: Experimentierklausel), mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von insgesamt max. 893.862,19 € zu fördern und beauftragt die Stadtverwaltung, eine entsprechende Fördervereinbarung abzuschließen.

zu 8.23 Bebauungsplan Nr. 202 Wohnen am Schafschwingelweg -

Aufstellungsbeschluss Vorlage: VII/2021/02783

Herr Rebenstorf sagte, dass hier ein redaktioneller Fehler geschehen ist, der Beschluss wurde bereits gefasst, aber der Aufstellungsbeschluss trug einen anderen Namen als die Veränderungssperre. Zur rechtlichen Sicherheit bat er um erneute Abstimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 202 "Wohnen am Schafschwingelweg" aufzustellen.
- 2. Der Beschluss mit der Vorlagen-Nummer VII2020/01611 wird durch den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 202 "Wohnen am Schafschwingelweg" mit der Vorlagen-Nummer VII/2021/02783 ersetzt.
- 3. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen.
- 4. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

zu 8.24 Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans Nr. 202 Wohnen

am Schafschwingelweg Vorlage: VII/2021/02804

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans Nr. 202 "Wohnen am Schafschwingelweg" als Satzung.
- 2. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

zu 8.26 Verlegung von künstlerisch gestalteten Bronzeplatten von Maya Graber an den Standorten der ehemaligen Solebrunnen auf dem und um den Hallmarkt

Vorlage: VII/2021/02615

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt, die fünf künstlerisch gestalteten Bronzeplatten von Maya Graber an den Standorten der ehemaligen Solebrunnen auf dem und um den Hallmarkt an den vorgeschlagenen Standorten zu verlegen.
- 2. Der Stadtrat beschließt, die fünf künstlerisch gestalteten Bronzeplatten von Maya Graber als Schenkung der Bohrgesellschaft Landsberg mbH anzunehmen.

zu 8.27 Bestellung zweier Beschäftigtenvertreter für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02559

Nach Klärung der Verfahrensweise bat Frau Müller um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat bestellt zwei der nachfolgend von der Personalvertretung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) vorgeschlagenen Bediensteten als Beschäftigtenvertreter in den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)

Antje Röver Angela Ryll

zu 8.28 Namensgebung für Kita-Neubau Albrecht-Dürer-Straße I, Albrecht-Dürer-

Straße 8a, Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02548

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Namensgebung für den Kita-Neubau Albrecht-Dürer-Straße I, Albrecht-Dürer-Straße 8a, Halle (Saale) in Kita "Albrecht Dürer" zu.

zu 8.29 Namensgebung für Kita-Neubau Albrecht-Dürer-Straße II, Albrecht-Dürer-

Straße 8a, Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02549

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Namensgebung für den Kita-Neubau Albrecht-Dürer-Straße II, Albrecht-Dürer-Straße 8a, Halle (Saale) in Kita "Pfützenspringer" zu.

zu 8.30 1. Änderung der Sportstättenbenutzungssatzung

Vorlage: VII/2021/02767

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung der Satzung über die Benutzung von Sporteinrichtungen der Stadt Halle (Saale) – Sportstättenbenutzungssatzung.

zu 9 Wiedervorlage

zu 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Rahmenvereinbarung zur gewerblichen Beförderung von Briefsendungen Vorlage: VII/2021/02632

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

Und wir sind bei TOP 9, 9.1., Antrag der Fraktion Die Linke zur Änderung der Rahmenvereinbarung zur gewerblichen Beförderung von Briefsendungen. Gibt es hierzu Redebedarf? Herr Schied.

Herr Schied

Ich fasse mich ganz kurz. Unser Antrag, muss ich mal sagen, denke ich mal, wird hier breite Zustimmung finden, es ist ja im Endeffekt Eulen nach Athen tragen hier in dem Stadtrat. Ich möchte noch mal erinnern, dass der Stadtrat am 24.3.2021 sich noch mal einstimmig zu den verkehrspolitischen Leitlinien der Stadt bekannt hat und da geht es darum, dass wir zukünftig, soweit wie möglich, auf nachhaltigen Transport setzen und deshalb wollen wir, dass Kurierdienste für die Verwaltung in Zukunft weitestgehend emissionsfrei erbracht werden. Wir müssen dazu das Fahrrad auch nicht neu erfinden. An alle Traditionalisten, das gibt es schon seit Jahrzehnten oder fast schon Jahrhunderten, die Post hat immer alles mit dem Fahrrad bewältigt und gerade in der Innenstadt, mit teilweise den engen Gassen und mit den Parkproblemen ist das, denke ich mal, auch eine gute Sache, dass wir in der Hinsicht, wenn wir da eine Verbesserung oder etwas Neues in Zukunft festschreiben. Die Verwaltung hatte ursprünglich den Antrag abgelehnt, aber da ging es einfach nur darum, um diese jetzigen und zukünftigen Vergaben. Wir haben das dahingehend geändert, es geht um die zukünftigen Vergaben und da denke ich mal, wird die Verwaltung da auch nichts mehr dagegen haben. Ich bitte um breite Zustimmung und mehr will ich dazu nicht sagen jetzt.

Frau Müller

Gut, dann habe ich jetzt Herrn Heym, Herrn Schnabel, Herrn Bernstiel. Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Ja, vielen Dank. Herr Schied, Sie sagten es ja schon, Ihr Antrag ist überflüssig, es wird jetzt seit Jahrhunderten von der Deutschen Post vorgemacht, es wird so ausgetragen, wie es ökonomisch sinnvoll ist, wie das Personal vorhanden ist und wie es die jeweiligen Bedingungen erfordern. Ihren Antrag braucht niemand, da ist überhaupt nichts drin, was irgendwo neu ist, was Sie irgendjemanden vorschreiben müssten, was er nicht schon ohnehin täte. Sie wollen hier nur wieder ideologisch auf den Putz hauen, hier Dinge verkomplizieren, die einfach schon geregelt werden, von daher kann man das eigentlich nur ablehnen oder besten Falls für erledigt erklären.

Frau Müller

Herr Schnabel.

Herr Schnabel

Da gibt es ja schon fast gar nichts mehr zu sagen, hat ja mein Kollege Heym schon fast alles erzählt, aber das ist eine sinnlose Reglementierung, das ist wieder nur, ja, wie mein Kollege schon gesagt hat, das sich Sinnfrei, weil die machen es in der Innenstadt schon freiwillig mit Fahrrädern, mit Lastenfahrrädern, weil man dort auch nicht anders durchkommt. Aber, man sollte diesen Briefdienstleistern einfach die Wahl lassen, wenn Sie die Möglichkeit haben und die Möglichkeit sehen, dass es einfacher ist, dort auch einen ganz normalen klassischen Verbrenner zu nutzen, um die Post von A nach B zu fahren.

Frau Müller

Herr Bernstiel hat zurückgezogen. Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, nur ganz kurz, also, Postfahrräder sind ja wirklich nichts Neues, ich habe nur mal noch eine Frage an die Antragsteller. In dem Bereich außerhalb der Innenstadt, an den Randbereichen der Stadt, wollen Sie jetzt hier nur E-Fahrzeuge. Da wäre jetzt die Frage, warum schließen Sie Fahrzeuge mit alternativen Antriebstechnologien dann komplett aus? Also, das könnte ja auch ein Hybridfahrzeug sein, es könnte ein Wasserstofffahrzeug sein, es könnte ein Fahrzeug sein, das E-Fuels nutzt, also, warum jetzt die reine Kaprizierung auf E-Fahrzeuge? Das ist mir nicht ganz klar.

Frau Müller

Herr Schied, wollen Sie? Sie hatten sich gemeldet.

Herr Schied

Herr Scholtyssek, das ist ja ein interessanter Hinweis. Da können Sie einen Änderungsantrag machen. Es geht uns ja in erster Linie um weniger Emissionen in der Stadt. Und wenn Sie sich das mal ansehen, also ich fahre ja täglich mit dem Fahrrad durch die Innenstadt und wenn Sie sich mal ansehen, wie da die Radwege und Fußwege immer noch zugeparkt werden. Und ich finde, wir sollten da dem Ganzen ein Riegel vorschieben und da muss man schon in der Ausschreibung dann bestimmte Dinge festlegen, dass das dann am Ende nicht nur der Preis ist, sondern auch eine bestimmte Qualität, die wir haben wollen in unserer Stadt, auch durchgesetzt wird.

Frau Müller

So, ich sehe keinen weiteren Redebedarf. Dann frage ich, wer diesem Antrag 9.1 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Das lasse ich auszählen.

Ich bitte noch mal um die Ja-Stimmen. Die Gegenstimmen, bitte. Und die Stimmenenthaltung. Wir haben 25 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Damit ist der Antrag 9.1 angenommen.

-Ende Wortprotokoll-

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

In den zukünftigen Ausschreibungen zur gewerbsmäßigen Beförderung von Briefsendungen für die Stadt Halle (Saale) werden die "allgemeinen Bedingungen" für die Zustellung im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) um die folgenden Punkte erweitert:

- Die Beförderung von Briefsendungen im Bereich der Innenstadt (Altstadt, südliche und nördliche Innenstadt) erfolgt mit Lastenfahrrädern, Fahrrädern oder zu Fuß.
- Außerhalb des Innenstadtbereichs erfolgt die Beförderung von Briefsendungen mit Lastenfahrrädern, Fahrrädern, E-Fahrzeugen oder zu Fuß.
- zu 9.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des "Integrierten

Dürreschutzkonzepts" Vorlage: VII/2021/02628

zu 9.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des "Integrierten Dürreschutzkonzepts" VII/2021/02628

Vorlage: VII/2021/02892

Herr Dr. Bergner führte in den Antrag ein und sagte, dass der Änderungsantrag 9.3.1 übernommen wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

zu 9.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des "Integrierten Dürreschutzkonzepts" VII/2021/02628

Vorlage: VII/2021/02892

<u>Abstimmungsergebnis:</u> erledigt

Beschlussvorschlag:

1. Beschlusspunkt 1 wird geändert und erhält folgende Fassung.

"Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, das den vorliegenden Erarbeitungsstand des "Integrierten Dürreschutzkonzeptes" (VII/2021/02129) unter Berücksichtigung des Stadtratsbeschlusses vom 18.12.2019 zu einem Strategiefeld "Nachhaltiges Regenwassermanagement" (Beschluss zu Antrag VII/2019/00463) und unter Einbeziehung der städtischen Unternehmen sowie des Eigenbetrieb Arbeitsförderung zu einem Konzept zur Bewässerung der Stadtbegrünung mit konkreten Maßnahmen / Aufgaben und Zuständigkeiten weiterzuentwickeln. um die bisher unberücksichtigten Vegetationsbereiche in der Stadt und um die Analyse der Möglichkeiten zusätzlicher Wasserversorgung zu erweitern. Dabei ist die Verbindung zur Arbeit des In die Erarbeitung des Bewässerungskonzeptes ist der "Runden Tisches Wasserversorgung" einzubeziehen herzustellen."

2. Beschlusspunkt 3 wird ergänzt und erhält folgende Fassung.

"Bei der Fortschreibung des Dürreschutzkonzeptes soll eine Zusammenarbeit mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig-Halle und weiteren anderen Wissenschaftseinrichtungen und Akteur*innen (z.B. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, scientists for future) gesucht werden. Ziel dieser Zusammenarbeit könnte die Entwicklung von förderfähigen Modellprojekten zur urbanen Vegetationssicherung angesichts zu erwartender klimatischer Veränderungen sein.

zu 9.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Qualifizierung des "Integrierten

Dürreschutzkonzepts" Vorlage: VII/2021/02628

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

- 1. "Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, den vorliegenden Erarbeitungsstand des "Integrierten Dürreschutzkonzeptes" (VII/2021/02129) unter Berücksichtigung des Stadtratsbeschlusses vom 18.12.2019 zu einem Strategiefeld "Nachhaltiges Regenwassermanagement" (Beschluss zu Antrag VII/2019/00463) und unter Einbeziehung der städtischen Unternehmen sowie des Eigenbetrieb Arbeitsförderung zu einem Konzept zur Bewässerung der Stadtbegrünung mit konkreten Maßnahmen / Aufgaben und Zuständigkeiten weiterzuentwickeln. In die Erarbeitung des Bewässerungskonzeptes ist der "Runde Tisch Wasser" einzubeziehen."
- 2. Das vorliegende Dürreschutzkonzept und seine Fortschreibung sollen in das integrierte kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle eingebunden werden.
- 3. Bei der Fortschreibung des Dürreschutzkonzeptes soll eine Zusammenarbeit mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig-Halle und weiteren anderen Wissenschaftseinrichtungen und Akteurinnen und Akteuren (z.B. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, scientists for future) gesucht werden. Ziel dieser Zusammenarbeit könnte die Entwicklung von förderfähigen Modellprojekten zur urbanen Vegetationssicherung angesichts zu erwartender klimatischer Veränderungen sein.
- 4. Der Stadtrat beauftragt die Stadt Halle die im "Integrierten Dürreschutzkonzept" ausgewiesenen Mehrbedarfe an Personal und Technik im Rahmen der Haushaltsplanungen vorrangig bereitzustellen sowie bereits im Haushaltsvollzug 2021 bei witterungsbedingtem Bedarf mittels flexibler Bewirtschaftung die notwendigen Ressourcen zum Erhalt des Stadtgrüns bereitzustellen.
- 5. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die bereits vorhandenen ehrenamtlichen Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zur Pflege und Erhaltung von Baumbeständen zu fördern und weiter auszubauen.

zu 9.7 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Errichtung eines Motoball-

Trainingsgeländes Vorlage: VII/2021/02647

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll-

Frau Müller

9.7, Antrag der AfD-Fraktion zur Errichtung eines Motoball-Trainingsgeländes. Gibt es hierzu Wortmeldungen. Herr Heym.

Herr Heym

Am 18. April titelte Dubisthalle: Elitär-Grüne stellen Motoball-Förderung in Frage. Im Text heißt es: Die Negativnachrichten für den 1. Motoball Club 70/90 Halle e.V. reißen nicht ab. Nachdem bereits das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt die finanzielle Unterstützung für den Bau einer neuen Wettkampfstätte ausgeschlossen hat, wollen die Grünen auch allgemein die Förderung einstellen. Dies wurde im Sportausschuss deutlich. Beate Thomann, Stadträtin der Grünen, wies auf die ökologische Negativkomponente des Sports hin. Zudem könne es nicht Aufgabe der Sportförderung sein, einen Verein in diesem technisch-elitären Bereich zu unterstützen.

Dies zur Kenntnisnehmend hat uns dann der unbedingte Wunsch ereilt, dem Verein hier entsprechend helfend beizuspringen, weil wir der Meinung sind, dass ein Sportverein in unserer Stadt, der in der höchsten Spielklasse erfolgreich seit Jahren sich im Wettbewerb stellt, durchaus die Unterstützung auch der Politik in der Stadt bedarf und verdient hat. Die Problematik mit dem Trainingsgelände ist allgemein bekannt, auch, dass für das neue Trainingsgelände ein riesiges finanzielles Loch zu stopfen gilt und hier der Verein im Moment über Crowdfunding, über Spenden, versucht, dieses zu bewerkstelligen. Damit dies gelingen kann, benötigt man aus unserer Sicht die Unterstützung aus der Politik und deshalb werben wir in unserem Antrag für ein entsprechendes Votum, ein entsprechendes Bekenntnis des Stadtrates.

Im zweiten Punkt unseres Antrages, der ja mehrstufig ist, wünschen wir uns natürlich, dass die Stadt entsprechende Möglichkeiten findet, wie der Verein zu unterstützen ist. Dem gilt es im Moment nichts hinzuzufügen.

Und jetzt wollte ich noch die Gelegenheit nutzen, ich hatte das im Sportausschuss schon getan, mich mal zu äußern zu der entsprechenden Stellungnahme der Verwaltung. Wir sind da doch etwas irritiert und an den Grenzen dessen, was wir bereit hinzunehmen sind. Am 20.05. sagte der Oberbürgermeister: Die Stadt unterstützt bereits ein entsprechendes Trainingsgelände, dies soll im Ausschuss vorgestellt werden. Ich habe da nachgeschaut, ich kann es nicht finden, ich weiß nicht, ob es vorgestellt wurde, ich bin nicht regulär Mitglied im Sportausschuss, habe letztens nur vertreten. Soweit, so gut.

Und dann kommt eine Stellungnahme vom 01.07. von Dr. Judith Marquardt: Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag als erledigt zu erklären. Also, mit aller Bescheidenheit, wenn wir einen Antrag stellen, wo wir darauf hinzielen einen Verein zu unterstützen, indem ein Bekenntnis, ein entsprechendes Votum aus dem Stadtrat kommt und Sie empfehlen, weil im Beschlusspunkt 2 eine Förderung beschlossen wurde im Sportausschuss, dass dahingehend zu interpretieren, dass, weil bereits erfühlt, und machen im Grund hier den Weg auf suggestiv Geschäftsordnungsanträge, nämlich als erledigt zu erklären, zu stellen, dann sind hier die Grenzen dessen erreicht, was wir widerstandslos bereit sind hinzunehmen. Wir werden zukünftig, wenn solche Beschlussempfehlungen uns ereilen auf unsere Anträge, die

alle prüfen lassen und werden Widerstand an der Stelle ankündigen. Wir finden das nicht in Ordnung.

So, jetzt zurück zum Sachthema. Wir bitten Sie, um diesen Verein bei der Suche nach Sponsoren zu unterstützen, unseren Antrag zuzustimmen und hoffen, dass Sie dem nachkommen.

Frau Müller

Dann hat sich Herr Helmich mit einem Geschäftsordnungsantrag.

Herr Helmich

Ja, ich möchte den auch noch mal ausführlich begründen. Ich habe wirklich keine Lust ...

Frau Müller

Sagen Sie erstmal was für einen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Helmich

Erledigt erklären.

Frau Müller

Danke.

Herr Helmich

Ich habe wirklich keine Lust, dass wir, wenn wir in einem Ausschuss eine Vorlage zur Förderung von Sportvereinen und Sportstätten haben und das auch beschließen, das quasi ein Punkt aus diesem Förderbeschluss herausgenommen wird und quasi gar nicht vorhanden ist für Antragstellerinnen und Antragsteller. Wir haben diesen Beschluss gefällt im April, dass wir ein Trainingsgelände fördern. Wenn Sie den Unterschied zwischen einem Trainingsgelände und einer Motoballarena nicht kennen, dann ist das nicht unser Problem und sollte auch nicht dazu dienen, uns hier mit doppelten Anträgen zu belasten. Ich finde, der Stadtrat ist kein Ort, um bereits beschlossene Anträge noch mal quasi zu reproduzieren. Wir haben diesen Beschluss im Ausschuss gefällt, wir unterstützen das Trainingsgelände, wir haben eine Problemfrage zu lösen bei der Motoballarena, da geht es aber um viel, viel mehr Geld als um 40 Tausend Euro. Aber dieser Antrag ist klar und deutlich als erledigt zu erklären und das beantrage ich jetzt auch.

Frau Müller

So, dann haben wir den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung des Antrages 9.7. Dazu kann es jetzt noch eine Gegenrede, Herr Heym, aber zum Geschäftsordnungsantrag, ja.

Herr Heym

Aber selbstverständlich, Frau Müller.

Herr Helmich, Ihr Antrag passt natürlich dazu, weil Sie wollen das Bekenntnis nicht abgeben. Wir haben ja explizit gesagt, worauf sich dieser Antrag begründet. Das ist aus Ihrer Fraktion die Ablehnung dieses Sports gewesen und natürlich haben Sie kein Interesse daran, dass dieses Bekenntnis von Ihnen eingefordert wird, weil Sie müssten hier Farbe bekennen. Von daher ist Ihr Geschäftsordnungsantrag unredlich und abzulehnen. Bitte stimmen Sie dagegen.

Frau Müller

Dann haben wir jetzt einen Geschäftsordnungsantrag und eine Gegenrede und dann lasse ich über den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung des Antrages 9.7 abstimmen. Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag zu? Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Bei zwei Enthaltungen und einigen Gegenstimmen ist der Geschäftsordnungsantrag

angenommen. Und damit ist der Antrag 9.7 erledigt.

-Ende Wortprotokoll-

<u>Abstimmungsergebnis:</u> erledigt

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bekennt sich zum Erhalt der Sportart Motoball und lehnt alle Versuche die Sportart zu diskreditieren und die Sportfreunde des Motoball aus Halle zu verdrängen, ab.
- 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, aus welchen Leistungen oder Produkten im Haushaltsplan, ggf. dieses Jahr nicht mehr beanspruchte Mittel umgeschichtet werden können, um die Errichtung eines Trainingsplatzes auf der gepachteten Sportanlage Schieferstraße für den Verein 1. Motoballclub 70/90 Halle e.V. zu realisieren.
- zu 9.8 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion für eine Konzeption zur gerechten Verteilung der Belastungen durch Asyl- und Migration sowie zur Verminderung der Segregation von Ausländern im Stadtgebiet Vorlage: VII/2021/02648

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll-

Frau Müller

9.8, Antrag der AfD-Fraktion für eine Konzeption zur gerechten Verteilung der Belastungen durch Asyl- und Migration. Gibt es hierzu Redebedarf? Herr Raue, bitte.

Herr Raue

Meine Damen und Herren, seit nun mehr mehreren Jahren stemme ich mich hier im Stadtrat dagegen, dass Menschen, die zu uns kommen, hauptsächlich untergebracht werden in Stadtgebieten Halle-Neustadt, Südstadt, Silberhöhe aber hauptsächlich natürlich in Halle-Neustadt. 75 % aller Menschen, die zu uns kommen und in der Regel über keinerlei Ausbildung und Vorbildung verfügen und dementsprechend auch sich nicht selbst versorgen können, die nehmen ihren Wohnsitz in Halle-Neustadt, 75 %. Das muss uns zu denken geben. Und ich wundere mich sowohl über die Position der Stadtverwaltung, die das ja völlig von sich wegschiebt und hier ziemlich wirr schreibt: Migration, wie Deutschland sie und Halle sie feststellen kann und Segregation, wie wir sich in Halle-Neustadt sehen, stehen nicht im Zusammenhang. Da bin ich überrascht. Das konnte auch im Ausschuss überhaupt nicht aufgeklärt werden. Stadtverwaltung blieb mit vielen Worten bei ihrer Position, es gäbe keinen Zusammenhang zwischen Armutsmigration und sozialräumlicher Entmischung in Halle. Und ich sehe das natürlich komplett anders.

Die Frage ist natürlich: Wie kann man sich dem Thema nähern? Da muss man sich vorher erstmal fragen, was hat das für Konsequenzen, wenn wir das unbeachtet lassen. Ich habe das schon paar Mal gesagt, wir bewegen uns in Parallelgesellschaften hinein, das ist kein Zustand, der im Fingerschnipp plötzlich mal entsteht, das ist eine Entwicklung. Und da sind wir auf dem besten Weg und die beginnt natürlich immer damit, dass sich Menschen gleicher Herkunft und teilweise auch gleicher Bildungs- und wirtschaftlichen Stärke zusammenfinden

und dort in Halle-Neustadt leider unterkommen und die sind dann dort auch leider deshalb gefangen, weil die dort niemals aus eigene Kraft wegziehen können. Und wenn wir das nicht verändern, wenn wir nicht Möglichkeiten schaffen, dass die nicht unbedingt dort ihren Wohnsitz nehmen müssen, sondern auch woanders im Stadtgebiet unterkommen können, dann wird sich da nie eine Entmischung ergeben und dann wird es auch den Anteil an kriminellen Handlungen in Halle-Neustadt weiter nach oben treiben. Es wird auch dafür sorgen, dass die Kinder, die dort zur Schule gehen, natürlich auch in Klassen sind mit hohem Migrationsanteil, das sehen wir ja jetzt schon, dass die in ihrer Entwicklung dann auch gehemmt sind. Das kann ja unser Stadtrat nicht wollen.

Und nun nehme ich zur Kenntnis, dass der Stadtrat beschließt, dass wir noch viel mehr Zuwanderung wollen und anderseits, dass der Stadtrat beschließt, ja, wir sehen überhaupt gar keine Probleme da. Also, wir brauchen uns da nicht an das Land zu wenden, um dort um einen Zuzugsstopp zu bitten, das brauchen wir alles nicht. Die Leute sollen alle herkommen und kommen in Halle-Neustadt unter. Das Hauptproblem, das Deutschland mit Zuwanderung hat, ist eben einfach, dass wir uns die Menschen nicht aussuchen. Bei uns kann einfach jeder kommen, je ärmer, desto besser. Der muss nur das Wort Asyl sagen, dann kommt der in ein umfangreiches Verfahren und kann vor Abschiebung ziemlich sicher sein, wenn er sich halbwegs an Regeln hält. Und wenn er sich nicht an die Regeln hält, dann wollen die Grünen, die immer noch nicht abschieben.

Ja, das ist ja, aber ich will zurück zum Antrag kommen. Das ist also Grotesk. Bloß, wenn das alles so ist, müssen wir eben trotzdem sehen, wie wir innerstädtisch die Menschen anders verteilen. Ich habe es hier natürlich ein bisschen provokant auch formuliert, bringen wir mal die Menschen dort unter, wo nach der Einwanderung die größte Chance erkannt wird. Wo, die Einwanderung am stärksten befürwortet wird. Das ist kein einfaches Unterfangen. Da gibt es Schwierigkeiten, deshalb wollen wir ja, dass die Stadtverwaltung ein Konzept erstellt, wie das umgesetzt werden kann und da sprechen wir sicherlich auch nicht über 10 tausend Menschen, das ist mir schon klar, weil die Wohngebiete das dort nicht hergeben aber es muss dann schon so insbesondere durchmischt werden, dass die Halle-Neustadt, dass die Silberhöhe, die Südstadt, dass diese Stadtviertel auch mal wirklich entlastet werden.

Frau Müller

Herr Raue, kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Raue

Ja. Und wir werden die Neustadt auch nicht weiter entwickeln können, wenn wir uns dem Problem nicht stellen, weil dann kann die GWG die schönsten Wohnungen bauen, es kommt aber kein Mieter und sie kann auch dann die Mieten, die sie eigentlich braucht, zur Refinanzierung, nicht umsetzen. Deswegen bitte ich Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu. Danke.

Frau Müller

So, Ihre Redezeit ist jetzt auch um. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht. Wer stimmt dem Antrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Bei zwei Enthaltungen und vielen Gegenstimmen und einigen Ja-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept zur gerechten Verteilung der Belastungen durch Asyl- und Migration sowie zur Verminderung von Segregation, insbesondere von Ausländern im Stadtgebiet von Halle.

Dazu wird ein Maßnahmenplan erarbeitet, der es ermöglicht, dass Asylbewerber oder ihnen gleichgestellte Personen, ihren Wohnsitz auch in Wohngebieten in denen die Mietpreise üblicherweise über den durch KdU- Leistungen gedeckten Grenzen liegen, nehmen können. Bevorzugt sollen bei der Prüfung die Stadtviertel Paulusviertel und Giebichenstein behandelt werden.

zu 9.9 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer

Koordinierungsstelle Nachtleben

Vorlage: VII/2021/02262

zu 9.9.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der

Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben; BV VII/2021/02262

Vorlage: VII/2021/02631

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll-

Frau Müller

9.9, Antrag der Fraktion MitBürger & Die Partei zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben. Ich will, Frau Jacobi, ich habe Sie gesehen, Sie sind gleich dran, ich will jetzt nur mal mit Verweis auf die Zeit, mal den Hinweis geben, wir sind jetzt bei den Anträgen, die alle schon mal diskutiert wurden in den Ausschüssen, es ist lediglich eine Bitte beziehungsweise eine Empfehlung, wenn wir unsere Tagesordnung heute noch schaffen wollten, bitte ich mal auf Kürze, vielleicht. Also, ich appelliere. Frau Jacobi, bitte.

Frau Jacobi

Danke Frau Vorsitzende. Herr Bürgermeister, liebe Mandatstragenden, die Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben und damit eben die Erarbeitung eines Konzeptes für ein sicheres und fruchtvolles Nachtleben ist ein Sachverhalt, der in den Ausschüssen mehrheitlich befürwortet wurde. Die Diskussionen zeigten, dass wir uns einig sind, dass es in einer Großstadt wie Halle eine nicht zu unterschätzende Herausforderung darstellt, die verschiedenen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eben in ihrer Nachtruhe oder in ihrer Freizeitgestaltung unter einen Hut zu bringen. Nicht nur die zunehmenden Meldungen wegen Ruhestörung in den letzten Jahren bekräftigen, dass wir hier einen Handlungsbedarf haben, sondern auch die zahlreichen Interviews, die unsere Fraktion geführt hat und die wir ihnen auch online zur Verfügung gestellt haben mit Kulturschaffenden, Bar- und Clubbetreibenden, sowie auch KünstlerInnen der Nachtkultur zeigen, dass es einen klaren Wunsch der Betroffenen gibt, enger und koordinierter mit der Verwaltung über die Belange des Nachtlebens zusammen zu arbeiten und auch die Stadtverwaltung und insbesondere Herr Teschner haben sich sehr klar für unseren Antrag ausgesprochen und das sollten die anderen Fraktionen nicht einfach ignorieren. Ein Prüfauftrag wird der Thematik nicht gerecht.

denn ein sicheres und vor allem nach der Pandemie florierendes Nachtleben verlangt handeln und zwar jetzt. Daher stellt unser aktualisierter Antrag die Unterstützungsstruktur für die Nachtkultur auf drei Pfeiler und wenn ich hier die Linke zitieren darf: Um einfach ein überparteiliches Konfliktmanagement etablieren zu können, dass ein Miteinander auf Augenhöhe ermöglicht und auch langfristig für ein gutes Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen wirkt. Ich würde gern mit den Worten von Herrn Teschner schließen: Lassen Sie es uns probieren. Stimmen Sie unserem Hauptantrag zu. Danke.

Frau Müller

Danke, ja, ich hatte eben bei der Einführung vergessen, dass es dazu auch einen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt. Genau, ich habe jetzt folgende Redeliste: Herr Heym, Herr Scholtyssek, Herr Dr. Lochmann. Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Ja, vielen Dank. Es wird Sie sicherlich nicht wundern, wenn Sie mich im Ausschuss erlebt haben, dass ich mich gegen diesen Antrag ausspreche. Wenn Sie die Presse, die letzten Wochen, also, seit die Öffnung aufgrund Corona geschehen ist, verfolgt haben, haben Sie ein Haufen Konflikt in der Stadt nämlich bezüglich Ruhestörung, Vermüllung etc. gesehen. Es werden Leute in ihrem Wohnumfeld erheblich beeinträchtigt, in ihrer Nachtruhe gestört. Ich möchte keinem Arzt irgendwo im Krankenhaus, in der Praxis begegnen, der unausgeschlafen mich behandeln muss oder einen Straßenbahnfahrer, der unausgeschlafen auf der Linie unterwegs ist und das sind die Folgen, die diese Anträge hier haben werden. Wenn der Herr Teschner sich dafür ausspricht, erinnere ich daran, dass die letzte Schlagzeile, die wir hier im Stadtrat behandelt haben bezüglich des Ordnungsamtes, das Vertreiben des selben vor der Verfolgung von Straftaten war, als da nämlich mit Böllern geworfen wurde und sie entsprechende Täter nicht dingfest machen konnte, weil sie sich dazu nicht in der Lage sah. Solche Anträge mit überparteilichen Konfliktmanagement sollen dann Menschen helfen, ihre gesetzlich verbrieften Rechte der Nachtruhe durchzusetzen. Das, was der Herr Teschner gemacht hat ist aus meinen Augen eine Kapitulation, eine Bankrotterklärung des Ordnungsamtes, weil sie sich nicht in der Lage sieht, die Zustände, die sich hier in der Stadt immer mehr durchsetzen, diesem Herr zu werden. Aus diesem Grund wäre meine Forderung, dass der Stadtrat sich gegen diese Entrechtung ausspricht und nicht ein Zeichen setzt, dass die Ruhestörer jetzt hier noch Protegiert durch den Stadtrat Unterstützung erhalten, denn nichts weiter ist es. Ich möchte einmal sehen, dass hier entsprechende Anträge eingebracht werden, die den Bürgern die Ruhe suchen, endlich zu ihrem Recht verhelfen. Davon habe ich ewig und drei Tage nichts gehört, aber lang und breit und seit Wochen unterhalten wir uns über diesen Antrag, wie man das Recht Nachtleben anschieben kann und wie man dafür sorgen kann, dass die Bürger, die sich entsprechend gestört fühlen, auf ihre Rechte möglichst verzichten und dafür möchte man dann entsprechende Ehrenämtler gewinnen und nennt das dann überparteiliches Konfliktmanagement. Darauf kann der Bürger aus meiner Sicht gut verzichten und wir werden uns mit aller Kraft gegen diesen Antrag wenden.

Frau Müller

So, jetzt hat Herr Teschner das Wort. Bitte.

Herr Teschner

Ja, vielen Dank. Ich würde nur kurz darauf reagieren wollen. Ich glaube, wir dürfen hier zwei Dinge nicht vermischen. Das eine ist ein präventiver Ansatz, den wir hier diskutieren, man möchte Interessen ausgleichen, das Gespräch suchen. Das ist das, was der Hauptantrag und letzten Endes auch der Änderungsantrag hier wollen. Ich muss entgegentreten, wenn hier irgendwie behauptet wird aus der kalten, wir hätten kapituliert. Das ist aus meiner Sicht völlig lächerlich, wir haben gerade in den letzten Wochen auch immer wieder gezeigt, dass wir in Corona und nach Corona durchaus in der Lage sind, hier Recht und Ordnung durchzusetzen. Das schließt sich auf keinen Fall gegenseitig aus. Und ich muss hier klar

darstellen, das ist so auch nicht diskutiert wurden, das habe ich so nicht erklärt, auch nicht im Ordnungs- und Umweltausschuss, wer da anwesend war. Und aus meiner Sicht sind das zwei unterschiedliche Ansätze zum gleichen Problem.

Und wir hatten ja hier über den Änderungsantrag auch deutlich gemacht, sei es jetzt der Hauptantrag, wir finden den Änderungsantrag letzten Endes zielsicherer oder besser, dass man das Konzept oder den Grundansatz durchaus versuchen sollte. Ich hatte gesagt: Was kann uns passieren. Es wird dadurch wohl kaum eine schlechtere Situation in der Stadt eintreten, es gibt hier ein Interessensausgleich der stattfinden sollte zwischen den Nachtschwärmern, hier so teilweise bezeichnet, und den Anwohnern, natürlich haben die auch ihre berechtigten Interessen. Und damit meine ich nicht, dass man sagen sollte, oh hier ist ruhestörender Lärm, steckt euch irgendwelche Ohrstöpsel rein, das ist es nicht. Sondern man muss gucken, welche Möglichkeiten bestehen vor Ort und welche Alternativen kann man schaffen, denn es gibt durchaus auch ein nachvollziehbares Interesse gerader junger Menschen am Nachtleben in einer Großstadt.

Frau Müller

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es hier wirklich mit einem kniffligen Problem zu tun. Wir haben auf der einen Seite das berechtigte Interesse von Jugendlichen, die feiern wollen oder auch jungen Erwachsenen. Ich meine, wir haben jetzt doch einen längeren Zeitpunkt der Pandemie hinter uns, wo nicht wirklich viel möglich war, das ist völlig nachvollziehbar, dass man nach draußen will ins Freie, sich mit Leuten treffen zum Feiern. Auf der anderen Seite haben wir aber auch das Interesse der Anwohner, die natürlich auf ihre Nachtruhe bestehen. Und beides unter einen Hut zu bekommen ist nicht so ganz einfach.

Wir haben unsere Zweifel, dass der vorliegende Antrag aber geeignet ist, um dieses Problem zu lösen, weil so, wie das Problem diskutiert wurde geht es ja eigentlich nur darum, dass hier jemand eingesetzt wird, ehrenamtlich, wie es jetzt sein soll, der dann Konflikte zwischen Anwohnern, Clubbetreibern, Partyszene und Stadtverwaltung irgendwie moderieren soll. Da fehlt uns völlig die Phantasie, wie das in der Praxis funktionieren soll. Ein Ehrenamtlicher hat überhaupt keine Kompetenzen, Befugnisse und wie so was ausgehen kann, haben wir ja neulich am August-Bebel-Platz gesehen, als sogar die Ordnungshüter und die Polizei angegriffen wurden, was im Ordnungs- und Umweltausschuss von der Verwaltung völlig verharmlost wurde. Das finde ich übrigens auch überhaupt nicht in Ordnung in Richtung Verwaltung. Das sollte man ernst nehmen und nicht darüber hinweggehen: Ja, das kommt schon mal vor. Das ist ein ernstes Problem und da muss man auch etwas dagegen tun.

Aber, zurück zu dem Antrag. Wir müssen es irgendwie schaffen die Belange der Partyszene und der Anwohner unter einen Hut zu bekommen. Wenn man jetzt aber sagt, was mit dem Antrag ja im Prinzip bezweckt wird, wir wollen die Partyszene und die Anwohner sollen sich mal nicht so haben, das ist nicht unser Weg. Wir wollen lieber ein 24 Stunden Ordnungsamt als eine 24 Stunden Partyzone. Das ist der Unterschied zu den Antragstellern und uns. Und im Übrigen möchte ich auch noch mal darauf hinweisen, wenn das so umgesetzt würde, sind die Anwohner natürlich irgendwann genervt und werden sich einfach eine neue Wohnung suchen, dann ziehen die weg. So, und dann haben wir aber im Prinzip eine Form der Segregation. Und das ist ja das, was sie immer bekämpfen. Also gibt es bei ihnen anscheinend immer eine gute und eine schlechte Segregation. Das kann aber nicht sein. Wir können hier nicht mit zweierlei Maßstab messen. Es gibt Rechte, die sind einzuhalten und die Anwohner haben nun mal das Recht auf eine Nachtruhe und das müssen wir ihnen auch irgendwie gewähren und können das nicht mit so komischen Beschlüssen einfach weg negieren und sagen: Ja, bisschen Partyzone, schön.

Und ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass hat wahrscheinlich noch niemand bedacht in der Diskussion. Es steht in dem Antrag, sie wollen dort einen neuen Beirat schaffen. Wir haben im letzten Stadtrat beschlossen, dass Beiräte eine Entschädigung bekommen für ihre Arbeit. Das heißt, sie gehen hier mit diesem Antrag eine neue freiwillige Leistung ein, weil laut KVG gibt es die Beiräte, das ist dann aber bestimmt auf Zwecke, also Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen, Kinder, Jugendliche, Senioren, Menschen mit Behinderung, Zuwanderer und andere gesellschaftlich bedeutsame Gruppen. So, jetzt frage ich Sie, ist die Partyszene eine gesellschaftlich bedeutsame Gruppe? Ich meine nein. Kinder und Jugendliche sind es auch nicht, wenn Sie sich nämlich mal die Definition angucken, im deuten Recht ist der Jugendliche bis 18, maximal bis 21 definiert. Und die UN-Generalversammlung hat Jugendliche bis zum Alter von 25 definiert und die Leute, die dort feiern, sind auch älter als 25, das sind also nicht nur Kinder und Jugendliche. Das heißt, wenn sie dort einen Beirat einrichten ist das eine neue freiwillige Leistung und dann müsste eigentlich die Stadtverwaltung Widerspruch einlegen, weil das Geld kostet. So, soviel vielleicht mal dazu, das sollte man alles mit bedenken. Das ist alle nicht so einfach, wie Sie das hier vielleicht so schön blumig darstellen. Es ist ein Problem, da müssen wir dran arbeiten aber da brauchen wir wirklich ernste Lösungsvorschläge und nicht so was nett klingendes, was aber eigentlich nur die Interessen der Partybetreibenden im Sinn hat. Denken Sie auch an die anderen noch. Vielen Dank.

Frau Müller

Herr Dr. Lochmann.

Herr Dr. Lochmann

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was Herr Scholtyssek aus diesem Antrag jetzt rausliest an Zielsetzung kann ich daran überhaupt nicht erkennen. Ich frage mich, woraus er das geschlossen hat, dass es hier darum geht die Partyszene zu fördern oder so. Egal.

Aber die Zielsetzung, so wie es im Antrag drin steht, begrüßen wir ausdrücklich. Wir haben allerdings etwas Zweifel, dass jetzt das vorgeschlagene Konzept und auch das vorher vorgeschlagene Konzept in der Form wirklich praktikabel und umsetzbar ist. Das heißt, es ist auch etwas widersprüchlich, da sind teilweise operative, teilweise eher strategische Aufgaben, die dort beschrieben sind. Deswegen wollen wir mit unserem Änderungsantrag, das soll kein Prüfauftrag in dem Sinne sein, brauchen wir das oder brauchen wir das nicht, also, wir sind der Meinung, wir brauchen das auf jeden Fall. Es geht um ein Prüfauftrag dahingehend, eine Konzeption zu machen, wie eine solche Stelle aussehen könnte und funktionieren könnte eben in Zusammenarbeit mit den Akteurinnen und Akteuren. Von daher bitten wir um die Unterstützung für diesen Antrag, um erstmal ein verbessertes Konzept sozusagen zu erarbeiten, was wir dann hoffentlich beschließen und dann diese Stelle, diese Funktion einrichten werden. Danke.

Frau Müller

Frau Mark.

Frau Mark

Ich glaube, Herr Scholtyssek hat gerade etwas sehr Richtiges gesagt, dass dieser Antrag das Problem nicht lösen kann. Das glaube ich auch, dass der Antrag das Problem nicht lösen kann aber diese Nachtstelle ist ja auch gar nicht die Lösung des Problems, sie kann es gar nicht sein, sondern die Lösung des Problems sind die Ordnungsbehörden, die tatsächlich dafür zu sorgen haben geltendes Recht umzusetzen. Ich mein, wir haben bestimmte Richtwerte, wir haben Lärmschutzvorschriften und diese sind zunächst erstmal ganz konsequent umzusetzen. Und da muss ich auch natürlich die Stadt darum Gedanken machen, wie das Ganze auch personell gewährleistet werden kann und bewerkstelligt

werden kann. Dafür sind die Ordnungsbehörden da und natürlich erwarten wir, dass diese geltendes Recht auch umsetzt. Das ist das eine.

Das andere ist allerdings, dass diese Nachtstelle aus unserer Sicht jedenfalls einen Versuch wert ist zu sagen, was ist denn unterstützend hierzu möglich. Bestehendes Recht umsetzen, absolut aber was kann möglicherweise vermittelnd noch hinzugetan werden. Und deshalb haben wir große Sympathien für den Änderungsantrag der Grünen, in dem erst mal definiert werden soll und geschaut werden soll, wer ist beteiligt, was kann gemacht werden, welchen Nutzen kann es bringen das Ganze zu prüfen. Und wenn wir am Ende sagen, es bringt gar nichts, weil dieser Beirat oder was auch immer am Ende dann dastehen sollte, gar nichts bringt oder weil der eben nur fordert Partyszene soll laut sein überall da wo sie darf, dann bringt uns das natürlich gar nichts. Aber, wir finden, wir sollten dem ganzen erstmal jedenfalls die Chance geben, noch jedenfalls kostenneutral zu schauen, was ist möglich, ohne natürlich darauf zu verzichten, dass geltendes Recht ganz einfach umzusetzen und durchzusetzen ist.

Frau Müller

So, dann habe ich jetzt noch Herrn Wolter, dann Herrn Raue, dann Herr Heinrich. Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Ich finde, also, erstmal ist es ein Problem anscheinend, also, das berichten ja viele. Es ist ja nicht so, dass wir über etwas reden, was jetzt irgendwo fiktiv ist, sondern wir sind alle Bewohner der Stadt. Im Normalfall haben wir in unseren Familien auch Kinder, Jugendliche, vielleicht auch junge Erwachsene, manchmal erlebe ich eine Diskussion auch gerade, dass Väter mit so 15, 16, 17, 18, 19, 20-Jährigen auf einmal extrem sehr nach Ordnungskräften rufen, weil sie wissen, wo ihr Kind ist in den, sage ich mal, Geländen, in den freien Flächen, die hier gerade coronabedingt zu wirklichen Partyorten gewachsen sind. Und dass wir ein Problem haben in der Koordinierung und dem Miteinanderreden ist genau der Vorschlag. Ich kann das verstehen mit dem Prüfbegehren, das haben wir oft erlebt, dass wir erst etwas probieren müssen, dass wir hier einen Test machen, deswegen haben wir aus der Diskussion eben heraus diese Personalstelle, die im Übrigen, Herr Scholtyssek, die CDU oder die FDP in anderen Städten, ja sehr wohl auch als eine wirtschaftlich wichtige Kraft definiert hat und die unterstützt hat, weil es nämlich um eine Koordinierung von bestimmten Interessen hier in der Stadt geht. Und ich will Ihnen nur sagen, dass Veranstaltungsservice, was wir schon seit vielen Jahren oder Wirtschaftsansprache hier in der Stadt über eine zentrale Figur oder zentrale Position nach draußen in die Stadtgesellschaft hinein organisiert haben, beweisen ja, dass das eben nicht unbedingt Lösung bedeutet aber das die Kommunikationsmöglichkeit eben dann die Lösung provoziert und das ist eigentlich nur der Vorschlag, also jetzt sozusagen da zu diskutieren, dass sich hier ein Anteil, dass man damit jetzt irgendwo behauptet, dass wir jetzt irgendwie reinen Tisch machen und gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger oder nur für die Interessen von Veranstaltern sprechen oder von Künstlerinnen und Künstlern, das ist Quatsch.

Es braucht eine Kommunikationsstruktur und wir wollen vorschlagen mit unserem Hauptantrag, den wir jetzt modifiziert haben, dass es diese Kommunikation ermöglicht. Deswegen verstehe ich die Grünen nicht, was sie denn jetzt prüfen wollen. Es kann sein, dass sie das ein bisschen doof finden, dass sie jetzt nicht den Antrag, weil wir würden ihren Antrag, wenn sie den gestellt hätten, zustimmen, ohne den zu ändern. Sie sind auch im Bundeswahlkampf, dass sie vielleicht sagen: Mensch, das ist ein Thema, was eigentlich wir als junge Partei irgendwie auch gerne mit auf die Fahne schreiben würden. Aber das ist wirklich einfach. Das, was Sie jetzt machen, ist Verhinderung zu Kommunikationsstruktur zu probieren. Was wir hier anbieten ist eine ehrenamtliche Struktur. Deswegen würde ich Sie bitte, einfach nicht die Prüfung, weil das ein Schieben ist von irgendwas, das ist ein Schieben nach irgendwo. Was wollen Sie denn jetzt prüfen? Wir

haben Ihnen genug Argumente geliefert, wir haben genug Argumente diskutiert in den Ausschüssen. Es ist notwendig, dass es kommuniziert wird und wenn Herr Teschner erklärt, dass es ein Teil der Lösung sein könnte, weil es nämlich viele verschiedene Mosaiksteine braucht, um quasi ein paralleles gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen. Also, unser Antrag macht da was vor, dann kann man das beurteilen und danach kann man entscheiden, wie es weitergehen kann. Also, bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

Frau Müller

Herr Raue, drei Minuten.

Herr Raue

Wir würden erstmal gerne eine namentliche Abstimmung jetzt beantragen und dann würde ich auch noch mal aus meiner Sicht sagen, dieser Antrag, der ist an der Stelle nicht zielführend und da irrt auch Herr Teschner, denn die originäre Aufgabe des Ordnungsamtes ist ja eigentlich auch die Nachtruhe sicherzustellen. Das funktioniert eben mal mehr und mal weniger. Aber, Herr Teschner wird schon wissen, dass man da hauptsächlich mit Individualpersonen zu tun hat, die auch häufig mal wechseln und da gibt es nicht so richtig denjenigen, den man greifen kann, es sein denn, man hat Veranstalter, die unterliegen natürlich rechtlichen Normen und Bedingungen, die gegebenenfalls auch messbar sind, auch dafür gibt es in der Stadt ja schon Strukturen. Ich denke mal nur an diese Lärm- oder Schalloder Emissionsmessprotokolle, die angefertigt werden müssen. Und wir haben ja auch diese Spontanpartymöglichkeiten auch geschaffen und das funktioniert auch dort mehr schlecht als recht. Aber, die große Klammer, um das alles umzusetzen, das ist immer Ordnungsamt und Polizei. Und wenn Sie da mit den Organisatoren, mit Clubbesitzern, mit anderen Kulturschaffenden da eine Vereinbarung treffen, dann natürlich, wahrscheinlich nur um deren Lärm/Emission, aber die Hauptlärmursache sind häufig die Feiernden und die Gäste. Und die kriegen Sie damit natürlich nicht, die müssen dann Einsicht zeigen und die Einsicht wird immer kleiner, je größer der Alkoholspiegel ist.

Das heißt, dieser Antrag ist an der Stelle tatsächlich nicht zielführend, der hilft uns nicht weiter und die Aufgabe bleibt trotzdem beim Ordnungsamt. Herr Scholtyssek hat schon richtig gesagt, die Person, die sich da ehrenamtlich drum kümmern soll, die hat ja nun überhaupt gar keine rechtliche Basis für ihr tun, die kann also mehr als appellieren kann die auch nicht. Appellieren würde ich sagen, das ist das große Geschäft des Ordnungsamtes in dieser Situation. Und deswegen sollten wir diesen Antrag einfach auch als erledigt erklären, weil das eigentlich schon nach dem, wie ich die Stadt erlebe, das originäre Geschäft der Stadt schon ist, zumindest in dem Bereich, wo sie es verantwortet. Das ist mein Vorschlag. Wir betrachten den Antrag einfach als erledigt, denn eins steht auch nicht drin, diejenigen, die hier am Ende wirklich die Nachteile haben, die nämlich ihre Nachtruhe auch brauchen, weil sie morgens wieder auf Arbeit müssen ...

Frau Müller

Herr Raue, Ihre Redezeit ist gleich vorbei.

Herr Raue

... die sind hier drin gar nicht erfasst, ja. Also, hier vernetzen sie nur Kulturschaffende und Partyszene aber die Betroffenen, die das alles emotional erleben, die sind nicht genannt.

Frau Müller

Herr Raue, jetzt ist Ihre Redezeit ganz vorbei. Und wir haben einen Geschäftsordnungsantrag von Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Wend

Abbruch auf Ende der Debatte, sonst haben wir wieder einen Arzt, der nicht ausschlafen kann, Herr Raue. Und ja, Dankeschön.

Frau Müller

So, wir haben einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte mit einer bemerkenswerten Begründung. Gibt es eine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag? Frau Haupt? Ne, ich dachte. Gut. Dann haben wir, Herr Sehrndt, bitte, zum Geschäftsordnungsantrag.

Herr Sehrndt

Das ist ganz einfach so, die Bürger erwarten natürlich, dass hier mal eine Lösung gefunden wird. Das ist schön, die Arme zu heben und zu sagen, das erledigen wir jetzt.

Frau Müller

Es geht nicht mehr um die Debatte Herr Sehrndt, es geht jetzt um den Geschäftsordnungsantrag. Wir stimmen den Antrag so oder so ab. Aber ...

Herr Sehrndt

Das ist richtig, na gut, dann kann ich nur allen empfehlen, im Interesse derjenigen, die sie gewählt haben, dass sie auch deren Interessen mal wahrnehmen und ...

Frau Müller

Herr Sehrndt, zum Geschäftsordnungsantrag. Gut, danke.

Dann haben wir jetzt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte. Wer stimmt diesem Geschäftsordnungsantrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Bei drei Enthaltungen, zwei Gegenstimmen ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen.

Und wir stimmen über den Antrag ab. Da stimmen wir zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Sie hatten namentliche Abstimmung verlangt, genau. So, dann machen wir das jetzt so, dann wird Herr Stehle, stimmt, wir brauchen noch ein Fünftel Zustimmung. Ein Fünftel der anwesenden Mitglieder des Stadtrates muss einer namentlichen Abstimmung zustimmen. Wer stimmt einer namentlichen Abstimmung zu? Ja, ich glaube, wir sollten erstmal noch mal die Anwesenden feststellen und dann, bitte? Es ist kein Fünftel. Demnach gibt es keine namentliche Abstimmung.

Und wir stimmen über den Änderungsantrag zunächst der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Ich lasse es auszählen. Und ich bitte noch mal um die Ja-Stimmen zum Änderungsantrag der Grünen. Die Gegenstimmen bitte. Und die Stimmenenthaltung. 29 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen angenommen.

Und ich lasse über so geänderte Beschlussvorlage oder den so geänderten Antrag abstimmen. Wer stimmt zu? Die Gegenstimmen? Ich glaube, das reicht diesmal. Die Stimmenenthaltung? Bei einigen Gegenstimmen aber doch mehr Ja-Stimmen ist der so geänderte Antrag angenommen.

-Ende Wortprotokoll-

zu 9.9.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben; BV VII/2021/02262 Vorlage: VII/2021/02631

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

29 Ja / 16 Nein / 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Die Oberbürgermeister Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben bzw. einer Stelle Fachbeauftragte*r für Nachtkultur einzurichten zu prüfen. Dazu sind relevante Vertreter*innen aus mindestens der Club-, Subkultur- und Kreativszene, der Gastronomie und Veranstaltungsbranche, der Stadtverwaltung und Polizeidirektion einzubeziehen. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis Ende 2021 vorgelegt.

Mit dem Schwerpunkt Nachtkultur fungiert diese Stelle als Mediatorin und Multiplikatorin zwischen Nachtschwärmenden, Anwohnenden, Clubbetreibenden, Gastronomie und Stadtverwaltung. Im besonderen Wissen um die Strukturen und sozialen Netzwerke der halleschen Clubszene, soll diese Stelle besonders dem Erhalt, Förderung und Wiederbelebung von Standorten der Nachtkultur nach der Pandemie verpflichtet sein. Sie soll die Potenziale der Stadt eruieren, Synergien schaffen und dazu beitragen, das Miteinander zu stärken.

Folgende Aufgabenschwerpunkte soll diese Stelle erfüllen:

- konzeptionelle Arbeit f
 ür ein sichereres Nachtleben
- · Beratung und Standortentwicklung
- Vernetzung von Club-, Subkultur- und Kreativszene sowie Gastronomie und Veranstaltungsbranche
- Schnittstellenarbeit zwischen der Nachtkultur, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat
- Koordination von Prozessen, die die Club- und Livemusikspielstätten sowie die Nachtkultur betreffen (Verdrängungs- und Schließungskonflikte, Standortveränderungen, neue Standorte)
- zentrale Ansprechperson für die Akteure*innen der Nachtkultur (insbesondere Clubs und Livemusikspielstätten, nachtkultureller Veranstalter*innen sowie Open-Air-Kollektive)
- Lotsenfunktion sowie Interessensvermittlung zwischen nachtkulturellen Veranstaltern*innen, Ordnungsbehörden und Stadtverwaltung

zu 9.9

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben

Vorlage: VII/2021/02262

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben bzw. einer Stelle Fachbeauftragte*r für Nachtkultur zu prüfen. Dazu sind relevante Vertreter*innen aus mindestens der Club-, Subkultur- und Kreativszene, der Gastronomie und Veranstaltungsbranche, der Stadtverwaltung und Polizeidirektion einzubeziehen. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis Ende 2021 vorgelegt.

Mit dem Schwerpunkt Nachtkultur fungiert diese Stelle als Mediatorin und Multiplikatorin zwischen Nachtschwärmenden, Anwohnenden, Clubbetreibenden, Gastronomie und Stadtverwaltung. Im besonderen Wissen um die Strukturen und sozialen Netzwerke der halleschen Clubszene, soll diese Stelle besonders dem Erhalt, Förderung und Wiederbelebung von Standorten der Nachtkultur nach der Pandemie verpflichtet sein. Sie soll die Potenziale der Stadt eruieren, Synergien schaffen und dazu beitragen, das Miteinander zu stärken.

Folgende Aufgabenschwerpunkte soll diese Stelle erfüllen:

- konzeptionelle Arbeit f
 ür ein sichereres Nachtleben
- Beratung und Standortentwicklung
- Vernetzung von Club-, Subkultur- und Kreativszene sowie Gastronomie und Veranstaltungsbranche
- Schnittstellenarbeit zwischen der Nachtkultur, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat
- Koordination von Prozessen, die die Club- und Livemusikspielstätten sowie die Nachtkultur betreffen (Verdrängungs- und Schließungskonflikte, Standortveränderungen, neue Standorte)
- zentrale Ansprechperson für die Akteure*innen der Nachtkultur (insbesondere Clubs und Livemusikspielstätten, nachtkultureller Veranstalter*innen sowie Open-Air-Kollektive)
- Lotsenfunktion sowie Interessensvermittlung zwischen nachtkulturellen Veranstaltern*innen, Ordnungsbehörden und Stadtverwaltung

Die Sitzung wurde für eine 10-minütige Pause unterbrochen.

zu 9.12 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02367

Herr Wels brachte den Antrag ein und warb um Zustimmung.

Frau Gellert regte an, sollte der Antrag abgelehnt werden, die Thematik in die verschiedenen Vernetzungsgruppen aufzunehmen, damit die Möglichkeit besteht, die noch nicht kreativ gestalteten Verteilerkästen und Trafohäuser frei zu geben.

Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- In Kooperation mit der EVH, der Halle Netz GmbH und anderen potentiellen Partnern werden geeignete Verteilerkästen und Trafohäuser farblich umgestaltet und somit optisch aufgewertet.
- Sujets können sollten sich aus der Stadtgeschichte oder aus dem Stadtviertel herleiten.
- Eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit benachbarten Kitas und Schulen sowie der Kunsthochschule Burg Giebichenstein ist dabei anzustreben.
- Darüber hinaus wird ein Gestaltungswettbewerb mit halleschen Künstlerinnen und Künstlern initiiert.
- Die Verwaltung wird beauftragt, einmal pro Jahr in den betreffenden Ausschüssen über den aktuellen Stand zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet zu berichten.
- Die optische Aufwertung von bereits verunstalteten Verteilerkästen und Trafohäusern ist dabei prioritär zu behandeln.

zu 10 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 10.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI und SPD zur Erstellung eines Aktionsplanes zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt Vorlage: VII/2021/02849

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

- 1. Die Stadtverwaltung erarbeitet einen Aktionsplan zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2022-2025 und legt diesen dem Stadtrat im Januar 2022 zur Beschlussfassung vor.
- 2. Die Erarbeitung dieses Aktionsplanes erfolgt in enger Abstimmung mit dem Arbeitskreis Queer Halle.
- zu 10.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung weiterer Verkehrserschließungsmaßnahmen für das ehemalige RAW-Gelände und den Hauptbahnhof Vorlage: VII/2021/02851

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die folgenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der verkehrlichen Erschließung des Geländes des ehemaligen Reichsbahnausbesserungswerkes (RAW-Gelände) zu prüfen:
 - a. Zugang durch eine Verlängerung des Bahnhofstunnels nach Osten,
 - b. Verlegung des als Endhaltestelle geplanten 3. Gleises der Straßenbahn unter der westlichen Gleisbrücke auf das RAW-Gelände,
 - c. Errichtung eines Parkhauses auf den derzeit als Parkplatz genutzten Flächen östlich der Ernst-Kamieth-Straße,
 - d. Verbesserung des Parkplatzangebotes für Fahrräder auf dem Hans-Dietrich-Genscher-Platz durch Verlagerung des Zubringerverkehrs zum Bahnhof auf die Ostseite des Bahnhofes und die Nutzung der freiwerdenden Flächen für Fahrradabstellanlagen.
- 2. Der bisherige Gleisanschluss des RAW-Geländes ist im Sinne möglicher Nutzungen nach der Revitalisierung zu erhalten.
- 3. Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Stadtrat im I. Quartal 2022 vorzulegen.

zu 10.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung von Kunstwerken im öffentlichen Raum Vorlage: VII/2021/02858

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Kulturausschuss

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Verfahrensweise zur Aufstellung von Kunstwerken im öffentlichen Raum zu entwickeln, die sicherstellt, dass die Kunstwerke einer Expertenbewertung hinsichtlich ihrer künstlerischen Qualität, verbunden mit einer Prüfung der Eignung des jeweiligen Aufstellungsortes, unterzogen werden.
- 2. Das Ergebnis wird dem Stadtrat bis spätestens Ende des Jahres 2021 vorgelegt.

zu 10.5 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung der Außenflächen der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften zur öffentlichen

Nutzung

Vorlage: VII/2021/02870

<u>Abstimmungsergebnis:</u> verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung und in den Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. über die öffentliche Nutzung von Teilen der Außenflächen am Standort Jägerberg 1, 06108 Halle (Saale) zu beraten. Denkbare wäre eine Nutzung nach Feierabend oder an Wochenenden als Freiflächen für junge Erwachsene. Die Verwaltung informiert den Stadtrat in der Sitzung am 29. September 2021 schriftlich über die Ergebnisse der Beratungen, insbesondere hinsichtlich Fragen der Nutzungsmöglichkeiten und -bedingungen sowie der Haftung.

zu 10.6 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Fortschreibung des Wirtschaftsförderungskonzeptes der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02871

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den zuständigen Stadtratsgremien im Mai 2022 eine Fortschreibung des Wirtschaftsförderungskonzeptes zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
- 2. Die Fortschreibung soll unter Berücksichtigung des Strukturstärkungsgesetzes für die Kohleregionen erfolgen sowie dazu genutzt werden, Aspekte der Nachhaltigkeit und Resilienz stärker im Konzept zu verankern.

zu 10.7 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bereitstellung von kostenfreiem WLAN in kommunalen Sportstätten

Vorlage: VII/2021/02841

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler in den Sportausschuss

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, in welchen kommunalen Sportstätten bereits kostenfreies WLAN verfügbar ist.
- 2. Darüber hinaus soll geprüft werden, wo und mit welchem voraussichtlichen finanziellen Aufwand WLAN in diesen Einrichtungen bereitgestellt werden kann.
- 3. Die Stadtverwaltung eruiert diesbezügliche Fördermöglichkeiten aus Landes-, Bundes- oder EU-Mitteln.

zu 10.8 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu Tiny House Siedlungen

Vorlage: VII/2021/02842

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Flächen im halleschen Stadtgebiet für Tiny House Siedlungen geeignet sind.
- 2. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Stadtrat bis zum 31.12.2021 vorgelegt.

zu 10.9 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Demontage von Verkehrszeichen an allen Zufahrtsstraßen zum Marktplatz Vorlage: VII/2021/02843

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler in den Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Verkehrszeichen "Fußgängerzone" und die Zusatzzeichen, die ein Befahren des Marktplatzes mit Fahrrädern zwischen 20 Uhr und 9 Uhr erlauben, zu entfernen.
- 2. Die Demontage dieser Zeichen hat bis zum 31.10.2021 zu erfolgen.

zu 10.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Luftfilteranlagen in Schulen und der Durchführung von Modellprojekten Vorlage: VII/2021/02866

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters in den

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern und unter welchen Bedingungen Luftfilteranlagen an halleschen Schulen eingebaut werden können. Bei der Prüfung sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- 1. Die Prüfung der Möglichkeiten des Erwerbs und Einbaus von kommerziellen Luftfiltern sowie den Einbau von Low-Cost-Filtern (entworfen am Max-Planck-Institut für Chemie (MPIC) in Mainz). Dabei soll auf die räumlichen und baulichen Aspekte (Raumzuschnitt, Brandschutz, Möglichkeiten der Fensteröffnung ect.) an Schulen geachtet werden.
- 2. Mögliche Kosten für die Varianten "kommerzielle Lösung", Low-Cost-Lüfter laut MPIC sind abzuschätzen und Finanzierungsmöglichkeiten sollen überprüft und mit den Schulen beraten werden.
- 3. Bei der Betrachtung soll auch eine mögliche Finanzierung durch Fördermittel und/oder durch Sponsoring (Schule, Elternvereine, Wirtschaft) geprüft werden.
- 4. Weiterhin ist die Einrichtung von Pilotprojekten in Kooperation mit interessierten Schulen anzustreben.

Die Prüfungen sollen mit Blick auf das Schuljahr 2021/22 vorgenommen und schnellstmöglich umgesetzt werden. Dem Stadtrat ist im 3. Quartal 2021 zu berichten.

zu 10.11 Antrag der Fraktion der Freien Demokraten (FDP) zur Prüfung der

Zulassung von Bürohunden Vorlage: VII/2021/02826

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) in den Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung soll Informationen einzuholen in welchem Rahmen die Zulassung von sog. Bürohunden ermöglicht werden kann. Aufgrund dieser Informationen wird die Verwaltung beauftragt geeignete Regelungen zur Zulassung von Bürohunden zu formulieren.

zu 10.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Kita-Portal der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02927

Herr Dr. Wend änderte den Beschlusstext dahingehend, dass die Formulierung "Die Stadtverwaltung wird aufgefordert […]" zu "Die Stadtverwaltung wird gebeten […]" geändert wird. Er brachte den Antrag ein und warb um Zustimmung.

Frau Brederlow sagte, dass die Verwaltung die Annahme des Dringlichkeitsantrages empfiehlt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, eine Online-Anmeldung für Kitaplätze (Kitaportal) mit Beteiligung aller kitabetreibenden Trägern der Stadt Halle (Saale) – Eigenbetrieb und sämtliche Freie Träger – zu organisieren, die allen Eltern eine praktikable und übersichtliche Möglichkeit zur Anmeldung ihrer Kinder ermöglicht. Dazu soll sie den aktuellen Stand zur Einführung des Kitaportals in Fachworkshops präsentieren und das Portal gemeinsam mit den Freien Kitaträgern der Stadt so anpassen, dass sie sich in das bereits entwickelte System integrieren können. Die Bedürfnisse der Freien Träger sind hier ausreichend zu

berücksichtigen. Somit kann eine längst überfällige Erleichterung der bisher unübersichtlichen Anmeldesituation entwickelt werden.

zu 12 Mitteilungen

zu 12.1 Berichterstattung aktuelle Bauprojekte Vorlage: VII/2021/02591

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12.2 Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 01.07.2021 zur Beanstandung des Beschlusses des Stadtrates vom 24.06.2020, Beschluss-Nr. VII/2020/01311, hinsichtlich der Regelung des § 1 Abs. 5 der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und Einrichtungen des Katastrophenschutzes der Stadt Halle (Saale); Aktenzeichen 206.1.2-10010 hal-06 Vorlage: VII/2021/02923

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12.3 Herr Geier zur Vertretung in Aufsichtsräten

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die BMA im Auftrag der Stadtverwaltung eine Anfrage beim Landesverwaltungsamt gestellt hat bezüglich der rechtlichen Bewertung von städtischen Vertretern in den Aufsichtsgremien. Bislang liegt der Verwaltung noch keine Antwort vor.

zu 12.4 Herr Rebenstorf zur Sperrung der Nordstraße

Herr Rebenstorf informierte zur Sperrung Nordstraße. Die Vollsperrung soll so kurz wie möglich gehalten werden, momentan finden umfangreiche Leitungsverlegungen statt, nach deren Abschluss wird eine Freigabe des ÖPNV halbseitig ermöglicht.

zu 12.5 Frau Marquardt zum Festsaal

Frau Dr. Marquardt informierte über den Zeitplan bezüglich der Sicherung der Stuckdecke im Festsaal. Die vorbereitenden Maßnahmen sind beendet, der Baubeschluss ist im Vergabeausschuss gefasst wurden, die Baumaßnahmen werden am 11.10.2021 beginnen und bis Jahresende erfolgen.

zu 12.6 Herr Paulsen zu Ausschusssitzungen im 2. Halbjahr 2021

Herr Paulsen informierte, dass die Sperrung des Festsaals Auswirkung auf die Ausschusssitzungen im 2. Halbjahr hat, welche wieder in Präsenz stattfinden werden. Alle beratenden Ausschüsse werden im Kulturtreff als auch in der Konzerthalle tagen, alle beschließenden Ausschüsse finden im Stadthaus statt.

zu 13 mündliche Anfragen von Stadträten

Frau Müller schlug vor, die mündlichen Anfragen auf 30 Minuten zu begrenzen.

Herr Lange sprach sich dagegen aus, da das Fragerecht ein wichtiges Instrument der Stadträtinnen und Stadträte ist und dieses nicht eingeschränkt werden sollte.

Der Vorschlag zur zeitlichen Begrenzung wurde mehrheitlich abgelehnt.

zu 13.1 Frau Mark zum Präsenzunterricht an Schulen

Frau Mark fragte, welche Vorkehrungen bereits jetzt getroffen werden, damit nach den Sommerferien der Präsenzunterricht an den Schulen stattfinden kann.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Thematik präsent ist und am wichtigsten das Stoßlüften der Klassenräume ist, welches an allen Schulen realisierbar ist. Zeitgleich werden Möglichkeiten der Förderung geprüft und Vorteile / Unterschiede von festeingebauten und mobilen Lüftungsanlagen untersucht.

zu 13.2 Frau Mark zu Schnellwarnsystemen

Bezugnehmend zu den aktuellen Unwetter- und Überschwemmungsereignissen in der Bundesrepublik fragte **Frau Mark**, wie in Halle (Saale) Schnellwarnsysteme funktionieren und ob man über weitere Warnsysteme nachdenkt, die über die Katwarn-App hinausgehen, wie Sirenen oder ähnliches.

Herr Geier antwortete, dass die Stadtverwaltung die entsprechende Landesempfehlung / Verordnung umsetzen wird. Darüber hinaus prüft die Verwaltung potentielle Standorte für Sirenen im Stadtgebiet.

zu 13.3 Herr Schaper zur Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h

Herr Schaper bezog sich auf die streckenbezogene Temporeduzierung auf 30 km/h am Robert-Franz-Ring, Hallorenring und Bernburger Straße. Er fragte, auf welcher gesetzlichen

Grundlage dies geschehen ist, ob es in den Bereichen Gefährdungssituationen, Lärmschutzerfordernisse oder Erfordernisse der Luftreinhaltung oder ähnliches gibt.

Herr Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.4 Frau Gellert zu Projekte zum Kohleausstieg

Frau Gellert fragte, ob sich weitere Projekte für das Investitionsprogramm Kohleenergie nachbewerben können oder ob die Bewerbungsfrist abgelaufen ist.

Herr Geier antwortete, dass laufend Projekte beantragt werden können.

zu 13.5 Frau Gellert zu Kitas und Schulen

Frau Gellert fragte, wie viele Kinder im Kindergarten aufgrund der Nichtschulfähigkeit zurückgestellt werden müssen. Weiterhin wie viele Schülerinnen und Schüler das Schuljahr wiederholen müssen (getrennt nach Grundschule, weiterführende Schule und Gymnasium).

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.6 Herr Dr. Ernst zu Schuleingangsuntersuchungen 2021

Herr Dr. Ernst sagte, dass die Schuleingangsuntersuchungen für das Schuljahr 2021/22 nicht wie geplant stattgefunden haben. Zur Unterstützung wurden auch Kinderärzte angefragt, deren Resonanz aber eher zurückhaltend war. Er fragte, ob alle Schuleingangsuntersuchungen bis zum Beginn des neuen Schuljahres durchgeführt werden können.

Frau Brederlow antwortete, dass es Ziel ist, alle Untersuchungen fristgerecht zu vollziehen, da viele Familien in den Sommerferien aber auch verreisen, ist dies nicht sicher. Die Resonanz der Kinderärzte war nicht verhaltend, einzig deren Vergütung musste geklärt werden. Im September kann sie über die Zahlen der erfolgten und eventuell noch ausstehenden Untersuchungen informieren.

zu 13.7 Herr Menke zur Schulentwicklungsplanung

Herr Menke fragte, ob es vom Landesverwaltungsamt schon eine Reaktion zur Schulentwicklungsplanung und der dazugehörigen Investitionsplanung gibt.

Frau Brederlow antwortete, dass das Landesverwaltungsamt einem Teil der Maßnahmen aus der Schulentwicklungsplanung zugestimmt hat, einzelnen Maßnahmen wurde hingegen nicht zugestimmt wie beispielsweise der Neueröffnung von Schulen. Hier wird die Verwaltung mit dem Landesverwaltungsamt das Gespräch führen.

zu 13.8 Herr Schachtschneider zum Glauchaer Platz

Herr Schachtschneider bezog sich auf die Baumaßnahmen am Glauchaer Platz, welche am 19.07.2021 begonnen haben. Er fragte, warum die Sperrung von der B80 zum Glauchaer Platz bereits am 16.07.2021 vollzogen wurde. Weiterhin fragte er, ob die Baumaßnahme, welche für ein Jahr geplant ist, nicht schneller erfolgen kann durch beispielsweise Arbeiten in der Nacht oder an den Wochenenden.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Sperrung bereits am Freitag erfolgt ist, um gleich am montagsmorgen mit der Baumaßnahme beginnen zu können. Arbeiten in der Nacht oder am Wochenende sind immer mit enormen Kostenaufwüchsen verbunden, welche mit dem städtischen Haushalt nicht vereinbar sind. Die Bauzeit beträgt ein Jahr, dies entspricht aber nicht der Sperrzeit. Über die Sperrzeiten und deren Änderung wird die Verwaltung entsprechend informieren.

zu 13.9 Frau Haupt zum Migrationsbericht

Frau Haupt fragte, wann der Migrationsbericht vorgelegt wird.

Herr Paulsen antwortete, dass dieser im Herbst vorgelegt wird.

zu 13.10 Frau Haupt zum Behindertenbeirat

Frau Haupt sagte, dass sich der Behindertenbeirat der Stadt Halle (Saale) am 1. Juli 2021 konstituiert hat und somit seine Arbeit aufnehmen kann. Diese Arbeitsaufnahme setzt einige Arbeitsbedingungen voraus. Aus diesem Grund fragte sie:

- 1. Welche Möglichkeiten werden dem Behindertenbeirat der Stadt Halle (Saale) eingeräumt, um seine Erreichbarkeit für die Bevölkerung aufzuzeigen? Gibt es feste Bürozeiten? Wird eine Homepage eingerichtet, auf der die Satzung des Behindertenbeirates, seine Ziele und Aufgaben, Möglichkeiten der Kontaktaufnahme (Mailadresse, Telefonnummer und Telefonapparat mit Umleitungsfunktion und Anrufbeantworter) etc. einzusehen sind bzw. installiert werden?
- 2. Wie werden anfallende Kosten für Dolmetscherleistungen, Büromaterial oder Transportkosten innerhalb der Verwaltung verrechnet? Ist vorgesehen, dem Behindertenbeirat für solche Fälle eine Kostenpauschale zur Verfügung zu stellen?
- 3. Ist sichergestellt, dass den Mitgliedern des Behindertenbeirates alle notwendigen Unterlagen (z.B. Beschlussvorlagen zur Begutachtung für den Stadtrat) barrierefrei und mit zur Bearbeitung eingerechnetem Zeitfenster zugestellt werden? Ist geregelt, welche Vorlagen der Beirat erhält und von wem aus der Stadtverwaltung?
- 4. Gibt es für die Beiratsmitglieder eine finanzielle Aufwandsentschädigung?

Herr Paulsen antwortete, dass der Stadtrat mit dem Beschluss ein ergänzendes und auch bündelndes Gremium gegründet hat, dessen Hauptzuständigkeit darin liegt, den Stadtrat und die Verwaltung zu beraten.

Der Behindertenbeirat ist den anderen Beiräten gleichgestellt, es wird keine Geschäftsstelle geben, sondern die Arbeit wird aus dem zuständigen Fachbereich unterstützt. Herr Dr. Fischer als Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderung wurde als Vorsitzender des Behindertenbeirates gewählt. Die Ressourcen von Herrn Dr. Fischer unterstützen daher den Behindertenbeirat.

Eine Aufwandsentschädigung ist geplant, die entsprechende Entschädigungssatzung wird in den September-Stadtrat eingebracht. Vorgesehen ist die Sicherstellung der Dolmetscherleistung, weitere Kosten gibt es nicht, da die Koordination über Herrn Dr. Fischer erfolgt. Die Aufwendungen werden über die Aufwandsentschädigung abgeglichen.

Die Frage zu den zur Verfügung gestellten Unterlagen ist noch nicht final geklärt. Der Beirat muss filtern, welche Vorlagen und Anträge er sich auf die eigene Agenda setzen möchte und wozu er Stellung abgeben möchte. Insofern muss betrachtet werden, wie im Zusammenspiel mit dem Behindertenbeauftragten der Beirat an die Beratungsgegenstände im Stadtrat angebunden werden kann. Aktuell wird eruiert, was es braucht, um für alle Beiratsmitglieder die Vorlagen lesbar zu machen. Geplant ist ein Zugang zu allen aktuellen Beratungsgegenständen.

zu 13.11 Herr Lange zum Butterfly Projects

Herr Lange sagte, dass im Rahmen des "Butterfly Projects" Kinder der Grundschule Hanoier Straße Keramikschmetterlinge hergestellt haben, die an der Außenfassade der Schule angebracht werden sollen. Hinter dem Projekt steht die Beschäftigung der Kinder mit Lebensläufen und Schicksalen von Kindern, die im Holocaust getötet wurden. Jeder Schmetterling symbolisiert das Leben eines Kindes. Die Anbringung der Schmetterlinge soll als Mahnung verstanden und deshalb sichtbar an der Außenfassade der Schule angebracht werden. Nun gab es allerdings bei der Bauabnahme der Schule Bedenken.

Er fragte, welche Lösungen die Stadtverwaltung hat, um das geplante Projekt an der Schule zu realisieren.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Schmetterlinge sichtbar und sicher angebracht werden sollen, da es ein wichtiges Projekt ist. In der letzten Woche erfolgte eine Schulbegehung, in diesem Rahmen wurden potentielle Standorte besichtigt. Der Initiator des Projektes konnte nicht teilnehmen, daher wird es einen weiteren Termin nach den Sommerferien geben und dann wird die finale Entscheidung zur Anbringung getroffen.

zu 13.12 Herr Lange zu Halle Tornau

Herr Lange bezog sich auf den Ortsteil Tornau. Er berichtete, dass in der Maschwitzer Straße mittlerweile Ausweichverkehr herrscht für die Autobahn für LKWs, dies wird auch bei Google angezeigt. Die Maschwitzer Straße ist relativ schmal, an der Seite nicht ausgebaut, holprig und ist als LKW-Verbindungsstraße absolut ungeeignet. Er fragte, inwieweit ein

Durchgangsverbot für LKWs ab 7,5 Tonnen möglich ist, unter Berücksichtigung, das die ortsansässige Firma von diesem Verbot ausgenommen ist.

Er fragte weiter, ob die Planung eines Spielplatzes in Tornau beabsichtigt ist und wann die städtischen Grünflächen gemäht werden.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.13 Frau Dr. Burkert zur Fliederwegschule

Frau Dr. Burkert sagte, dass an der Fliederwegschule eine extreme Lautstärke durch die dort stattfindende Baumaßnahme herrscht, sodass das Lüften oft nicht möglich ist. Sie fragte, wie lange die lärmintensiven Baumaßnahmen noch andauern werden.

Weiterhin ist der Pausenhof sehr sonnig, mehr Schattenplätze mittels Sonnensegeln wären gut. Sie fragte, ob es hier Bestrebungen gibt.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.14 Frau Dr. Burkert zur Geiststraße

Frau Dr. Burkert gab eine Anfrage des ADFC weiter, dass in der Geiststraße Einmündung Universitätsring / Höhe "Don't worry be curry" das Straßenpflaster sehr locker ist. Es wackelt und es gibt große Spalten im Pflaster. Sie fragte, ob der Zustand bekannt ist, wie er bewertet wird und welche Maßnahmen geplant sind.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.15 Frau Dr. Burkert zur Saline

Frau Dr. Burkert fragte, ob beim Besuch von Freibädern die Kontaktdaten händisch hinterlegt werden müssen im Hinblick auf die Nachverfolgbarkeit von möglichen Infektionsketten oder ob die Luca-App hier zur Anwendung kommen könnte.

Sie sagte weiter, dass in den Freibädern kaum Toilettenpapier zur Verfügung steht und ob hier Abhilfe geschaffen werden kann.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.16 Frau Dr. Burkert zu Spenden für die Flutopfer

Frau Dr. Burkert fragte, wo Hilfsgüter für die Flutopfer abgegeben werden können.

Herr Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.17 Herr Helmich zu Einrichtungen von Sportwetten

Herr Helmich sagte, dass es im Bereich Charlottencenter / Riebeckplatz eine starke Konzentration von Glücksspielstätten und Wettarenen gibt. Er fragte, ob und weshalb hier Ausnahmegenehmigungen erteilt wurden, weil gesetzlich ein Abstand von 200m zwischen den Geschäften eingehalten werden muss, was hier nicht der Fall ist.

Herr Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.18 Herr Helmich zur Nutzung von Sportstätten

Herr Helmich fragte, ob die Sportstätten in den Sommerferien wieder durch die Sportvereine genutzt werden können. Weiterhin, ob einzelne Sportanlagen auch durch die Öffentlichkeit genutzt werden können.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass mit den Sportvereinen kommuniziert wurde, dass diese ihre Anmeldung bis zu vier Wochen vor Beginn der Sommerferien beim Fachbereich Sport einreichen sollen. Dies haben viele Vereine wahrgenommen. Sollten noch einzelne Vereine Bedarf haben, so soll die Anmeldung bitte schnellstmöglich beim Fachbereich Sport erfolgen.

Sie sagte eine schriftliche Beantwortung der Frage 2 zu.

zu 13.19 Herr Feigl zur Fassadenbegrünung

Herr Feigl bezog sich auf die schriftliche Antwort der Verwaltung zum TOP 11.9 und fragte, ob bei dem Modulgebäude am Ausweichstandort der Sekundarschule "Johann Christian Reil" tatsächlich eine Fassadenbegrünung geplant ist. Es sollten Projekte sein, die nachhaltig und langfristig sind, dies ist bei einem Modulgebäude nicht der Fall.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass diese Maßnahme schnell zu realisieren war, um die Anzahl der begrünten Fassaden zu erhöhen. Die Container werden länger stehen. Grundsätzlich ist man auf der Suche nach optimalen Objekten für eine dauerhafte Fassadenbegrünung.

Herr Feigl schlug vor, im Herbst mit der Verwaltung in den Austausch zu geeigneten Objekten zu gehen.

zu 13.20 Frau Ranft zur GS Reideburg

Frau Ranft sagte, dass sich Betroffene der Grundschule Reideburg an sie gewandt haben bezüglich der fehlenden Querungsmöglichkeit Delitzscher Straße im Kreuzungsbereich Klingenthaler Straße / Mühlstraße. Der Verkehr ist so stark, dass eine Zebrastreifenregelung ausgeschlossen ist und eine Ampelanlage geschaffen werden muss, so wurde es 2017 auch festgestellt. Die Kosten betragen 100 Tausend Euro. Sie fragte, wann die Ampelanlage eingerichtet wird.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.21 Herr Heym zur Kreuzung Paul-Suhr-Straße/ Vogelweide

Herr Heym fragte, wann die Ampelanlage an der Kreuzung Paul-Suhr-Straße / Vogelweide wieder in Betrieb geht. Diese ist seit einem Unfall vor zwölf Tagen außer Betrieb.

Herr Rebenstorf antwortete, dass diese voraussichtlich am morgigen Tag wieder in Betrieb sein wird.

zu 13.22 Herr Schaper zur IT-Sicherheit

Herr Schaper fragte zur Thematik Hackerangriff auf die IT-Infrastruktur im Landkreis Anhalt-Bitterfeld an. Er fragte, inwieweit die Stadtverwaltung auf so etwas vorbereitet ist.

Herr Geier antwortete, dass die Verwaltung verschiedene Sicherheitssysteme hat, die der ständigen Kontrolle und Verfeinerung unterliegen. Aufgrund der Ergebnisse im Landkreis hat die Verwaltung ihre Sicherheitssysteme überprüft. Zwischen Verwaltung und der ITC erfolgt ein permanenter Austausch.

zu 13.23 Herr Aldag zur Fassadenbegrünung

Bezugnehmend zum Tagesordnungspunkt 13.19 fragte **Herr Aldag** nach, ob dies das richtige Projekt ist, denn eine zeitlich begrenzte Fassadenbegrünung an einem Modulgebäude entspricht nicht dem Stadtratsbeschluss. Er fragte, wie lange das Modulgebäude stehen wird.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 14 Anregungen

zu 14.1 Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Wegweisung vom Hauptbahnhof in die Innenstadt

Vorlage: VII/2021/02867

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 14.2 Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Nutzung der Corona-Warn-App zur Registrierung bei Veranstaltungen und in der Gastronomie Vorlage: VII/2021/02930

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 14.3 Herr Feigl zum Kulturtreff

Herr Feigl sagte, dass die Akustik im Kulturtreff nicht optimal ist und regte an, diese vor Beginn der Ausschusssitzungen zu überprüfen.

zu 14.4 Herr Wolter zum Glauchaer Platz

Herr Wolter regte an, die Umleitungshinweise am Glauchaer Platz für Radfahrer /Fußgänger zu überprüfen.

zu 14.5 Frau Geller zum Kulturtreff

Frau Gellert sagte, dass die Belüftung im Kulturtreff nicht optimal ist und regte an, einen anderen Raum für die Ausschusssitzungen zu suchen.

zu 14.6 Frau Gellert zum Nachtleben

Frau Gellert regte an, die Thematik Nachtleben über die Sommermonate zu eruieren.

zu 14.7 Frau Jacobi zur Klimawirkung in den Beschlussvorlagen

Frau Jacobi regte an, die Klimawirkung in den Beschlussvorlagen ausführlich zu begründen, eine Kennzeichnung ob positiv, neutral oder negativ ist unzureichend.

zu 14.8 Frau Dr. Schöps zu Sitzungsräumen

zu 15	Anträge auf	Akte	neinsicht								
Es lagen l	keine Anträge a	auf Al	kteneinsicht v	or.							
Frau Mü Nichtöffer	ller beendete ntlichkeit.	den	öffentlichen	Teil	der	Sitzung	und	bat	um	Herstellung	der
<u>Für die Ri</u>	ichtigkeit:										
Katia Müll	ler				M	aik Stehl					

Protokollführer

Frau Dr. Schöps regte an zu prüfen, ob Ausschusssitzungen in der Jugendherberge

stattfinden können.

Vorsitzende des Stadtrates